

Philosophische Fakultät Asien-Orient-Institut Abteilung für Sinologie Lehrstuhl Greater China Studies

# Digitaler Autoritarismus: Digitale Legitimationsstrategien von autoritären Regimen am Beispiel Chinas

Aris Efremidis

Greater China Studies

Master Thesis Collection

Betreuer: Prof. Dr. Gunter Schubert

Zweitbetreuer: Prof. Dr. Oliver Schlumberger

Abteilung für Sinologie und Koreanistik
Lehrstuhl Greater China Studies
Wilhelmstraße 133
72074 Tübingen
Germany

Digitaler Autoritarismus:	
Digitale Legitimationsstrategien von autoritären Regimen am Beispiel Chinas	
Aris Efremidis	
MATRIKELNUMMER: 3884728	

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Methodik und Literatur	5
2.1 Methodik	5
2.2 Literatursituation	7
3. Digitaler Autoritarismus	8
3.1 Digitalisierung, digitale Transformation und Modernisierung	8
3.2 Autoritarismusforschung im 21. Jahrhundert	.11
3.3 Das politische Regime Chinas	. 14
3.4 Legitimationsstrategien autoritärer Regime	. 15
3.4.1 Legitimation durch Modernisierung: Authoritarian Upgrading	. 15
3.4.2 Innovationsprozesse und Herrschaftskonsolidierung: Das Innovationsdilemma	. 17
4. Digitale Legitimationsstrategien der KPCh	. 21
4.1 Ausbau infrastruktureller Machtkapazitäten	. 21
4.1.1 Einleitung	. 21
4.1.2 Bereitstellung öffentlicher Güter	. 22
4.1.3 Qualität der Bürokratie	. 29
4.1.4 Einbettung des Regimes	. 34
4.2 Ausbau diskursiver Machtkapazitäten	. 48
4.2.1 Einleitung	. 48
4.2.2 Digitale Propaganda	. 50
4.2.3 Digitale Zensur	. 52
4.3 Ausbau repressiver Machtkapazitäten	. 55
4.3.1 Einleitung	. 55
4.3.2 Smarte Repression	. 55
5. Schlussbetrachtung und Ausblick	. 56
6. Literatur	. 60
6.1 Primärliteratur	. 60
6.2 Sekundärliteratur	. 61
Abkürzungsverzeichnis	. 70

## 1. Einleitung

"Die Industriestruktur soll in Richtung medium-end bis high-end vorangetrieben werden. Die Fertigungsindustrie ist unsere dominante Industrie. Um 'Made in China 2025' realisieren zu können, müssen Innovationsantrieb, intelligente Transformation, Stärkung des Fundaments und umweltfreundliche (grüne) Entwicklung aufrechterhalten werden, um die Entwicklung von einer großen zu einer starken Fertigungsmacht zu beschleunigen. [...] Der Druck muss aufrechterhalten, Überproduktion aufgelöst und wirtschaftliche Fusionen unterstützt werden, um im marktwirtschaftlichen Survival of the fittest bestehen zu können. Um eine tiefgründige Verschmelzung von Industrialisierung und Informatisierung voranzubringen, muss die Nutzung vernetzter, digitaler und intelligenter Technologien erschlossen und Kräfte konzentriert werden, um in einigen wichtigen Schlüsselbereichen Durchbrüche zu erzielen."

(Zentrale Volksregierung der Volksrepublik China [ZVVC], 2015b)

Der Premier Li Keqiang zog im März 2015 mit diesen Worten vor dem chinesischen Volkskongress die Konsequenzen aus der bereits zu Beginn des 21. Jahrhunderts gewonnenen Erkenntnis, dass nur Informatisierung und Industrialisierung sich gegenseitig befruchten und dementsprechend gefördert werden müssen, damit der industriellen Entwicklung neue Wege bereitet werden (vgl. Gao, 2018: 101). Unter dem Slogan *Made in China 2025* (中国智造 2025 [MIC25]) will die chinesische Regierung mittels der eingangs formulierten Policy eine sprunghafte, ökonomische Modernisierung vornehmen. Ziel ist es, in den nächsten zehn Jahren zu den im mittleren Feld angesiedelten Nationen im Bereich der Fertigungsindustrie aufzuschließen. Bis zum 100. Jahrestag der Volksrepublik China (VRC) soll hingegen bereits die industrielle Führung im internationalen Vergleich übernommen worden sein (vgl. Tian/ Zhi, 2016: 96).

Hierfür will sie sich modernster Mittel des digitalen Zeitalters bedienen und orientiert sich an dem deutschen Konzept der *Industrie 4.0*, welches auf eine Informatisierung und Digitalisierung der deutschen Wirtschaft abzielt und letztlich grundlegende sozio-technologische Ver-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Original: "推动产业结构迈向中高端。制造业是我们的优势产业。要实施"中国制造 2025",坚持创新驱动、智能转型、强化基础、绿色发展,加快从制造大国转向制造强国。 […] 坚持有保有压,化解过剩产能,支持企业兼并重组,在市场竞争中优胜劣汰。促进工业化和信息化深度融合,开发利用网络化、数字化、智能化等技术,着力在一些关键领域抢占先机、取得突破。"

änderungen in der Gesellschaft bewirken wird (vgl. Hausstein, 2018: 5). In diesem Zusammenhang ebenfalls zu nennen ist die *Belt-and-Road-*Initiative<sup>2</sup> (BRI), bei der es sich um ein Billionen Dollar schweres Wirtschaftsprojekt mit über 60 Staaten aus Europa, Asien und Afrika handelt, in dessen Rahmen nicht nur die ökonomische Infrastruktur zwischen den Kooperationspartnern ausgebaut, sondern ebenfalls durch die internationale Verlegung von chinesischen Glasfaserkabeln eine *Digital Silk Road* (数字丝绸之路) geschaffen werden soll (vgl. Shahbaz, 2018: 8).

Grundlage dieser Modernisierungsgroßprojekte bildet – wie eingangs bereits erwähnt – die kontinuierliche Förderung einer intrinsischen Innovationsfähigkeit, die nicht mehr in Abhängigkeit ausländischer Faktoren steht. Deutlich wird dies an den drei Entwicklungsphasen der chinesischen Fertigungsindustrie seit der wirtschaftlichen Öffnung: Während sich die 1980er Jahre durch den Einsatz aktiver Arbeitskräfte auszeichneten, wurden in den 1990er Jahren die Fertigungsanlagen modernisiert und seit der Jahrtausendwende die Innovation der Gesamtproduktionsprozesse unter Anwendung der Informatik vorangetrieben (vgl. Tian/ Pan, 2016: 95). Dabei lässt sich die Entwicklung der Innovationspolitik wie folgt beschreiben: "Innovation durch Imitation, Innovation durch Integration und Innovation nach Übernahme und Aneignung" (Tian/ Pan, 2016: 98).

Mit diesen ambitionierten Modernisierungsprojekten widerspricht China allerdings dem Bild von Autokratien, die bis Ende des 20. Jahrhunderts noch als "partizipationsfeindlich, geschlossen, unflexibel, adaptions- und innovationsträge" (Merkel, 2010: 59) galten und daher nicht nur in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als gemindert betrachtet wurden, sondern auch gehandicapt in der Auswahl ihrer Legitimationsstrategien. Demensprechend wurde ihnen ein großes Destabilisierungspotential diagnostiziert.

Diese Entwicklung trat bisher jedoch nicht ein. Stattdessen bauen die neuen Legitimationsstrategien der VRC auf der Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnik (Information and communication technology [ICT]) auf, um ihre Modernisierungsprozesse kontrolliert ablaufen zu lassen. Beispielsweise im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI), die zur Optimierung der Gesichtserkennungssoftware im Rahmen flächendeckender Kameraüberwachung dient, sind chinesische Firmen mittlerweile Vorreiter bzw. Trendsetter geworden und vertreiben sowohl das Knowhow sowie die dazugehörige Technik an andere autoritäre Kooperationspartner im Rahmen der *Digital Silk Road* (vgl. Shahbaz, 2018; Wright, 2018).

\_

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Dieses Vorhaben ist auch bekannt als *Neue-Seidenstraße-*Projekt.

Selbst das einst als unkontrollierbares Forum der freien Rede gehandelte Internet, welches letztlich Diskurse anstoßen und das Regime demokratisieren sollte, war auf Dauer nicht in der Lage sich dem systematischen Zugriff der chinesischen Behörden zu entziehen. Im Jahr 2000 prophezeite der US-Präsident Bill Clinton, dass der Erfolg Chinas, das Internet zu kontrollieren, genauso aussichtsreich sei wie der Versuch einen Pudding an die Wand zu nageln. Die Chinesen hörten die Prophezeiung, reagierten und "bauten dem Internet flugs eine neue große Mauer, die Great Firewall nämlich, schlugen ein paar Nägel in die Ritzen, und siehe da: Er hing da ganz gut, der Pudding" (Strittmatter, 2018: 59).

Die chinesische Autokratie hat mit oben beschriebenen Maßnahmen signalisiert, dass sie den Kampf um die internationale Führung im neuen Zeitalter der Digitalisierung dominieren und ihre Herrschaftsstruktur weiterhin festigen will. Daher besteht Anlass, die Verschränkung digitaler Strukturen und autoritärer Herrschaftskonsolidierung in das Sichtfeld der aktuellen Autoritärismusforschung zu bringen.

Bisherige Arbeiten zu diesem Forschungsgebiet wurden unter dem Begriff des *Digital Authoritarianism* bzw. des *Digitalen Autoritarismus* subsummiert (siehe Shahbaz, 2018; Wright, 2018; Erixon/ Lee-Makiyama, 2011). Die vorliegende Arbeit schließt sich diesem relativ jungen Forschungszweig an und wird im Folgenden die Legitimationsstrategien autoritärer Regime im digitalen Zeitalter untersuchen. Sie geht der Forschungsfrage nach:

Welche digitalen Legitimationsstrategien nutzt die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), um ihr Regime gegenüber digitalisierungsbedingten Destabilisierungsgefahren im Zuge der digitalen Transformation zu konsolidieren?

Im folgenden Kapitel wird zunächst die Methodik beschrieben, mit der sich die vorliegende Arbeit auf Grundlage einer Konzeptualisierung des Digitalen Autoritarismus den Zugang zu den Legitimationsstrategien der KPCh verschafft. Um die Aktualität der beschriebenen Entwicklung begreiflich zu machen, folgt zunächst eine Darstellung der überschaubaren Literaturund Quellenlage zu diesem Thema. Den Anschluss bildet die Formulierung des theoretischen Rahmens, um das nötige Verständnis über den Digitalen Autoritarismus zu vermitteln. Der empirische Teil ist dreigliedrig und analysiert die Instrumente der autokratischen Herrschaftskonsolidierung im Fall der VRC. Das letzte Kapitel fasst alle wichtigen Erkenntnisse zusammen, beantwortet die eingangs gestellte Leitfrage und gibt einen Ausblick auf die weitere Forschung im Bereich des Digitalen Autoritarismus.

## 2. Methodik und Literatur

#### 2.1 Methodik

In der vorliegenden Arbeit wird im theoretischen Abschnitt einerseits die Einbettung der digitalen Transformation von Staaten in den größeren Kontext der Modernisierungsprozesse von Gesellschaften gestellt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden andererseits mit Theorieansätzen der neueren Autoritarismusforschung zusammengeführt, die ihren Fokus auf die Legitimationsstrategien autoritärer Regime legen. Ziel ist ein theoretischer Rahmen, der erklärt, warum Autokratien eine digitale Transformation – verstanden als spezifische Form der Modernisierung – durchlaufen, mit welchen regimedestabilisierenden Risiken sie während dieses Prozesses konfrontiert werden und welche herrschaftskonsolidierenden Instrumente sie ergreifen, um einen Kollaps ihrer Herrschaftsstruktur vorzubeugen. Sobald dieser theoretische Rahmen formuliert ist, wird aus dieser Perspektive die konkrete Ausgestaltung der Legitimationsstrategien der KPCh analysiert und abschließend die eingangs formulierte Leitfrage beantwortet.

Die theoriebasierte Einbindung der digitalen Transformation in die Modernisierung von Gesellschaften teilt sich einerseits in Ansätze auf, die die heutigen digitalisierungsbedingten soziotechnologischen und sozioökonomischen Umwälzungen innerhalb von Gesellschaften beschreiben. Andererseits werden Konzepte der klassischen Modernisierungsforschung über die Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert herangezogen, um einen makrogesellschaftlichen Zusammenhang und eine Kontinuität herauszuarbeiten.

Im Bereich der neueren Autoritarismusforschung werden zwei wichtige Konzepte zur Modernisierung und Konsolidierung autoritärer Regime zusammengeführt. Dabei handelt es sich einerseits um das Konzept des *Authoritarian Upgrading* von Steven Heydemann, welches die Modernisierungsbestrebungen von autoritären Regimen zum Ziel der Selbstlegitimation beschreibt (siehe Heydemann, 2007). Es wird von Sebastian Heilmann aufgegriffen und mit Blick auf die VRC spezifiziert (siehe Heilmann, 2010). Um den Transferprozess von analogen zu digitalen Modernisierungsprozessen sinnvoll durchzuführen, wird das Modell des *Innovations-dilemmas* von Christian Göbel zusätzlich herangezogen (siehe Göbel, 2013). Es abstrahiert die Modernisierungsprozesse, verschiebt den Fokus auf die Innovationsfähigkeit und leitet daraus drei wichtige herrschaftskonsolidierende Instrumente für Autokratien ab, um im Prozess der sozioökonomischen Innovation den regimedestabilisierenden Risiken erfolgreich zu begegnen.

In der Synthese beider Theoriestränge kann davon ausgegangen werden, dass autoritäre Regime einerseits durch die digitale Transformation, verstanden als Modernisierungsprozess, ihre

ökonomische Performanz steigern wollen, um den daraus resultierenden Output breiten Bevölkerungsschichten zukommen zu lassen. Den damit verbundenen herrschaftsdestabilisierenden Gefahren, die sich durch dezentrale Vernetzungsformen sowie eines generellen, durch Digitalisierung bedingten enormen Informationsstrom äußern (siehe Kapitel 3.1), versuchen sie mit herrschaftskonsolidierenden Legitimationsstrategien zu begegnen.

Wodurch diese Strategien sich im Konkreten auszeichnen, wird am Beispiel der KPCh betrachtet. Hierzu werden die einzelnen Unterkapitel nach den Instrumenten autokratischer Herrschaftskonsolidierung gegliedert. Untersucht wird, inwiefern die KPCh ihre infrastrukturellen, diskursiven und repressiven Machtkapazitäten im Prozess der digitalen Transformation ausbaut. Wie sich noch zeigen wird, sind moderne Autokratien darauf bedacht, ihre Legitimation nicht durch Repression zu reproduzieren (siehe Göbel, 2013). Dementsprechend investieren sie ihre Mittel in sozioökonomische Performanz, um breiten Bevölkerungsschichten materielle Zuwendung zukommen zu lassen. Der Ausbau repressiver Machtkapazitäten nimmt hingegen eine nachgeordnete Rolle ein. Daher wird die Analyse des infrastrukturellen Machtausbaus den Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit bilden, gefolgt von dem Ausbau diskursiver Machtkapazitäten. Diese Einteilung harmoniert ebenfalls mit Göbels Analysegliederung.

Eine analytische Eingrenzung auf den reinen *Cyberspace*<sup>3</sup>, wie Rongbin Han sie vornimmt (siehe Han, 2018), ist für die vorliegende Arbeit nicht ausreichend, um die tatsächlichen Legitimationsstrategien zu erfassen. Deshalb werden in der vorliegenden Arbeit auch die Mechanismen berücksichtigt, die sich nicht nur im Internet abspielen, sondern im großen Rahmen der gesamten digitalen Transformation vonstattengehen.

Der Untersuchungsgegenstand umfasst in erster Linie die digitalen Megaprojekte Chinas. Die für die vorliegende Analyse getroffene Auswahl an Projekten orientiert sich am theoretischen Rahmen. Das heißt, es werden alle relevanten Projekte im Zusammenhang mit der digitalen Transformation Chinas betrachtet, die die infrastrukturelle, diskursive und repressive Machtkapazität der KPCh steigern. Die Quellenbasis bilden die offiziellen Grundlagendokumente und Regierungsansprachen, die von der KPCh diesbezüglich online veröffentlicht wurden.

-

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Allerdings vermeidet er eine klare Definition, wodurch dieser Begriff sehr unscharf bleibt. Verstanden werden kann darunter die "evolving man-made domain for the organization and transfer of data using various wavelengths of the electromagnetic spectrum. The domain is a combination of private and public property governed by technical rule sets designed primarily to facilitate the flow of information" (Graham, 2009: 68).

Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zum Wesen der Legitimationsstrategien des chinesischen Regimes und zur begrifflichen Schärfung des *Digitalen Autoritarismus* leisten. Im Folgenden wird unter letzterem entsprechend vorheriger Ausführungen die Nutzung digitaler Legitimationsstrategien zur Herrschaftskonsolidierung durch autoritäre Regime im Prozess der digitalen Transformation verstanden.

#### 2.2 Literatursituation

Im vorherigen Kapitel wurde bereits die wichtigste Literatur für den theoretischen Rahmen erwähnt. Allerdings bleibt noch die Arbeit von Johannes Gerschewski, die ein grundsätzliches Verständnis von autoritärer Regimestabilität vermittelt, zu nennen (siehe Gerschewski, 2013).

Bezüglich des Digitalen Autoritarismus muss zunächst festgehalten werden, dass die auf diesen Begriff rekurrierende Literatur sehr spärlich ausfällt. Das liegt allerdings weniger an mangelndem akademischem Interesse als vielmehr schlichtweg daran, dass sich bisher dieser Begriff nicht allgemein durchgesetzt hat. Zwar wurden verschiedene Arbeiten veröffentlicht, die sich mit einzelnen Elementen der digitalen Politik autoritärer Regime befassen. Die grundsätzliche Konstante in diesem Bereich sind die jährlich erscheinenden Länderberichte von *Freedom House*<sup>4</sup> über die Freiheit im Netz (*Freedom on the Net*), die sich mit Internetzensur, Pressefreiheit, digitaler und analoger Strafverfolgung und digitaler Überwachung auseinandersetzen. Allerdings wurden diese Analysen nie in einem theoretischen Modell konzeptualisiert.

Mit Bezug auf die VRC wurden in den letzten Jahren allerdings vermehrt Aufsätze und Monografien über innovative Überwachungs- und Zensurmethoden veröffentlicht. Namentlich zu nennen, da sie für die vorliegende Arbeit eine wichtige Grundlage gebildet haben, sind das 2018 erschienene Werk *Contesting Cyberspace in China* von Rongbin Han, das sich unter anderem dem pluralistischen Charakter der chinesischen Onlinedebattenkultur widmet sowie die aus dem gleichen Jahr stammende Monographie *Die Neuerfindung der Diktatur* von Kai Strittmatter, die sich mit der Erneuerung der chinesischen Herrschaft in Bezug zur Digitalisierung beschäftigt. Ebenfalls zu nennen sind die im Rahmen des *Mercator Institute for China Studies* entstandenen Arbeiten von Kristin Shi-Kupfer und Mareike Ohlberg, die einen umfassenden Überblick über die digitale Politik der KPCh darstellen (siehe Shi-Kupfer/Ohlberg, 2019).

Weiterhin stützt sich die vorliegende Arbeit auf aktuelle Presseberichte der internalen Medien sowie der staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua*, die als weiteres Sprachrohr der chinesi-

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Freedom House ist eine US-amerikanische Nichtregierungsorganisation, die als sogenannter *Watch Dog* die Entwicklung der Freiheit und Demokratie in den einzelnen Ländern der Erde beobachtet und bewertet (siehe www.freedomhouse.org).

schen Regierung neben dem offiziellen Internetauftritt www.gov.cn fungiert, auf dem regelmäßig Staatsdokumente und Reden veröffentlicht werden. Für die kommende Analyse wurden hier insbesondere die Grundlagendokumente der Regierung verwendet, um daraus den Strategieplan der KPCh abzuleiten. Die Originalquellen wurden vom Verfasser dieser Arbeit auszugsweise eigenständig übersetzt.

## 3. Digitaler Autoritarismus

## 3.1 Digitalisierung, digitale Transformation und Modernisierung

Bei der Sichtung der bisher veröffentlichen Literatur über den digitalen Autoritarismus ist auffällig, dass die systematische Nutzung von ICT durch Autokratien zur Herrschaftsstabilisierung zwar analysiert, allerdings ein klar herausgearbeiteter Bezug zu den sozio-technologischen Veränderungen der globalen Gesellschaft im Zuge der digitalen Transformation nicht immer hergestellt wird. Stattdessen liegt der Fokus häufig auf den einzelnen digitalen Instrumenten. Beispielhaft zu nennen sind Internetzensur, Social Media und digitale Überwachung (siehe Dahan/Bentman, 2016; siehe Michael, 2016; siehe Shahbaz, 2018).

Jedoch ist es notwendig die sozio-technologischen Folgen herauszuarbeiten, um aufzeigen zu können, was das grundlegende Dilemma zwischen der digitalen Transformation und autoritärer Herrschaft ist und wie Autokratien versuchen, dieses aufzulösen. Daher werden folgende Fragen beantwortet: Was ist Digitalisierung? Wie steht sie im Verhältnis zur digitalen Transformation? Welche sozio-technologischen Veränderungen entstehen durch den digitalen Wandel? In welchen größeren gesellschaftlichen Kontext ordnen sie sich ein?

Der Begriff *Digitalisierung* kann laut der online frei einsehbaren Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik zwei Bedeutungen haben:

"Traditionell ist die technische Interpretation. Danach bezeichnet Digitalisierung einerseits die Überführung von Informationen von einer analogen in eine digitale Speicherform und andererseits thematisiert sie die Übertragung von Aufgaben, die bisher vom Menschen übernommen wurden, auf den Computer. Heute wird Digitalisierung häufig – etwas breiter – mit der Einführung digitaler Technologien in Unternehmen und als Treiber der digitalen Transformation gleichgesetzt."

(Hess, 2019)

Bei diesen digitalen Technologien handelt es sich neben dem Internet und den sozialen Medien um neue informationstechnische Strukturen und Verarbeitungsprozesse wie *Cloud Computing*<sup>5</sup>, *Blockchain*<sup>6</sup>, *Big Data*<sup>7</sup>, *KI*<sup>8</sup> und *IT-Sicherheit*<sup>9</sup>. Sie fördern die fortschreitende elektronische Vernetzung der Gesellschaft, wobei sie gleichzeitig aufgrund ihrer dezentralen Funktionsweise (insbesondere Cloud-basierte Applikationen, Peer-to-Peer-Netzwerke<sup>10</sup>, Blockchain) im ökonomischen Bereich einen Wandel der bisherigen Wertschöpfungsaktivität weg von der Unternehmens- und Individuumszentrierung hin zur Everyone-to-Everyone-Wirtschaft (E2E) bewirken.

Die E2E ist durch eine allumfassende Vernetzung von Unternehmen, Kunden und Partnern gekennzeichnet, die sich durch die Digitalisierung der Prozessstrukturen auf "Augenhöhe" begegnen und durch mehr Transparenz zunächst Vertrauen sowie Effektivität und somit letztlich höheren Mehrwert für alle Beteiligten generieren können. Schnellere Kommunikationswege, leistungsfähigere Liefer- und Distributionsketten und die Vernetzung dezentraler Akteure werden durch die Digitalisierung ermöglicht. Dadurch können Unternehmen agil auf Bedürfnisänderungen der Kooperationspartner eingehen, die Abstimmung von Entscheidungsprozessen vereinfachen, eine Arbeitssymbiose aus allen beteiligten Parteien aufgrund von jederzeit möglicher Einflussnahme des Kunden auf das Produkt schaffen sowie durch gezielte Anwendung von KI die Handlungsabläufe stetig optimieren (vgl. Dahm/ Walther, 2019: 9ff.).

Die sich hierdurch verändernden Produktionsstrukturen nehmen Einfluss auf die Mitarbeiterpolitik der Unternehmen. Im Vordergrund stehen fortan die Vernetzung von Wissen, die Förderung der Kreativität, das kontinuierliche Fortbilden durch neuartige Lernmethoden und

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Beim *Cloud Computing* handelt es sich um ein IT-Bereitstellungsverfahren von IT-Diensten. Über die Cloud-Service-Anbieter können Anwender jederzeit dezentral auf die Dienste zugreifen (vgl. Urbach, 2018).

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Bei der *Blockchain-Technologie* handelt es sich um "eine verteilte, dezentrale Datenstruktur, welche Transaktionen transparent, chronologisch und unveränderbar in einem Netzwerk speichert. Blockchain-Systeme verwenden kryptographische Mechanismen zur netzwerkweiten Verifikation des Systemstatus" (Urbach, 2019).

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Big Data "ist ein Synonym für die Bedeutung großer Datenvolumen in verschiedensten Anwendungsbereichen sowie der damit verbundenen Herausforderung, diese verarbeiten zu können. [...] Mit Hilfe von Big Data Analysen sollen Informationen in großen Datenmengen transparent für das Unternehmen aufbereitet werden. [...] Die größte Herausforderung ist es, Daten effektiv zu nutzen und die in den Daten vorhandenen Informationen zu extrahieren" (Plattner, 2019).

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Künstliche Intelligenz "soll Maschinen in die Lage versetzen, menschliche Tätigkeiten zu übernehmen. Dabei soll das menschliche Gedächtnis, sein Lernverhalten und seine Entwicklung nachgebildet werden. [...] Künstliche Intelligenz (KI) bezeichnet problemlösungsorientierte und dem menschlichen Verhalten angepasste Gewusst-wie-Anleitungen, die in eine Programmstruktur übertragen worden sind" (Felden, 2016).

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> *IT-Sicherheit* "ermöglicht es, das [bisherige] erforderliche Vertrauen in Kommunikations- und Transaktionspartner sowie Infrastrukturbetreiber erheblich zu reduzieren. [...] Zu einer Gefährdung kommt es jedoch erst, wenn eine Schwachstelle auf eine Bedrohung trifft und diese für einen Angriff ausgenutzt werden kann" (Sackmann, 2014).

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Bei *Peer-to-Peer-Netzwerken* handelt es um Nutzergemeinschaften, die sich vernetzen, um "eigene Ressourcen anwendungsbezogen gemeinschaftlich zu nutzen, und dabei mit wenig oder ganz ohne zentralisierte Dienstfunktionalitäten" (Röck, 2014) auskommen.

die Erweiterung des Handlungsfreiraumes der Mitarbeiter, die letztlich in ein Abflachen der Hierarchien und in ein neues Verständnis von Führung münden. Somit verändert sich auch die komplette Unternehmenskultur durch digitale Technologien (vgl. Dahm/ Walther, 2019: 3, 5f.).

Der hier durch die Digitalisierung angestoßene Prozess heißt digitale Transformation und bezeichnet somit die "erhebliche Veränderungen des Alltagslebens, der Wirtschaft und der Gesellschaft durch die Verwendung digitaler Technologien und Techniken sowie deren Auswirkungen" (Pousttchi, 2017). Die digitale Transformation ist allerdings nur die Übergangsform auf dem Weg zur digitalen Neuerung, welche sich durch einen Zustand radikalen Umdenkens auszeichnet, in dem digitale Lösungen flächendeckend zum neuen Standard geworden sind. Beispielhalt zu nennen ist hier die Umstellung von Schallplatte auf Compact Disk in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Eine darauffolgende Revolution der Speicherung und Abrufung von Musik ist das Anbieten von Streaming-Diensten durch Akteure wie iTunes oder Spotify (vgl. Dahm/ Walther, 2019: 12f.).

Für die vorliegende Arbeit – besonders in Bezug auf die Autoritarismusforschung – müssen die hier dargestellten sozio-technologischen Prozesse im abstrakteren Kontext der Modernisierung von Systemen betrachtet werden. Warum die Modernisierung eine zentrale Rolle im Überleben von Autokratien spielt, wird in den nächsten Abschnitten erläutert. Jedoch ist festzuhalten, dass es sich beim Prozess der digitalen Transformation lediglich um eine spezielle Form der Modernisierung handelt, die sich dadurch auszeichnet, dass ihre Ziele bereits im Vorhinein bekannt sind und von zentralen Akteuren bewusst angestrebt werden (vgl. Kollmorgen, 2015: 78).

Prinzipiell kann der Begriff *Modernisierung* aus historischer Perspektive zunächst als Prozess des Wandels einer traditionellen hin zu einer modernen Gesellschaft beschrieben werden. Was die *Moderne* genau ist, wann und wodurch sie eingeleitet wird, hängt – wie die Modernisierungsforschung gezeigt hat – von der wissenschaftlichen Perspektive ab, unter der sie beleuchtet wird. Beispielsweise sieht Karl Marx soziale Umbrüche im Spätmittelalter als ausschlaggebenden Faktor für den Übergang der traditionellen Feudalherrschaft in eine moderne, kapitalistische Industriegesellschaft an (vgl. Avineri, 1969: 177f.). <sup>11</sup> Max Weber argumentiert

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Avineri weist darauf hin, dass aufgrund der politischen Dogmatisierung des Marxismus differenzierte Aussagen zu Marx' Modernisierungsverständnis von Gesellschaften übersehen werden. Marx rücke nicht rein ökonomische Verhältnisse ins Zentrum von Modernisierungsprozessen, sondern schufen laut ihm neue Besitzverhältnisse autonome Korporationen, die zu einer bürgerlichen Klasse und Zivilgesellschaft führten. Diese mündeten letztlich in der Modernisierung. Avineri verweist außerdem darauf, dass Marx nicht für alle Gesellschaften (unabhängig ihres spezifisch historischen Hintergrunds) die gleiche sozioökonomische Entwicklung vorsieht. Dementsprechend seien soziale, gefolgt von materiellen Veränderungen die treibende Kraft hinter Modernisierungsprozessen (vgl. Avineri, 1969: 172, 174, 178).

in seinen Schriften hingegen aus politischer Sicht und verortet in der rationalen Bürokratisierung des Staatswesen den Beginn der Modernisierung (vgl. Ringer, 2004: 64). Edmund Phelps wählt einen ökonomischen Ansatz und identifiziert zwei historische Modernisierungsschübe Mitte des 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts als Ausgangspunkt sowie die *Innovation* als zentralen Motor des Modernisierungsprozesses. Im Gegensatz zur Vormoderne ist das auszeichnende Charakteristikum der Moderne nach Phelps die *Erfindung des Erfindens* und damit ständige Neuerung statt tradierter Routine (vgl. Pies, 2016: 539).

Die digitale Transformation bettet sich in diesem Kontext als weiterer Schritt wirtschaftlicher und sozialer Umwälzung in den Modernisierungsprozess ein. Damit ist die Digitalisierung die nächste Stufe in der industriellen Revolution nach der Mechanisierung (Industrie 1.0), Elektrifizierung (Industrie 2.0) und Automatisierung (Industrie 3.0), weshalb sie auch als *Industrie 4.0* bezeichnet wird (vgl. Hausstein, 2018: 10f.). Der von Phelps beschriebene Prozess der stetigen Neuerfindung wird in der digitalen Transformation dabei noch verdichtet, da nicht nur die Förderung technischer und sozialer Innovation, sondern auch die individuelle Kreativität im Gegensatz zu vorherigen 'Industrien' in das Zentrum der Wertschöpfung geschoben werden. Diese Entwicklung fördert zusätzlich die Individualisierung des Individuums innerhalb der Gesellschaft (siehe E2E-Wirtschaft, neue Arbeitsweisen etc.).

## 3.2 Autoritarismusforschung im 21. Jahrhundert

Aus dem neuesten *Freedom-in-the-World*-Report von *Freedom House* wird ersichtlich, dass seit den letzten zehn Jahren die Zahl der Demokratien weltweit rückläufig ist und immer noch die Mehrheit der Menschen in autoritären Strukturen lebt (vgl. Freedom House, 2019b: 3). Im Zuge der Rekonstitution autoritärer Regime fand dadurch auch die postsowjetische Prophezeiung der 1990er Jahre, es sei das *Ende der Geschichte* und mit der westlichen Demokratie die höchste Stufe der politischen Entwicklung erreicht (siehe Fukuyama, 1989), ein jähes Ende. Dies äußerte sich ebenfalls in einer Wiederbelebung der Autoritarismusforschung<sup>12</sup>. Sie gehört mittlerweile zu den am stärksten wachsenden Forschungsbereichen der vergleichenden Politikwissenschaft (vgl. Schlumberger, 2017: 4).

Ihre verhältnismäßig junge Forschungsgeschichte gründet sich darin, dass autoritäre Regime bis zum Ende des 20. Jahrhunderts hauptsächlich im Rahmen demokratieteleologischer Ansätze

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Der Begriff Autokratie subsummiert idealtypisch totalitäre und autoritäre Regime, wohingegen der A*utoritarismus* einerseits autoritäre Politik, wie sie auch in Demokratien ausgeübt werden kann, als auch die autoritäre Herrschaft in Autokratien umfasst und somit Autoritarismus- und Autokratieforschung nicht deckungsgleich sind (vgl. Merkel, 2010; Schlumberger, 2017: 2).

des Transitionsparadigma<sup>13</sup> beleuchtet wurden. Im Gegensatz dazu legt die neue Autoritarismusforschung den Fokus auf das Wesen von Autokratien und verneint die Frage nach der Legitimität autoritärer Regime nicht normativ (vgl. Backes, 2013: 157).

Vielmehr nimmt sie Bezug auf den Weber'schen Begriff des *Legitimitätsglaubens*<sup>14</sup>, der einen empirischen Zugang vorsieht. Legitimität entspringt aus dem, was der Beherrschte als *richtig, gerechtfertigt* und *legitim* erachtet, wobei dies ebenfalls in Raum und Zeit variieren kann. Analytisch wird darauf aufbauend zwischen dem *Wer* (Wer erhebt für sich Legitimität?), dem *Erfolg/Scheitern* (Nehmen die Beherrschten den Anspruch an?), dem *Was* (Was ist der Inhalt der Legitimation?) und dem *Wie* (Wie werden die Ansprüche gegenüber den Beherrschten geltend gemacht?) unterschieden (vgl. Schlumberger, 2010: 235 – 239).

Gerade angesichts der aktuellen Krise der Demokratien in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent mit aufziehendem Populismus, Nationalismus und Protektionismus zeigt sich, dass jedes politische Regime nach Legitimität <sup>15</sup> streben muss, um sich selbst zu erhalten, und eine normative Legitimität demokratischer Strukturen per se nicht gegeben ist. Stattdessen sollte die Frage nach destabilisierenden Einflüssen gestellt werden, von denen jedes politische Regime bedroht sein kann. Ist es bei autoritären Staaten beispielsweise die unzensierte Formulierung von Regimekritik, können es bei Demokratien die Verbreitung von *Fake-News* sein (siehe Mounk/ Foa, 2018).

Mit dem Fokus auf autoritäre Regimestabilität<sup>16</sup> haben sich insbesondere die institutionalistischen Konzepte numerisch hervorgetan, die der Frage nachgehen, welche regimestabilisierende Rolle formelle und informelle Institutionen innerhalb der Autokratie spielen (vgl. Bank, 2010:

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Das *Transitionsparadigma* ist ein von Kritikern kreierter Begriff für die Annahmen der Transformationsforschung. Diese hat ihre Anfänge bereits in den 1950er Jahren im Rahmen der *Modernisierungstheorie*, welche davon ausgeht, dass jedes politische System im Prozess der Modernisierung zu einer Demokratie oder einem demokratieähnlichen Regime übergeht (siehe Lipset, 1959). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts, als die Demokratisierungswelle abebbte, wurde dieses 'Paradigma' zur Disposition gestellt (siehe Carothers, 2002). Durch den Arabischen Frühling und die Farbrevolutionen erhält der demokratieteleologische Ansatz wieder Aufwind, wobei ein wesentlich nüchterner Blick bei Demokratisierungsprognosen angelegt wird (siehe Diamond et al., 2014).

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Über den *Legitimitätsglauben* schreibt Max Weber: "Keine Herrschaft begnügt sich, nach aller Erfahrung, freiwillig mit den nur materiellen oder nur affektuellen oder nur wertrationalen Motiven als Chancen ihres Fortbestandes. Jede sucht vielmehr den Glauben an ihre "Legitimität" zu erwecken und zu pflegen" (Weber, 1922: 22).

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Aus bisher Beschriebenem verwendet die vorliegende Arbeit somit den Begriff *Legitimität* als die "Anerkennung der Rechtmäßigkeit des politischen Regimes durch die Bürger und ihre damit verbundene Unterstützung des Regimes" (Kailitz/ Wurster, 2017: 142). *Legitimation* beschreibt hingegen den "Prozess fortlaufender Rechtfertigung politischer Herrschaft. [...] Legitimität kann zugleich sowohl Grundlage als auch [...] Ziel sein; Legitimation (oder Legitimierung) stellt derweil den Prozess dar, Legitimität zu erreichen" (Kneuer, 2013: 206).

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Die vorliegende Arbeit unterscheidet zwischen den Begriffen *Persistenz* und *Stabilität* von Regimen. Persistenz beschreibt nur die Abwesenheit von Wandel, wohingegen Stabilität die "Kapazität, Herausforderungen zu begegnen und sich ändernden Umweltanforderungen anzupassen" (Gerschewski, 2013: 108) beschreibt. Stabilität beschreibt somit einen dynamischen Zustand.

23). Eines der bekanntesten stammt von Johannes Gerschewski und betrachtet unter Berücksichtigung alter und neuer Autoritarismusansätze *Legitimation*, *Kooptation* und *Repression* als die drei institutionalisierten Säulen autoritärer Regimestabilität (vgl. Gerschewksi, 2013; Gerschewski et al., 2013).

Um einen empirischen Zugang zum Reproduktionsprozess von *Legitimation* zu erhalten, orientiert sich Gerschewskis Ansatz an den tatsächlichen Legitimationsgründen (vgl. Gerschewski, 2014: 108). Hier bietet sich David Eastons Unterscheidung zwischen spezifischer und *diffuser* Unterstützung an (siehe Easton, 1965). Spezifische Unterstützung entsteht durch Befriedigung kurzfristiger Erwartungen – meist als Ergebnis sozioökonomischer Performanz. Diffuse Unterstützung wird stattdessen anhand der langfristigen Haltung der Beherrschten gegenüber dem System bemessen und gründet sich auf Normen, Werte, gemeinsame Narrative einer Gruppe oder Charisma des Herrschers. Die Reproduktion von Legitimation beruht generell auf der aktiven Anerkennung oder der passiven Duldung des Legitimationsanspruches der Herrschenden durch die Beherrschten (vgl. Gerschewski et al., 2013: 114f.).

Repression beschreibt den ausgeübten oder angedrohten Gebrauch von Sanktionen durch die Herrscher gegenüber den Beherrschten. Sie unterscheidet sich in harte und weiche Zwangsmaßnahmen, wobei erstere die Anwendung physischer Gewalt meint und letztere subtilere Formen des repressiven Vorgehens wie beispielsweise die Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten sowie die Erhöhung der politischen Handlungskosten für die Regimeopposition (vgl. Gerschewski et al., 2013: 115).

*Kooptation* meint den Prozess, bei dem gesellschaftliche Eliten durch materielle und immaterielle Vergünstigungen an das politische Regime gebunden werden und ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zum Erhalt der politischen Stabilität führt. Diese Stabilitätssäule reproduziert sich durch utilitaristische Mechanismen und gilt solange als stabil, als das Kosten-Nutzen-Kalkül der kooptierten Eliten derart ausgestaltet ist, dass es für sie aus Rationalitätsüberlegungen heraus am sinnvollsten ist das Regime weiterhin zu unterstützen (vgl. Gerschewski, 2013: 116).

Die Autoritarismusforschung hat aufgrund dieser neugewonnenen Aufmerksamkeit für den Begriff der Legitimation den Forschungsfokus vergrößert. Mittlerweile wird die internationale Ebene von autoritärer Herrschaft miteingeschlossen. Autokratien nutzen außenpolitische Erfolge zur Stabilisierung ihrer Herrschaft (siehe Kneuer, 2013), bewirken durch ihre eigene Existenz die transnationale Diffusion autoritärer Werte (siehe Hall/ Ambrosio, 2017), fördern aktiv

autoritäre Strukturen in anderen Ländern (siehe Bader/ Kästner, 2013), kooperieren international mit anderen Autokratien und lernen aus den Erfolgen und Fehlern voneinander (siehe Bank/ Josua, 2017).

In diesem Zusammenhang muss allerdings angemerkt werden, dass aufgrund des intransparenten Charakters autoritärer Regime (das Zustandekommen politischer Entscheidungen ist für die Öffentlichkeit nicht zugänglich) meist nur das Potential, nicht aber die eigentliche Intention autoritärer Politik nachweisbar ist (vgl. Hall/ Ambrosio, 2017: 152f.; Frantz, 2019: 4).

## 3.3 Das politische Regime Chinas

Eine der wenigen Arbeiten, die bereits frühzeitig das Wesen autoritärer Regime analysierte, stammt aus den 1960er Jahren von Juan Linz und bildete aufgrund der Dominanz demokratieteleologischer Ansätze für Jahrzehnte den einzig konzeptionellen Zugang zu diesem Herrschaftstypus (vgl. Köhler/ Warkotsch, 2010: 61). Linz definiert autoritäre Regime anhand von vier Merkmalen: Erstens, sie besitzen einen begrenzten, nicht politisch verantwortlichen Pluralismus; zweitens, sie haben keine ausgearbeitete und leitende Ideologie, stattdessen eine ausgeprägte Mentalität; drittens, aufgrund dessen kommt es in der Regel zu keiner extensiven oder intensiven politischen Mobilisierung; und viertens, ein Führer oder eine kleine Gruppe übt Macht innerhalb formal kaum definierter, aber tatsächlich recht vorhersagbarer Grenzen aus (vgl. Linz, 2003: 129).

Linz unterscheidet nach dieser Definition sieben Typen von autoritären Regimen, die zwischen dem Totalitarismus und der Demokratie angesiedelt sind. Die VRC ordnet er als *posttotalitäres Regime* ein, da es aufgrund der totalitären Herrschaft Mao Zedongs wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Strukturen aufweist, die es auch im Übergang zu einem autoritären Regime von anderen Autokratien, die keine totalitäre Vergangenheit haben, unterscheidet (vgl. Linz, 2003: XLI, 227f.).

Wolfgang Merkel berücksichtigt und verfeinert Linz' Analyse. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es sich bei der VRC seit den 1990er Jahren um ein *kommunistisch-autoritäres Parteire-gime* handelt, das "die kommunistische Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse und einziges legitimes Machtzentrum des Staates" (Merkel, 2010: 43) betrachtet.

Die KPCh nutzt allerdings weiterhin ideologische Herrschaftsrhetorik und -zielsetzungen, wodurch sie strenggenommen eines der Linz'schen Kriterien für ein totalitäres Regime (exklusive Ideologie) erfüllt (vgl. Linz, 2003: 25). Als Reaktion darauf haben einige Arbeiten versucht

die VRC typologisch der *Ideokratie* zuzuordnen (siehe Backes/ Kailitz, 2014). Allerdings herrscht keine Einigkeit über die genaue Definition dieses Herrschaftstyps.<sup>17</sup>

Nach einer Studie von Jørgen Møller und Sven-Erik Skaaning aus dem Jahr 2008 erfüllt die VRC bei Ausklammerung des ideologischen Legitimationsaspekts auf Grundlage der Daten von Freedom House allerdings nicht die Anforderungen eines totalitären Regimes. Allerdings wäre China dem ideologiebasierten Regime zuzuordnen. Die einzigen Länder, die sich eine Schnittmenge beider Kategorien teilen, sind Kuba und Nordkorea (Backes/ Kailitz, 2014: 10).

Aufgrund des bisher Genannten wird in der vorliegenden Arbeit daher das politische System der VRC als ein *kommunistisch-autoritäres Parteiregime* klassifiziert, das aufgrund seines *posttotalitären Charakters* weiterhin als Teil der Legitimitätsgewinnung eine ideologiebasierte Legitimationsrhetorik nutzt. Diese Einschätzung wird ebenfalls durch den neuesten Report von *Freedom House* untermauert, wobei dieser auf eine zunehmende Repression in den letzten Jahren aufmerksam macht. Dadurch erhält die VRC im Bereich der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten 11 von 100 möglichen Punkten und gilt als *unfree* bzw. nicht frei. Damit gehört sie zu den 15 repressivsten Regimen der Erde und bewegt sich folglich an der autoritären Grenze zum totalitären Regime (vgl. Freedom House, 2019a).

## 3.4 Legitimationsstrategien autoritärer Regime

#### 3.4.1 Legitimation durch Modernisierung: Authoritarian Upgrading

Ältere Ansätze der Autoritarismusforschung sehen aufgrund ihrer demokratieteleologischen Bias in Repression und Kooptation die Ursache für die Persistenz autoritärer Regime. Da insbesondere Autokratien wie Russland und China nicht nur persistent, sondern geradezu stabil sind und sich einer gewissen "Popularität" (Kailitz/ Wurster, 2017: 143) innerhalb ihrer eigenen Bevölkerung erfreuen, ist eine Neugewichtung der Herrschaftsmittel nötig. Daher gehen aktuelle Ansätze davon aus, dass die Legitimation eine dominante Stellung in der Stabilisierung autoritärer Herrschaft einnimmt, wohingegen insbesondere repressive Mittel eher eine nachgeordnete Rolle als *Ultima Ratio* spielen (vgl. Göbel, 2013: 138; Kailitz/ Wurster, 2017: 141; Backes/ Kailitz, 2014: 14).

Unter dem Titel *Upgrading Authoritarianism* legte Steve Heydemann 2007 einen Aufsatz vor, der genau von dieser These ausgeht und den autoritären Regimen mehr zutraut, als nur

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Der Begriff *Ideokratie* wurde im 19. Jahrhundert erstmals im Rahmen der Staatsformenlehre durch den Historiker Heinrich Leo eingeführt und beschrieb Staaten, die sich einem ideologischen Fanatismus hingaben, der in den Augen konservativer Kräfte alles historisch Gewachsene in seiner Existenz bedrohte. Der Begriff erfuhr im Laufe der Geschichte einige Neuinterpretationen (sieh Backes, 2014).

mittels Repression ihre Herrschaft zu begründen. Mit Blick auf den arabischen Raum kommt er zu der Feststellung, dass Anfang des 21. Jahrhunderts eine neue Art des autoritären Regierens entstanden ist. Es handelt sich dabei um ein "product of more of trial and error more than intentional design, Arab regimes have adapted to pressures for political change by developing strategies to contain and manage demands to democratize" (Heydemann, 2007: 1).

Diese Fähigkeit autoritärer Regime, sich weder vor der Globalisierung oder anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräften zu verschließen, noch ihre innerstaatliche Opposition einfach nur zu unterdrücken, sondern stattdessen ihren eigenen Regierungsstil zu rekonfigurieren "to accommodate and manage changing political, economic, and social conditions" (Heydemann, 2007: 1), bezeichnet Heydemann als *Authoritarian Upgrading*: eine Form des Legitimitätserhalts durch Modernisierung gesellschaftlicher Strukturen zur Steigerung der politischen und wirtschaftlichen Leistung, ohne die politische Kontrolle zu verlieren (vgl. Heydemann, 2007: 2).

Sebastian Heilmann hat Heydemanns Konzept auf die VRC angewendet, um die autoritäre Politik vor dem Hintergrund der sozialen und wirtschaftlichen Modernisierung Chinas Anfang des 21. Jahrhunderts zu beschreiben. Nach Heilmanns Ansicht ist die Modernisierungsstrategie der KPCh im Wesentlichen eine "unusual combination of extensive policy experimentation with longterm policy prioritization that has been practiced under the shadow of a hierarchical authority structure" (Heilmann, 2010: 109). Sie verfolgt damit das Ziel wirtschaftliche Vorteile über die Regimeeliten hinaus breiten Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen und andererseits die Kontrolle über Kernbereiche der Wirtschaft zu behalten sowie staatsverbundene Unternehmen innerhalb der nationalen Ökonomie zu fördern (vgl. Heilmann, 2007: 111).

Es handelt sich bei diesem Vorgehen somit um eine Doppelstrategie, bei der die KPCh kurz-, mittel-, und langfristige Ziele definiert, wobei letztere in Form der Fünfjahrespläne nicht an den Legislaturzyklus der Parteiführung gekoppelt sind. Kurzfristige Reformen bilden eher die Ausnahme, waren allerdings historisch betrachtet dafür umso tiefgreifender. Andererseits zeichnet sich die chinesische Strategie durch eine Experimentalpolitik aus, die durch Innovationsprozesse die nötigen Instrumente für die Erreichung der formulierten Ziele bereitstellen soll. Hierzu werden die lokalen Behörden angehalten, sich neue Problemlösungskonzepte zu überlegen. Sollten diese Ansätze fruchten, werden sie auf der nationalen Ebene ausgerollt. Heilmann spricht hier von einem Experimentalzyklus, der mit dezentralem Experimentieren beginnt, über Pilotprogramme getestet und dann entweder implementiert oder optimiert wird (vgl. Heilmann, 2010: 113, 115, 119f.).

Die Ansätze von Heilmann und Heydemann bieten wertvolle Erkenntnisse über den Prozess der Modernisierung autoritärer Regime zur Legitimitätsgewinnung. Ihre Konzepte stehen allerdings erst am Anfang der autoritären Modernisierungsforschung, da sie einen deskriptiven Charakter besitzen, aus dem sich kein theoretisches Modell ableiten lässt. Dieses ist aber notwendig, um die Funktionsweise von Modernisierung von dem analogen auf den digitalen Bereich zu übertragen.

Christian Göbel veröffentlichte im Jahr 2013 ein Modell, das unter teilweisem Bezug auf die Arbeiten von Heilmann die Neuerung von Autokratien in einen theoretischen Rahmen fasst. Er nimmt eine konzeptuelle Trennung zwischen dem gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsprozess auf der einen Seite und den herrschaftskonsolidierenden Legitimationsstrategien von Autokratien auf der anderen Seite vor (siehe Göbel, 2013). Dieses Modell ermöglicht eine nachvollziehbare und klare Strukturierung der empirischen Analyse der digitalen Transformation Chinas und wird daher im folgenden Kapitel vorgestellt.

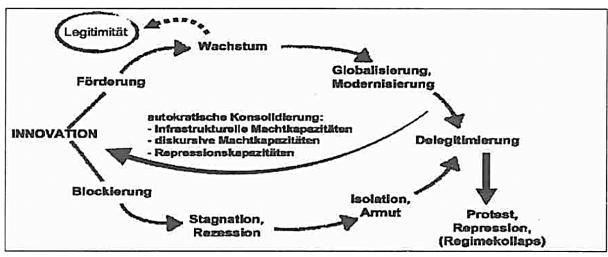
#### 3.4.2 Innovationsprozesse und Herrschaftskonsolidierung: Das Innovationsdilemma

Der folgende Ansatz greift den legitimationsorientierten Ansatz des *Authoritarian Upgrading* auf und verleiht diesem mehr Systematik. Es handelt sich hierbei um das *Innovationsdilemma* von Christian Göbel (siehe Göbel, 2013). Im Zentrum dieses Ansatzes steht die Gewinnung von Herrschaftslegitimation vor dem Hintergrund von Innovationsprozessen. Es beruht auf der Prämisse, dass wirtschaftliche Stagnation auf Dauer zur Delegitimierung von Autokratien führt und nur beständiges Wachstum diesem entgegenwirkt, welches jedoch nur durch regelmäßige Innovationsprozesse generiert werden kann. <sup>18</sup> Das Dilemma entsteht ausgehend von dieser Prämisse dadurch, dass ein Innovationsprozess gewisse Destabilisierungsrisiken für das autoritäre Regime birgt, weshalb das Unterlassen als auch das Fördern von Neuerungen die Gefahr der Delegitimierung beinhaltet. Um dieser Zwangslage zu entkommen und Innovations- sowie letztlich Modernisierungsprozesse möglichst kontrolliert ablaufen zu lassen, können autoritäre Regime sich autokratischer Konsolidierungsinstrumente<sup>19</sup> bedienen. Diese zielen auf eine Steuerung des öffentlichen Diskurses, des infrastrukturellen Machtausbaus und der Nutzung physi-

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Die Kritik an dieser Prämisse entspringt der bereits beschriebenen Debatte über Legitimität politischer Systeme. Es muss kein demokratieteleologischer Ansatz gewählt werden, um die im folgenden Modell vorgestellten Destabilisierungsrisiken nachvollziehen zu können, auch wenn sie auf einem modernisierungstheoretischen Konzept basieren. Der Grund liegt an der bereits in Kapitel 3.2 beschrieben Erkenntnis, dass prinzipiell jedes politische Regime nach Legitimität streben muss, um von den Beherrschten in verändernden sozioökonomischen und technologischen Prozessen (Modernisierung) akzeptiert zu werden.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Autokratische Konsolidierung beschreibt ein "deliberate state project to improve a regime's capabilities for governing society" (Göbel, 2011: 176).

scher und psychischer Gewalt ab, wobei letzteres nur im Notfall zur Anwendung kommt. Hierdurch wird den modernisierungsbedingten Destabilisierungsrisiken entgegengewirkt und neue, notwendige Innovationsprozesse können eingeleitet werden (siehe Abbildung; vgl. Göbel, 2013).



Innovationsdilemma nach Göbel (Göbel, 2013: 139)

Die Herleitung dieses Modells beruht auf zwei Ansätzen, die Göbel miteinander verbindet, um herauszuarbeiten, welche Auswirkungen Innovationsprozesse auf Regimetypen haben (vgl. Göbel, 2013: 133): Zum einen basiert das Innovationsdilemma auf den Theorien über Innovationsprozesse in der Moderne (National Systems of Innovation). Während in vorindustriellen Gesellschaften Innovation<sup>20</sup> von außen in ein System eingeführt wurde, ist sie im modernen Kapitalismus "a fundamental and inherent phenomenon; the long-term competitiveness of firms, and of national economies, reflect their innovative capability and, moreover, firms must engage in activities which aim at innovation just in order to hold their ground" (Lundvall, 2010: 8). Nach dieser Lesart sind Innovationen kein Selbstzweck, sondern Schlüsselelemente des nationalen Wirtschaftswachstums im Kapitalismus und unabdingbar für die Wettkampffähigkeit von Volkswirtschaften (vgl. Lundvall, 2010: 6).

Zum anderen greift Göbels Modell auf die Arbeit über das *Performanzdilemma* von Samuel Huntington zurück. Es beschreibt die Folgen ökonomischer Stagnation von Autokratien, welche zur Unzufriedenheit der Bevölkerung und dauerhaft zur Delegitimierung des Regimes führen kann. Wirtschaftliche und politische Modernisierung, die für Fortschritt sorgen soll, können Autokratien nicht ohne weiteres vollziehen, da sie entweder ihren Herrschaftsanspruch auf gewisse Performanzziele gründen und ihre weitere Existenz mit Erreichen dieser obsolet wird;

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Als *Innovation* wird ein Prozess der *kreativen Zerstörung* nach dem Ökonom Joseph Schumpeter verstanden, bei dem bereits vorhandenes Wissen neu kombiniert wird, um neue Produktions- und Wissensstrukturen zu schaffen (vgl. Lundvall, 2010: 9). Er unterscheidet sich somit von dem Begriff der Erfindung (Invention), welcher nur die Bereitstellung neuen Wissens beschreibt (vgl. Göbel, 2013: 135).

oder aber, dass steigender Wohlstand empirisch betrachtet zu Demokratisierung von autoritären Regimen führt (modernisierungstheoretischer Ansatz), auf die sie mit Erhöhung der Repression reagieren müssen (vgl. Huntington, 1991: 55, 59).

Göbels Modell des Innovationsdilemmas unterscheidet sich von Huntingtons Konzept allerdings in zwei Punkten. Erstens: Da Innovationsprozesse des freien Zugangs zu Informationen sowie Integration einer Nation in die globalen Technologie- und Fortschrittsnetzwerke bedürfen, werden breiten Bevölkerungsschichten neue Kommunikationskanäle eröffnet. Die Nutzung dieser Kanäle kann zur Unterminierung der autoritären Herrschaft sowie zur Organisation politischen Widerstands verwendet werden. Somit sieht Göbel bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Gefahr der Delegitimierung des autoritären Regimes und nicht erst mit der verbesserten Wirtschaftsleistung, die die Autokratie vor Huntingtons Performanzdilemma stellt. Zweitens: Im Gegensatz zu Huntington sieht Göbel im Prozess der Innovation ebenfalls eine Chance für Autokratien neben den generellen, monetären Gewinnen des Wirtschaftswachstums, die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien zur eigenen Herrschaftskonsolidierung zu nutzen (vgl. Göbel, 2013: 136f.). Das Modell des Innovationsdilemmas setzt somit nicht erst in der Phase wirtschaftlicher Prosperität an, sondern bereits im Moment des Modernisierungsentscheids an, der einen schwer zu steuernden Prozess in Gang setzt und eine große Unsicherheit für die Herrschenden mit sich bringt (vgl. Göbel, 2013: 137).

Um dieser für die Stabilität des Regimes unsicheren Zeit bestmöglich zu begegnen, nutzt es verschiedene Legitimationsstrategien, die Christian Göbel im Rahmen der *autokratischen Herrschaftskonsolidierung* formuliert. Sie zeichnet sich durch den stetigen Ausbau *infrastruktureller* als auch *diskursiver Machtkapazitäten* aus. *Repressionskapazitäten*<sup>21</sup> werden in diesem Rahmen ebenfalls gefördert, deren Ausübung wird aber sparsam eingesetzt, weshalb sie nicht im eigentlichen Sinn zur autokratischen Herrschaftskonsolidierung zählen. "Der Aufbau von Repressionskapazitäten ist mit Konsolidierung nicht inkompatibel, Repression als Herrschaftsgrundlage jedoch schon" (Göbel, 2013: 139).

Infrastrukturelle Macht stellt "die verstetigte Herrschaft und die Logistik der alltäglichen politischen Kontrolle dar und speist sich aus der Institutionalisierung, Ausdifferenzierung und gesellschaftlichen Verankerung staatlicher Herrschaft" (Göbel, 2013: 138). Sie umfasst drei Dimensionen: "die Kapazitäten der Steuererhebungen und Bereitstellung öffentlicher Güter (extractive capacity und redistributive capacity), die Qualität der Bürokratie und die gesellschaftliche Einbettung des Regimes (embeddedness)" (Göbel, 2013: 142). Die Bereitstellung

\_

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Hier sind harte Repressionen wie Folter, Inhaftierung und Mord gemeint (vgl. Göbel, 2013: 138; siehe hierzu auch Kapitel 3.2).

öffentlicher Güter ist allerdings eine kostspielige Investition, da sie eine hohe Staatsquote verlangt, um Strukturwandel zur wirtschaftlichen Leistungssteigerung einzuleiten und Nährboden für Innovationsprozesse und die Förderung von Forschung und Entwicklung zu schaffen. Um diese Investitionen zu erreichen, kommt es meist zu Beginn dieses Prozesses zu erhöhten Steuerbelastungen, die für soziale Unruhen in den finanziell schwachen Gesellschaftsschichten sorgen können (vgl. Göbel, 2013: 142). Die Förderung qualitativ verbesserter bürokratischer Strukturen ist insofern von Bedeutung, da eine effiziente Bereitstellung materieller und immaterieller Güter durch staatliche Strukturen ermöglicht wird, die wiederum den Prozess des Strukturwandels begünstigt und mittels Verwaltungsreformen enorme personelle Einsparungen sowie optimierte Bürokratieprozesse mit sich bringt (vgl. Göbel, 2013: 144). Die gesellschaftliche Einbettung des Regimes ermöglicht ein Reaktionspotential, um auf Herausforderungen schneller reagieren zu können. Sie erfolgt durch politische Integration Bevölkerung sowie durch Schaffung spezieller Kommunikationskanäle zwischen Herrschern und Beherrschten (vgl. Göbel, 2013: 145f.).

Des Weiteren fördern Autokratien den Ausbau diskursiver Machtkapazitäten, die die politische Erziehung und Steuerung von Diskursen beinhaltet. Ihre Aufgabe besteht in der gezielten und massenwirksamen Interpretation der objektiven Leistung eines Regimes, um Herrschaftslegitimität in der Wahrnehmung des Beherrschten zu erzeugen. Mittels Kommunikationstechnologie wird somit der öffentliche Diskurs gelenkt. Dementsprechend kann diskursive Macht nicht nur Legitimitäts-, sondern ebenfalls Technikglauben bei gleichzeitigem Herunterspielen der möglichen Gefahren mittels Informationsselektion erzeugen, wodurch in zweiter Funktion der Innovationsprozess innerhalb des Regimes gefördert wird (vgl. Göbel, 2013: 138, 146). Diskursive Macht erzeugt somit kein statisches Narrativ der Herrschaftslegitimation, sondern ein dynamisches, indem dieses stetig an die Präferenzen der Bevölkerung angepasst wird (vgl. Göbel, 2013: 147).

Der Ausbau *repressiver Machtkapazitäten* bildet das letzte Instrument und sollte – wie bereits erwähnt – nicht Grundlage der Herrschaftskonsolidierung sein, wird von Autokratien aber kontinuierlich gefördert. Ziel dieses Instrumentes ist die Fortentwicklung der nötigen Strukturen zur Geschwindigkeits- und Effizienzsteigerung harter Repressionsmaßnahmen. Darunter fällt die Weiterentwicklung digitaler und analoger Überwachungssysteme sowie neuartiger Technologien. Es wird somit Innovation mit sozialer Kontrolle verbunden (vgl. Göbel, 2013: 148f.).

Göbel wendet sein Modell auf verschiedene Fallbeispiele an. Während einige Staaten wie Nordkorea, Kambodscha und Myanmar nicht den Weg der Modernisierung durchlaufen haben,

sondern ausschließlich mit Repression ihre Legitimation generieren (siehe Abbildung 2: Entwicklungspfeil gegen den Uhrzeigersinn), sieht Göbel im Falle von China, Malaysia und Vietnam einige Gegenbeispiele, die den Pfad der Modernisierung eingeschlagen haben und aufzeigen, dass Innovation und autoritäre Herrschaft nicht unvereinbar sind. Im Fall der letzten drei Länder konnte festgestellt werden, dass die notwendigen Strukturen zur Steigerung der ebenfalls Repressionskapazitäten zwar kontinuierlich ausgebaut wurden, die Legitimationsgewinnung allerdings nicht auf repressiven Legitimationsstrategien beruhte (vgl. Göbel, 2013: 133, 137, 148).

## 4. Digitale Legitimationsstrategien der KPCh

## 4.1 Ausbau infrastruktureller Machtkapazitäten

#### 4.1.1 Einleitung

In den Kapiteln 4.1.2 bis 4.1.4 wird der Ausbau infrastruktureller Machtkapazitäten der KPCh vor dem Hintergrund der digitalen Transformation analysiert. Im folgenden Kapitel werden die digitalen Großprojekte der chinesischen Regierung untersucht. Sie werden als eine Form der Bereitstellung öffentlicher Güter verstanden, da es sich um enorme staatliche Investitionsprogramme handelt, die auf einen grundlegenden, digitalen Strukturwandel abzielen. Im Detail werden die *Digital Silk Road* und das Projekt *MIC25* mit den dazugehörigen Applikationen den Untersuchungsgegenstand bilden.

Kapitel 4.1.3 analysiert anschließend bürokratische Reformprozesse der KPCh im Bereich der Digitalisierung. Es wird beleuchtet, inwiefern die chinesische Regierung durch digitale Werkzeuge versucht die staatliche Bürokratie zu optimieren. Dieses Kapitel umfasst sowohl die Aufarbeitung innovativer Digitalisierungsreformen sowie die Verrechtlichung des digitalen Raumes durch das *Cybersecurity Law*.

Das anschließende Kapitel setzt sich einerseits mit der Einbettung des Regimes in die Gesellschaft auseinander. Hier steht das *Social Credit System* im Fokus der Analyse. Andererseits werden analoge Kooptationsstrukturen untersucht, die die digitalen Eliten an das Regime bindet.

#### 4.1.2 Bereitstellung öffentlicher Güter

"Die Schaffung einer international wettbewerbsfähigen Fertigungsindustrie ist eine Notwendigkeit, um China zu stärken, Sicherheit zu gewährleisten und sich als Weltmacht zu etablieren […] Jedoch, verglichen mit dem globalen Fortschrittsstand, ist Chinas Industrie nach wie vor groß, aber nicht stark; im Bereich der unabhängigen Innovationsfähigkeit, der effizienten Ressourcennutzung, des Levels der industriellen Produktionsstruktur, des Grades der Informatisierung, etc. ist der Leistungsunterschied offensichtlich; der Aufstieg zu einer höheren Stufe und eine sprunghafte Entwicklung sind die dringlichsten und schwierigsten Aufgaben. "<sup>22</sup>

(ZVVC, 2015b)

Mit diesen Worten annoncierte die KPCh am 8. Mai 2015 unter dem Namen *Made in China* 2025 eines der größten Modernisierungsprojekte in der Geschichte der VRC. Herz dieses Projektes bildet die Umstellung der kompletten Strukturen von einem hohen Produktionsvolumen zu einer leistungsstarken Fertigungsindustrie, da sie als Garant für Innovationsfähigkeit betrachtet wird (vgl. Tian/ Pan, 2016: 96, 98).

Die strategische Aufgaben von MIC25 umfassen neun wichtige Punkte: die Steigerung der Innovationsfähigkeit (提高国家制造业创新能力), die Förderung und Vertiefung von Informatisierung und Industrialisierung (推进信息化与工业化深度融合), die Stärkung der industriellen Infrastrukturkapazität (强化工业基础能力), die verstärkte Etablierung von Markenprodukten (加强质量品牌建设), die vollständige Implementation grüner Produktion (全面推行绿色制造), die Förderung von Durchbrüchen in Schlüsselbereichen (大力推动重点领域突破发展), die Vertiefung der Fertigungsstrukturanpassung (深入推进制造业结构调整), die aktive Entwicklung serviceorientierter Fertigungs- und Produktionsdienstleistungen (积极发展服务型制造和生产性服务业) und die Anhebung des industriellen Fertigungslevels auf internationales Niveau (提高制造业国际化发展水平). Bei den angesprochenen Schlüsselbereichen handelt es sich um die IT-Industrie (信息技术产业), High-end computerisierte Maschinenbau und Robotik (高档数控机床和机器人), Flug- und Raumfahrt Ausrüstung (航空航天装备), maritime Ausrüstung und high-end Schiffe (海洋工程装备及高技术船舶), erweiterte Zugbeförderungsmittel (先进轨道交

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Original: "打造具有国际竞争力的制造业,是我国提升综合国力、保障国家安全、建设世界强国的必由之路。[…] 然而,与世界先进水平相比,我国制造业仍然大而不强,在自主创新能力、资源利用效率、产业结构水平、信息化程度、质量效益等方面差距明显,转型升级和跨越发展的任务紧迫而艰巨。"

通装备), Energieeinsparungen und neue Energiefahrzeuge (节能与新能源汽车), Elektroausrüstung (电力装备), Agrarausrüstung (农机装备), neue Materialien (新材料), Biomedizin und medizinische High-End-Geräte (生物医药及高性能医疗器械) (vgl. ZVVC, 2015b).

Durch weitere acht strategische Punkte soll die Realisierung genannter Ziele unterstützt und gesichert werden. In erster Linie handelt es sich dabei um die Schaffung eines produktiven Klimas, das Reformen des Systems zulässt, welche einen fairen und kompetitiven Markt ermöglichen, verbesserte Investitionen und Subventionen, verstärkte Fiskal- und Steuerpolitik, Unterstützung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die Förderung von Talent- und Führungskrafttrainingssystemen sowie die weitere Öffnung der Fertigungsindustrie gegenüber ausländischen Investoren durch mehr Transparenz und Verrechtlichung (vgl. ZVVC, 2015b).

MIC25 ist laut Basisdokument in Etappen aufgeteilt. Die zur Umstrukturierung grundlegende Industrialisierung soll bereits 2020 erreicht werden. Bis 2025 soll sich die Qualität der Fertigungsindustrie ganzheitlich verbessern. Im Jahr 2035 soll sie dann im globalen Vergleich im Mittelfeld liegen. Zum Zeitpunkt des 100. Jahrestages soll die VRC schlussendlich eine der vordersten Positionen unter den weltweiten Volkswirtschaften einnehmen (vgl. ZVVC, 2015b).

Der Umfang der bisherigen staatlichen Dokumente zu diesem Vorhaben ist enorm. Bis Ende 2018 wurde 445 Dokumente zu MIC25 veröffentlicht, insbesondere in den Jahren 2016 und 2017. Die lokalen Behörden wandeln hierbei proaktiv die nationalen Vorgaben in lokale Direktiven um. Allerdings bleiben die Hauptakteure von MIC25 private Unternehmen, die eine große Autonomie bei der Entwicklung von Geschäftsmodellen, Profitmaximierung und wirtschaftlichem Wettkampf genießen. Staatliche Behörden versuchen lediglich wenig Regulation in den Prozess der Digitalisierung zu legen und stattdessen Starthilfe zu geben. Dies äußert sich unter anderem in monetären Investitionen durch staatliche Banken. Die *China Development Bank* stellte beispielsweise 2016 300 Milliarden Renminbi (RMB) zur Implementierung von MIC25 für die nächsten fünf Jahre bereit. Im März 2018 bestanden bereits mehr als 1800 staatliche Fonds mit einem Gesamtvolumen von drei Billionen RMB. Trotz des Fokus auf private Akteure wird parallel die Wettkampffähigkeit staatseigener Unternehmen gefördert, welche besonders in den Bereichen Telekommunikation, Schiffsbau, Flugwesen und Hochgeschwindigkeitszügen eine wichtige Rolle spielen (vgl. Zenglein/ Holzmann, 2019: 11f., 30).

Für die vorliegende Arbeit sind die digitalen Technologien, die von der KPCh als Motor für Innovation betrachtet werden, von besonderer Bedeutung (vgl. Shi-Kupfer/ Ohlberg, 2019: 17). Hier ist festzustellen, dass die *Informatisierung und Industrialisierung* (推进信息化与工业化深度融合) einen wichtigen Bereich ausmachen und daher genauer untersucht werden.

Unter *Informatisierung und Industrialisierung* versteht MIC25 die "Beschleunigung der Entwicklung neuer Generationen von IT- und Fertigungstechnik; die Nutzung von intelligenter Fertigung als Hauptrichtung zur tiefen Integration dieser zwei Technologien, die verstärkte Entwicklung von intelligenter Ausrüstung und intelligenten Produkten, die Förderung der Smartifizierung (智能化) der Produktionsprozesse, die Ausarbeitung neuer Produktionsweisen, eine allumfassende Förderung des Smartifizierungslevels von Forschung und Entwicklung, Produktion, Management und Service"<sup>23</sup> (ZVVC, 2015b).

Um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen, orientiert sich die chinesische Regierung an dem deutschen Konzept der Industrie 4.0. Es wurde 2013 von der Bundesregierung auf der Hannover Messe der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei handelt es sich um ein Großprojekt, das die deutsche Industrie für die zukünftige Produktion vorbereiten soll. Außerdem versucht die deutsche Regierung im Rahmen dieses Vorhabens Antworten auf eine Reihe von kommenden Herausforderungen wie die Verknappung natürlicher Ressourcen und Rohstoffe, dem demographischen Wandel sowie dem Flächenverbrauch in urbanen Zentren zu geben. Das chinesische Interesse äußert sich dahingehend, dass eine enge Kooperation beider Länder im Bereich Informationsaustausches über die strukturelle Umstellung der Industrie 4.0 besteht. Beide Länder wollen in Normungsfragen sowie anderen digitalen Themen (Mobiles Internet, Internet der Dinge, Cloud Computing und Big Data) zusammenarbeiten. Die Kooperation geht über die Bereiche Technologie, Industrie und Innovation allerdings hinaus und reicht von der Grundlagenforschung bis hin zu praktischen Schulungen und technischen Anwendungen. Wichtige Akteure sind Forschungseinrichtungen wie die Fraunhofer Gesellschaft oder die Helmholtz Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (vgl. Tian/Pan, 2016: 92, 101; Zenglein/Holzmann, 2019: 14).

Aufgrund der langfristigen Planung von MIC25 hat die chinesische Regierung immer wieder Feinjustierungen in den vergangenen vier Jahren vorgenommen. Bereits Ende 2015 wurde die erste technologische "Roadmap" zur Erreichung der digitalen Ziele veröffentlicht. Zwei Jahre später folgte eine weitere Version, die die Bestrebungen dem damaligen Stand der Entwicklung angepasst hat. Insbesondere die bereits genannten Schlüsselbereiche wurden darin stärker betont (vgl. Xinhua, 2018a; Shi-Kupfer/ Ohlberg, 2019: 17). Die bisherige Entwicklung spiegelt diese chinesischen Ambitionen wider. Bis 2020 will die chinesische Regierung 50 akademische Forschungsinstitute zur Förderung künstlicher Intelligenz ins Leben gerufen haben, aus der sie

-

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Original: "加快推动新一代信息技术与制造技术融合发展,把智能制造作为两化深度融合的主攻方向;着力发展智能装备和智能产品,推进生产过程智能化,培育新型生产方式,全面提升企业研发、生产、管理和服务的智能化水平。"

sich in Kombination mit Big Data die digitale Innovation verspricht (vgl. Shi-Kupfer/ Ohlberg, 2019: 9; Strittmatter, 2018: 152). In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist die *International Organization of Standardization*, welche 2018 ein gemeinsames Forum zur internationalen Standardisierung künstlicher Intelligenz gründete, bei dem Wael William Diab als Vertreter von Huawei den Vorsitz des technischen Komitees einnimmt (vgl. International Organization of Standardization, 2018: 18). Die Übernahme dieser Position durch ein chinesisches Unternehmen verdeutlicht den Ehrgeiz der chinesischen Bestrebungen, sich im internationalen Wettbewerb durchzusetzen (vgl. Wright, 2018). Die genaue Kooperation zwischen privaten Großunternehmen und der KPCh wird an späterer Stelle genauer beleuchtet.

Die digitale Innovation, welche durch die Verbindung von KI und Big Data verfolgt wird, soll infrastrukturelle Projekte ermöglichen, bei der große Mengen von Informationen ohne menschliches Zutun möglichst effizient verarbeitet werden. Die neue Flut an Informationen resultiert dabei aus einer neuen Form der Verknüpfung, bekannt als *Smartifizierung* oder *smartification*. Sie bildet die Grundlage des *Internets der Dinge*, welches die Synthese aus analoger und digitaler Technik beschreibt. Durch digitale Netzwerke sollen somit zuvor nicht vernetzte, elektronische Geräte verbunden werden (vgl. Yang/ Xu, 2018: 534; Zenglein/ Holzmann, 2019: 33).

Als Dachprojekt umschließt das von Premierminister Li Keqiang 2015 vorgestellte Konzept Internet Plus vorher genannte Ansätze der Smartifizierung. Es handelt sich hierbei um ein Digitalisierungsprojekt, das das Internet, Big Data. Cloud Computing und das Internet der Dinge in eine Großzahl von Industriezweigen einführen soll. Hierdurch erhofft sich die chinesische Regierung nicht nur digitale Innovation, sondern neue Berufsbilder und Jobmöglichkeiten für Universitätsabsolventen, die Förderung des E-government 24 sowie der Bildung und die Bekämpfung von Armut (vgl. Shi-Kupfer/Ohlberg, 2019: 19; Stepan/Duckett, 2018: 15).

Sozio-technologische Ziele der Smartifizierung für das Zusammenleben sind im urbanen Raum die sogenannten *Smart Cities*, bei denen es sich um Städte handelt, die den neuen ökonomischen und ökologischen Problemen des 21. Jahrhunderts durch intelligente IT-Vernetzung versuchen gerecht zu werden. Eine generelle Definition gibt es nicht, allerdings lässt sich festhalten, dass Smart Cities "capture live real world data on the environment, urban life and public service delivery through the use of sensors, meters, cameras, personal devices for conducting complex analysis, modeling, optimization, and visualization to facilitate effective and

\_

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> "Der Begriff E-Government bezeichnet den Einsatz von ICT im öffentlichen Sektor mit dem Ziel das Verhältnis zwischen öffentlichen Einrichtungen und Gesellschaft zu transformieren." (Veit, 2017)

efficient decision and public policy making" (Yu/ Xu, 2018: 78). Somit umfasst die Smartifizierung den Straßenverkehr, die Energie- und Wasserversorgung, die Überwachung der Umweltbedingungen, Vernetzung der Bürger mit staatlichen Einrichtungen und die öffentliche Sicherheit (vgl. Hanna, 2016: 10f.).

Die chinesische Regierung bekundete bereits 2010 im Rahmen des zwölften Fünfjahresplanes ihr Interesse an einer Förderung des Smart-City-Konzepts. Im Jahr 2014 wurden 373 chinesische Städte daraufhin autorisiert als Experimentstädte zu fungieren. Jedoch entwickeln sich die Smart Cities in China unterschiedlich schnell, da die auschlaggebenden Determinanten sowohl technischer als auch politischer Natur sind. Einerseits sind tendenziell größere Städte technisch in der Lage Smart-City-Initiativen durchzusetzen. Andererseits muss der politische Wille der lokalen Behörden vorhanden sein, um Erfolge in der Agenda-Umsetzung festzustellen (vgl. An et al., 2018: 2; Yu/ Xu, 2018: 79, 87).

Während MIC25 sich in erster Linie an die heimische Industrie richtet, verfolgt China über ein weiteres Megaprojekt die Verknüpfung der eigenen Wirtschaft mit dem Rest der Erde. Es handelt sich dabei um die BRI, ein Billionen Dollar schweres internationales Infrastrukturprogramm, das neue Pipelines, Häfen, Flughäfen, Straßen und Eisenbahnen im asiatischen, europäischen und afrikanischen Raum umfasst. Es wurde im Jahr 2013 von Xi Jinping vorgestellt. 2015 wurde es von der *Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform* (国家发展和改革委员会) schärfer umrissen. Mit Rückgriff auf die historische Seidenstraße und vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 schlägt die chinesische Regierung die BRI als adäquate Lösung vor, um in internationaler Kooperation auf wirtschaftliche Herausforderungen kollektiv zu reagieren. Sie geht davon aus, dass die BRI "konform ist mit dem Trend der Multipolarisierung, ökonomischen Globalisierung, kulturellen Diversität und gesellschaftlichen Informatisierung, am offenen Geist der regionalen Kooperation festhält und sich dem Erhalt des globalen Freihandelssystems und der offen Wirtschaftsstruktur widmet"<sup>25</sup> (Handelsministerium der Volksrepublik China [HVRC], 2015: Kapitel 1).

Am 16. Mai 2015 veröffentlichte die chinesische Regierung weitere Absichtserklärungen, um vor dem Hintergrund der industriell aufstrebenden Entwicklungsländer die "günstige Gelegenheit zu nutzen, die internationale Zusammenarbeit in der Herstellung von Produktionskapazitäten und Ausrüstung zu fördern und damit die wirtschaftliche Qualität und Effizienz Chinas auf eine höhere Stufe zu versetzen"<sup>26</sup> (ZVVC, 2015c). Unter dem Slogan *go global* (走出去)

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Original: "共建"一带一路"顺应世界多极化、经济全球化、文化多样化、社会信息化的潮流,秉持开放的区域合作精神,致力于维护全球自由贸易体系和开放型世界经济。"

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Original: "···抓住有利时机,推进国际产能和装备制造合作,实现我国经济提质增效升级,现提出以下意见。"

versucht sie daher die chinesische Industriestruktur auf das internationale Terrain zu bringen. Sie möchte unter anderem offene Wirtschaftsstrukturen fördern, um die BRI leichter umsetzen zu können und chinesischen Unternehmen zu helfen über die nationalen Grenzen hinaus zu expandieren. Außerdem strebt sie eine Kooperation mit den aufsteigenden Entwicklungsländern im Bereich der Schlüsselindustrien von MIC25 an (vgl. ZVVC, 2015c).

Im digitalen Bereich will die chinesische Regierung Telekommunikations- und Internetunternehmen dazu ermutigen, an der BRI zu partizipieren und in infrastrukturelle Projekte zu investieren. Hierfür räumt sie ihnen ein gesondertes Projekt im Rahmen der BRI ein: die sogenannte *Digital Silk Road*. Es handelt sich dabei um die Förderung von "Internetkommunikationsfernleitungen wie grenzüberschreitende Glasfaserkabel, um das Level der gegenseitigen, internationalen Kommunikation zu erhöhen und einer Informationsseidenstraße den Weg frei zu machen. Die beschleunigte Förderung der Schaffung von bilateralen, grenzüberschreitenden Glasfaserkabeln, die Planung des Baus von interkontinentalen Unterseeglasfaserkabelprojekten und die Verbesserung der sich in der Luft (Satellit) befindlichen Informationskanäle wird den Informationsaustausch und die Kooperation vergrößern"<sup>27</sup> (HVRC, 2015: Kapitel 4).

Die digitale Seidenstraße bietet diesbezüglich IT-Unternehmen sowohl analoge als auch digitale Verdienstmöglichkeiten: Einerseits benötigt der Ausbau nichtdigitaler infrastruktureller IT-Produkte (Hochgeschwindigkeitszüge, Flughäfen, Ölpipelines), die chinesische Unternehmen bereitstellen können. Andererseits gewähren chinesische Banken den Kooperationspartnern Kredite, um ihren digitalen Sektor auszubauen, der teilweise wiederum an chinesische Firmen outgesourct wird. Beispielsweise stellten chinesische Kreditinstitute 2,5 Milliarden Dollar bereit, damit der größte Telekommunikationsanbieter Indiens, Bharti Airtel, Infrastrukturprojekte umsetzen konnte. Das Unternehmen hat daraufhin Teile seiner Netzwerkausrüstung zu *Huawei Technologies Co.* (华为技术公司)<sup>28</sup> und ZTE (中兴通讯)<sup>29</sup> ausgelagert (vgl. Shen, 2018: 2687).

Im Jahr 2017 hat Xi Jinping beim ersten Forum der BRI immer wieder die wichtige Rolle der Digital Silk Road innerhalb der neuen Seidenstraße betont und dazu aufgerufen, verstärkt Technologien der neuen Generation, sprich KI, Quantum Computing, Big Data, Nanotechnik, Cloud Computing und Smart Cities, in die Initiative zu integrieren (vgl. Shen, 2018: 2684). Ein

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Original: "···跨境光缆等通信干线网络建设,提高国际通信互联互通水平,畅通信息丝绸之路。加快推进双边跨境光缆等建设,规划建设洲际海底光缆项目,完善空中(卫星)信息通道,扩大信息交流与合作。"

Huawei ist ein chinesischer Anbieter im Bereich der ICT. Er operiert in 170 Staaten und hatte im Jahr 2018 einen Umsatz von rund 721 Milliarden RMB erwirtschaftet. Neben dem Vertrieb von ICT-Produkten umfassen seine Dienstleistungen Cloud-Computing, KI und die Vermarktung der 5G-Technlogie (siehe www.huawei.com).
 ZTE ist ein chinesischer Anbieter im Bereich der ICT, der in 160 Staaten operiert. Im Jahr 2018 erwirtschaftete er einen Umsatz von rund 86 Milliarden RMB. Sein Produktportfolio umfasst ICT-Produkte und -Dienstleistungen und bietet die 5G-Technologie an (vgl. ZTE, 2018: 14; siehe www.zte.com).

Beispiel für die Integration neuer Technologien stellt die Firma *Cloudwalk* dar, die 2018 ein Abkommen mit Simbabwe über die Erstellung einer nationalen Gesichtserkennungsdatenbank sowie eines Überwachsungssystems ausgehandelt hat. Aufbauend darauf versucht Cloudwalk ohne Rücksprache der simbabwischen Bevölkerung via Massendatenspeicherung eine KI zu kreieren, die dunkelhäutige Gesichter erkennt (vgl. Shahbaz, 2018: 8).

In ihrer Gesamtheit und vor dem Hintergrund der BRI betrachtet, handelt es sich bei der Digital Silk Road um ein Projekt, das sein Hauptaugenmerk auf drei Themen legt: *Ausbau der ICT*, *Förderung des E-commerce* und *Smart Cities*. Dies geschieht im internationalen Rahmen, da aufgrund der schwachen, nationalen Kaufkraft die chinesischen IT-Produkte keinen heimischen Absatz mehr finden und somit auf externen Märkten zum Vorteil der eigenen Unternehmen vertrieben werden (vgl. Atkinson, et al., 2019; Shen, 2018: 2686).

Zusätzlich hierzu leidet China weiterhin an einem Mangel technischen Knowhows und der daraus entstehenden Abhängigkeit vom Ausland. Zwar zielt die Innovationspolitik im Rahmen von MIC25 darauf ab, von ausländischen Unternehmen unabhängig zu werden, jedoch liegt dieser Zustand in weiter Ferne. Daher ist die chinesische Wirtschaft weiterhin auf internationale Partner angewiesen und versucht durch attraktive Marktzugangsangebote, durch ausländische Direktinvestitionen oder durch personelle Abwerbung und Betriebsspionage Zugang zum begehrten Knowhow zu erhalten. Im Jahr 2018 fanden vor diesem Hintergrund 58 Prozent aller chinesischen Direktinvestitionen in Europa im Bereich der Schlüsselindustrien von MIC25 statt (vgl. Zenglein/ Holzmann, 2019: 10, 13).

Die neue Seidenstraße sieht sich daher dem Vorwurf ausgesetzt, ein chinesischer Versuch zu sein, die Globalisierung nach nationalen Interessen zu formen. Auffällig ist, dass in erster Linie nach politischen und nicht ökonomischen Gesichtspunkten Handelspartner ausgesucht und Aufträge vergeben werden. Dies äußert sich dadurch, dass China Handelsabkommen weiterhin bilateral aushandelt, Aufträge nach einem intransparenten Verfahren verteilt werden und die Gegenpartei meist in einem ungleichen Machtverhältnis zu China steht. Während viele Diplomaten vor der Bedrohung der europäischen Interessen durch die neue Seidenstraße warnen, verhandelt China bereits mit den ersten Mitgliedern der Europäischen Union bilaterale Verträge aus und treibt laut Kritikern einen Keil zwischen die europäischen Staaten (vgl. Strittmatter, 2018: 266f.).

In Bezug auf das erste Instrument (Ausbau infrastruktureller Machtkapazitäten) der autokratischen Herrschaftskonsolidierung handelt es sich somit bei MIC25 um ein Megaprojekt, das

durch staatlich subventionierte, grundlegende Strukturreformen der Bevölkerung und der eigenen Wirtschaft öffentliche Güter in Form von neuen Vertriebsstrukturen und Arbeitsmöglichkeiten bereitstellen will. Gleichzeitig sieht es eine verstärkte Investition in Forschung und Entwicklung sowie den digitalen Technologien der neuen Generation vor, die Göbel als Indikator für Innovation anführt (vgl. Göbel, 2013: 141). In Zusammenhang mit MIC25 kann die BRI als die internationale Dimension des auf die heimische Industriestruktur gerichteten Megaprojekts betrachtet werden. Ziele sind die Etablierung eines nationales Innovationssystem und parallel sogenanntes *Leapfrogging* zu betreiben, welches eine sprunghafte, technologische Entwicklung in kurzer Zeit beabsichtigt, um aus der *Middle-Income-Falle* zu entkommen. Andere asiatische Nationen sind auf dem Weg der Industrialisierung genau in dieser stecken geblieben, da ihre kompetitiven Fähigkeiten im Bereich der Produktion mit steigenden Löhnen abgenommen haben. Daher ist technologische, insbesondere digitale Innovation ein begehrtes Ziel (vgl. Atkinson, et al., 2019; Zenglein/ Holzmann, 2019: 8, 19).

Neben der Bereitstellung öffentlicher Güter durch das autoritäre Regime führt Göbel ebenfalls die Kapazität der Steuererhebung ins Feld. Im Gegensatz zur industriellen Modernisierungsphase verfügt China in der digitalen Transformation bereits über eine volkswirtschaftliche Stärke, die die steuerliche Belastung durch Großprojekte wie MIC25 für den einzelnen Bürger verhältnismäßig geringhält. Die Steuereinnahmen als Folge des rasanten Aufschwungs Chinas nach der wirtschaftlichen Öffnung und der durchgeführten Steuerreform im Jahr 1993 (vgl. Göbel, 2013: 143), aber auch die Tatsache, dass in erster Linie chinesische Kreditinstitute Projekte im Rahmen von MIC25 und der BRI monetäre Mittel stellen, erklären diese Finanzierungstärke.

#### 4.1.3 Qualität der Bürokratie

Die Steigerung der Bürokratiequalität, wie von Göbel als zweites Mittel des infrastrukturellen Machtausbaus beschrieben, wird im Folgenden anhand von zwei Punkten untersucht: Einerseits werden die Maßnahmen der KPCh analysiert, die auf eine direkte Digitalisierung bürokratischer Strukturen abzielen und den Gesamtprozess effizienter gestalten sollen. Anderseits wird das wichtigste Gesetz behandelt, das indirekt durch Verrechtlichung des digitalen Raumes Akteure und Handlungen auf eine gesetzliche Grundlage stellt und bürokratische Prozesse effizienter gestalten soll. Es handelt sich diesbezüglich um das *Cybersecurity Law* aus dem Jahr 2016.

Im Bereich der digitalisierten Bürokratie haben sich seit 2017 zwei Slogans der chinesischen Regierung durchgesetzt, die von Premierminister Li Keqiang etabliert wurden: *Nur eine Tür betreten* (只进一扇门) und *Höchstens einmal laufen* (最多跑一次). Diese beiden Wortgruppen

deuten auf den Anspruch Chinas hin, dass in Zukunft alle bürokratischen Prozesse digitalisiert und zentralisiert werden, um unnötige Behördengänge und die Flut von Anträgen zu minimieren. Oder, um es mit den Worten des Premierministers aus dem Jahr 2018 zu sagen: "An der Netzwerkkommunikation festzuhalten ist das Prinzip, isolierte Netzwerke sollten die Ausnahme sein, der Onlineregierungsservice ist das Prinzip, nicht online gehen sollte die Ausnahme sein!"³0 (ZVVC, 2018a). Ihren Ursprung hat dieses Vorhaben, als 1993 bereits begonnen wurde elektronische Prozesse in die chinesische Bürokratie im Rahmen des Drei-Gold-Projektes (三金工程) einzuführen. 2012, innerhalb des 12. Fünfjahresplanes, hat die chinesische Regierung als weiteren Schritt angekündigt bis 2016 die behördliche Kommunikation zu vernetzen, Informationen zu teilen und bei den Diensten zu kooperieren. Seit 2016 kommt es durch neue IT-Technologien wie Big Data, Cloud Computing und mobiles Internet zur Smartifizierung der staatlichen Dienstleistungen (vgl. Xinhua, 2018b).

Dementsprechend werden einzelne Computersysteme (信息孤岛) auf jeder Regierungsebene vernetzt, damit der Regierungsservice für die Bürger und Unternehmen vereinfacht wird. Bereits ein Jahr zuvor hatte Li Keqiang dementsprechend einen Zeitplan für die Schaffung einer allgemeinen, staatlichen Online-Plattform veröffentlicht. Wenn die nationale, regionale und städtische Ebene durch diese Vernetzung miteinander verbunden sind, soll es keine Behörden mit isolierten Informationssystemen mehr geben. Hierbei handelt es sich um die Förderung des *E-governments* im Rahmen der bereits erwähnten Internet-Plus-Kampagne: *Internet+Regierungsservice* (互联网+政务服务). Bis 2019 sollen alle online durchführbaren Regierungsleistungen auf der provinziellen Ebene zu 90 Prozent bzw. auf städtischer Ebene zu 70 Prozent digital vernetzt erfolgen (vgl. ZVVC, 2018a).

Neben der Schaffung einer neuen, digitalen Grundlage zur Optimierung bürokratischer Prozesse hat die chinesische Regierung im November 2016 das erste Netzsicherheitsgesetz erlassen, welches im Juni 2017 in Kraft trat. Unter dem Namen *Internetsicherheitsgesetz der Volksrepublik China* (中华人民共和国网络安全法), im Folgenden als *Cybersecurity Law* (CSL) geführt, werden durch die chinesische Regierung die Rechte und Pflichten des Staates, der Internetnutzer bzw. *Netizens* (Netzbürger, 网民) und der Netzbetreiber (网路运营者) im Cyberspace abgesteckt. Seit der Verabschiedung wurden von der *Cyberspace Administration of China* (国家互联网信息办公室), die verantwortlich für die Implementierung des Gesetzes ist, einige weitere Regularien für die Umsetzung veröffentlicht (vgl. Huang et al., 2018: 15).

-

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Original: "要坚持联网通办是原则、孤网是例外,政务服务上网是原则、不上网是例外!"

Die Aufgabe des 2017 veröffentlichte CSL wird in seinem ersten Artikel festgehalten. So heißt es:

"Um die Netzsicherheit zu gewährleisten, die Cyberspace-Souveränität, die nationale Sicherheit und das öffentliche Interesse zu verteidigen, die rechtmäßigen Interessen und Rechte des Bürgers, juristischer Personen und anderer Organisationen zu schützen und um eine gesunde Entwicklung der Informatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern, wurde dieses Gesetz verfasst."<sup>31</sup>

(China Securities Regulatory Commission [CSRC], 2018: Kapitel 1, Artikel 1)

Neben Genanntem umfasst das CSL 78 weitere Artikel, gegliedert in sieben Kapitel. Darin enthalten sind die *Allgemeinen Bestimmungen* (意则), in denen die Rolle des Staates, der Wirkungsbereich des CSL und die Pflichten der Netzbetreiber und Netizens fixiert sind. Demzufolge sind die Netzbetreiber<sup>32</sup> verantwortlich für die Inhalte auf ihren Plattformen. Die Netizen sind ebenso verpflichtet sich an geltende Gesetze, auch im digitalen Bereich, zu halten. Der Staat fungiert als Kontrolleur und Förderer der Digitalisierung. Das CSL gilt für den gesamten chinesischen Raum (vgl. CSRC, 2018: Kapitel 1).

Das zweite umfasst die *Netzwerkunterstützung und -förderung* (网络安全支持与促进) und beschreibt die Maßnahmen des Staates zur kontinuierlichen Förderung der Netzsicherheit<sup>33</sup>. Dies umfasst unter anderem den Schutz des geistigen Eigentums, den Ausbau von Sicherheitstechnologien und die Aufforderung an universitäre Einrichtungen, das nötige Wissen zum Schutz der Netzsicherheit zu vermitteln (CSRC, 2018: Kapitel 2).

Das dritte Kapitel, *Netzwerkbetriebssicherheit* (网络运行安全), ist unterteilt in zwei Teile, wobei der erste Abschnitt generelle Vorschriften und der zweite die Sicherheit in Bezug auf die

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Original: "为了保障网络安全,维护网络空间主权和国家安全、社会公共利益,保护公民、法人和其他组织的合法权益,促进经济社会信息化健康发展,制定本法。"

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Unter *Netzbetreiber* versteht das CSL "Netzwerkbesitzer, -Manager und Internetserviceprovider" (CSRC, 2018: Kapitel 7, Artikel 76, Absatz 3; Original: "网络的所有者、管理者和网络服务提供者。").

<sup>33</sup> Unter *Netzwerk* versteht das CSL ein "System, das aus Computern oder ähnlichen Informationsterminals und verwandter Ausrüstung besteht, die für Informationssammlung, -speicherung, -übermittlung, -austausch und -verarbeitung bestimmten Regeln und Prozeduren folgen" (CSRC, 2018: Kapitel 7, Artikel 76, Absatz 1; Original: "... 计算机或者其他信息终端及相关设备组成的按照一定的规则和程序对信息进行收集、存储、传输、交换、处理的系统。"). *Netzsicherheit* beschreibt das Ergreifen der "nötigen Mittel, um bezüglich Netzangriffen, Einbrüchen, Intervention, Zerstörung und illegaler Nutzung sowie Unfällen geschützt zu sein, damit sich das Netz in einem stabilen und verlässlichen Betriebszustand befindet und die Fähigkeit zur Integrität, zum Geheimnisschutzes und zur Nutzbarkeit der Netzwerkdaten gewährleistet ist" (CSRC, 2018: Kapitel 7, Artikel 76, Absatz 2; Original: "... 通过采取必要措施,防范对网络的攻击、侵入、干扰、破坏和非法使用以及意外事故,使网络处于稳定可靠运行的状态,以及保障网络数据的完整性、保密性、可用性的能力。").

kritische ICT-Infrastruktur (关键信息基础设施) behandelt. In den generellen Vorschriften fordert das CSL von den Netzbetreibern fünf Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit ihrer Plattformen zu gewährleisten. Dabei handelt es sich um die Erstellung eines internen Sicherheitssystems mit genauen Regeln sowie der Ernennung einer verantwortlichen Person. Des Weiteren müssen sie ihre Systeme gegen Sicherheitsgefahren wie Viren schützen und die nötige Technologie integrieren, um den Betriebszustand der eigenen Plattform zu protokollieren und Datenbackups zu erstellen. Im letzten Punkt behält sich das CSL vor, von den Netzbetreibern weitere Maßnahmen zu verlangen, die von den staatlichen Behörden gefordert werden. Außerdem werden die Netzbetreiber angehalten nicht nur den Datenschutz ihrer Nutzer zu gewährleisten, sondern auch von jedem Netizen die wahre Identität zu ermitteln. Sprich: Jeder Nutzer einer chinesischen Internetplattform muss sich mit seinem richtigen Namen registrieren. In Artikel 28 wird des Weiteren explizit gefordert, dass die Netzbetreiber mit den staatlichen Behörden im Fall von Ermittlungen zusammenarbeiten und diese unterstützen müssen (vgl. CSRC, 2018: Kapitel 3, Sektion 1).

Der zweite Teil des dritten Kapitels geht genauer auf die kritische Infrastruktur ein. Artikel 31 bestimmt, dass Rahmen und Mittel zum Schutz genau dieser dem Staatsrat überlassen wird. Auch hier werden in Artikel 34 die Netzbetreiber in einigen Maßnahmenpunkten in die Pflicht genommen, an der Sicherheit der kritischen Infrastruktur mitzuwirken. Des Weiteren werden sie durch Artikel 37 gezwungen, alle gesammelten und erhobenen Daten auf chinesischem Territorium zu speichern. Dies ist ein wichtiger Punkt vor dem Hintergrund von Cloud Computing auf Auf Umstand Blockchain-Technologie. diesen sowie die diffuse und Definition von relevanten Begriffen wird zu einem späteren Zeitpunkt genauer eingegangen (vgl. CSRC, 2018: Kapitel 3, Sektion 2).

Kapitel vier, *Netzwerkinformationssicherheit* (网络信息安全), geht detailliert auf den Datenschutz der Netizen ein und verpflichtet die Netzbetreiber Daten nur im Einklang mit der Gesetzgebung zu erheben. Laut Artikel 42 ist die Weitergabe von persönlichen Daten<sup>34</sup> an Dritte ohne Genehmigung der erfassten Person nicht rechtens, es sei denn, erstere wurden anonymisiert. Nach Artikel 43 haben die Netizen das Recht, Netzbetreiber, die gegen diese Auflage

\_

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Unter persönlichen Daten versteht das CSL jegliche "Informationen, die elektronisch oder auf andere Art erhoben werden und alleine oder mit anderen Informationen kombiniert die Identifizierung der individuellen Identität von natürlichen Personen ermöglichen, jedoch nicht nur auf den Namen der natürlichen Person begrenzt, auch Geburtsdatum, Nummer der Identitätskarte, persönliche, biometrische Informationen, Adresse, Telefonnummer etc." (CSRC, 2018: Kapitel 7, Artikel 76; Original: "…电子或者其他方式记录的能够单独或者与其他信息结合识别自然人个人身份的各种信息,包括但不限于自然人的姓名、出生日期、身份证件号码、个人生物识别信息、住址、电话号码等。").

verstoßen, zur Anzeige zu bringen. Artikel 46 sieht vor, dass jeder Netizen oder jede Organisation verantwortlich für das eigene Verhalten im Cyberspace gemacht werden kann. Bei strafbarem Verhalten handelt es sich um "das Einrichten von Internetseiten und Kommunikationsgruppen zum Zweck illegaler Aktivitäten wie Betrugsversuche, der Vermittlung krimineller Methoden sowie der Herstellung und des Verkaufs von verbotenen und kontrollierten Artikeln usw. und es darf das Internet nicht genutzt werden, um Informationen über das Begehen von Betrug, die Herstellung und den Verkauf von verbotenen und kontrollierten Artikeln sowie anderen illegalen Aktivitäten zu verbreiten"35 (CSRC, 2018: Kapitel 4, Artikel 46). Während in dem Artikel 47 die Netzbetreiber verpflichtet werden, verbotene, von Netizen verbreitete Informationen sofort innerhalb ihres Systems zu unterbinden und hierfür auch die nötigen technischen Mittel zu besitzen, wird in Artikel 49 zusätzlich explizit gefordert, dass sie mit den staatlichen Sicherheitsbehörden im Bereich der Netzwerkinformationssicherheit kooperieren. Der letzte Artikel von Kapitel vier behandelt verbotene Informationen, die über die chinesische Landesgrenze aus dem Ausland in den chinesischen Cyberspace einsickern. Die Sicherheitsbehörden werden in diesem Fall die ausländische Quelle darauf aufmerksam machen und dazu auffordern, notwendige technische Mittel zu ergreifen, um dieses Einsickern zu unterbinden (vgl. CSRC, 2018: Kapitel 4, Artikel 47, 49, 50).

Im fünften Kapitel, Frühwarnkontrolle und Notfallmaßnahmen (监测预警与应急处置), werden die Maßnahmen formuliert, die durch den chinesischen Staat ergriffen werden, um mittels eines Frühwarnsystems gegen Netzsicherheitszwischenfälle im Bereich der kritischen Infrastruktur gewappnet zu sein. Dieses Frühwarnsystem basiert auf digitaler Kontrolle und Sammlung von Informationen. In Artikel 55 und 56 werden bezüglich eines Ernstfalles im Rahmen von Notfallmaßnahmen die Netzbetreiber wieder in die Pflichtgenommen, staatliche Direktiven durchzusetzen und ihr System gegenüber der vorliegenden Gefahr zu schützen (vgl. CSRC, 2018: Kapitel 5, Artikel 51, 55, 56).

Das vorletzte Kapitel, *Haftungsverpflichtung* (法律责任), listet detailliert die Folgen für Vergehen der Netzbetreiber gegen vorher formulierte Pflichten auf. Die Sanktionen sind monetärer Natur und bewegen sich durchschnittlich im Rahmen von 10,000 RMB und 100,000 RMB. Bis zu 500,000 RMB kann die Folge für die Nichteinhaltung der Identitätsregistrierung der Netizen werden. Sollten Verstöße die kritische Infrastruktur betreffen, kann die Strafe auf bis zu 1,000,000 RMB steigen, wobei das Management-Personal des jeweiligen Netzbetreibers zusätzlich abgestraft wird. Ebenso folgt eine monetäre Strafe, falls sich der Netzbetreiber nicht

2

<sup>35</sup> Original: "...设立用于实施诈骗,传授犯罪方法,制作或者销售违禁物品、管制物品等违法犯罪活动的网站、通讯群组,不得利用网络发布涉及实施诈骗,制作或者销售违禁物品、管制物品以及其他违法犯罪活动的信息。"

kooperativ mit den staatlichen Behörden zeigt oder seine gesammelten Daten außerhalb der chinesischen Landesgrenzen speichert (vgl. CSRC, 2018, Kapitel 6).

Das abschließende Kapitel, *Ergänzende Bestimmungen* (附则), definiert einige verwendete Begriffe wie *Netzwerk*, *Netzwerksicherheit* etc. genauer und legt den Wirkungsbeginn des CSL fest (vgl. CSRC, 2018).

Das CSL ermöglicht einerseits die Rechte und Pflichten der verschiedenen Parteien, die an der Digitalisierung, aber insbesondere am chinesischen Cyberspace partizipieren, festzuhalten. Hierdurch können bürokratische Prozesse schneller abgewickelt und somit digitale Strukturen transparenter genutzt werden. Andererseits ist das CSL sehr allgemein gehalten und ermöglicht dadurch den chinesischen Behörden einen großen Handlungs- und Ermessensspielraum (vgl. Balke, 2018: 159). Sowohl der Ausbau des E-government als auch die digitale Verrechtlichung im Rahmen des CSL ermöglichen der Bevölkerung als auch dem Regime, die neuen digitalen Infrastrukturen effizienter zu nutzen und öffentliche Güter bereitzustellen. Im folgenden Kapitel wird diese Bereitstellung in den größeren Kontext der Einbettung des Regimes in die Gesellschaft analysiert.

## 4.1.4 Einbettung des Regimes

Wenn Göbel unter *Einbettung des Regimes* im analogen Bereich die Schaffung spezieller Kommunikationskanäle zwischen Herrschern und Beherrschten sowie die Schaffung von Massenorganisationen zur politischen Integration der Bevölkerung versteht, muss bei der Analyse der digitalen Transformation Chinas die *Sozialkreditsysteme* (社会信用体系) bzw. die *Social Credit Systems* (SCS) berücksichtigt werden. Hierbei handelt es sich um eine digitale Form der Massenorganisation, die mittels mobiler Apps privater und staatlicher Akteure, E-commerce, Onlineservices und smarter Technologie letztlich das politische, soziale und wirtschaftliche Verhalten jedes Bürgers gegenüber der Gesellschaft und des Regimes erfasst, bewertet, belohnt oder sanktioniert – und damit letztlich formt. Mit Rückgriff auf die Regimestabilität nach Gerschewski nimmt es sowohl kooptierende als auch repressive Funktionen wahr. Insbesondere erstere werden in diesem Kapitel analysiert.

Die politische Integration des Regimes zielt allerdings nicht nur auf die breite Bevölkerung ab, sondern ebenfalls auf die digitalen Eliten Chinas. Daher wird im Folgenden des Weiteren untersucht, wie digitale Eliten gezielt vom Regime im Rahmen des CSL, des *Projekts Goldener Schild* (PGS) bzw. *Great Firewall* (GFW), MIC25 und der Digital Silk Road durch ökonomi-

sche und monetäre Vorteile kooptiert werden. Unter den digitalen Eliten werden hier insbesondere die Netzgiganten *Baidu* (百度)<sup>36</sup>, *Alibaba Group Holding Limited* (阿里巴里集团)<sup>37</sup> und *Tencent Holdings Ltd.*(腾讯控股有限公司)<sup>38</sup>, allerdings auch die Stellung ausländischer Unternehmen untersucht.

Das autoritäre Regime Chinas sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, dass das Land trotz eines rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs und zunehmenden Wohlstands an Korruption und nonkonformem Handeln seiner Bürger leidet. Im Jahr 2013 haben in einer Shanghaier Umfrage der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften 90 Prozent der Befragten geantwortet, dass ehrliches und vertrauenswürdiges Handeln Nachteile in der Gesellschaft bringt. Im gleichen Jahr wurde Xi Jinping Staats- und Parteichef. Er antwortete auf diesen Missstand mit der Präsentation eines allumfassenden Bewertungssystem für die chinesischen Bürger, das sie in *gute* und *schlechte* Menschen einteilt: auf Big Data basierende, soziale Bonitätssysteme, sogenannte *SCS*. Chinesische Befürworter vergleichen sie mit dem deutschen *Schufa*-Unternehmen, jedoch umfassen SCS nicht nur die finanzielle Kreditwürdigkeit des Individuums, sondern schließen sein gesamtes politisches, soziales und wirtschaftliches Verhalten ein. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass von den SCS im Plural gesprochen wird, da es bisher kein einheitliches Bonitätssystem gibt, auch wenn die chinesische Regierung dies letztlich durch Vernetzung anstrebt (vgl. Strittmatter, 2018: 181, 183f.; Kostka, 2018: 2).

Die hierzu veröffentlichte staatliche Absichtserklärung stammt vom Juni 2014 und trägt den Titel "Bekanntmachung des Staatsrates über die Veröffentlichung einer Konstruktionsskizze des Sozialkreditsystems (2014 – 2020)"<sup>39</sup> (ZVVC, 2014). Bezüglich des zukünftigen Wesens eines einheitlichen SCS heißt es in der Einleitung:

\_

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> *Baidu* ist ein Internet-Unternehmen, das als wichtigste Dienstleistung eine Online-Suchmaschine etabliert hat. 2015 registrierte es 100 Millionen tägliche Anmeldungen auf seiner Plattform, die u.a. auch Unterhaltungs-, Navigations-, Streaming- und Enzyklopädie-Dienstleistungen umfasst. Baidu erwirtschaftete im Jahr 2018 rund 102 Milliarden RMB (vgl. Baidu, 2018: 3; siehe www.baidu.com).

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> *Alibaba* ist ein Internet-Unternehmen, das die Onlinemarktplatz-Website *alibaba.com* gegründet hat und 2018 700 Millionen Kunden belieferte. Der Gesamtumsatz lag 2018 bei über 345 Milliarden RMB. Die Alibaba-Group bietet Unternehmens- und Kundenhandel, Cloud Computing, bargeldloses Online-Bezahlsystem sowie Auktions-, Finanz-, Navigations- und Unterhaltungsdienstleistungen an (vgl. Alibaba Group 2018a, 2018b, 2018c, 2018d: 1; siehe www.alibabagroup.com).

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Tencent ist ein Internet-Unternehmen, das 1998 gegründet wurde, ein Jahr später den QQ-Instant-Message-Dienst bereitstellte. Im Jahr 2011 hat es den in China mittlerweile omnipräsenten Messenger WeChat bzw. Weixin (微信) veröffentlicht und laut Endjahresbericht 2018 einen Gesamtumsatz von rund 313 Milliarden RMB erwirtschaftet. Angebotene Dienstleistungen Tencents sind u.a. WeChat sowie bargeldlose Online-Bezahlsystem und verschiedene Unterhaltungs-, Navigations- und Browserdiensten (vgl. Tencent, 2018: 1; siehe www.tencent.com).

<sup>39</sup> Original: "国务院关于印发社会信用体系建设规划纲要(2014—2020 年)的通知。"

"Das Sozialkreditsystem ist ein wichtiger Bestandteil des sozialistischen Marktwirtschafts- und gesellschaftlichen Regierungssystems. Es betrachtet Gesetze, Regulationen, Normen und Verträge als Grundlage; es gründet sich auf den die gesellschaftlichen Mitglieder vollständig abdeckenden Kreditwürdigkeitsaufzeichnungen und dem Kreditinfrastrukturnetzwerk; es stützt sich auf die Nutzung konformer Kreditwürdigkeitsinformationen und kreditwürdiger Servicesysteme; es betrachtet die Etablierung ehrlicher, kultureller Werte sowie die Förderung ehrlicher und traditioneller Tugenden als immanenten Anspruch; es nutzt die Förderung zum Worthalten und Restriktionen gegen Wortbrüche als Belohnungs- und Bestrafungsmechanismus; Ziel ist es, das gesamtgesellschaftliche Ehrlichkeits- und Vertrauensbewusstsein sowie Level der Kreditwürdigkeit zu steigern. "40

(ZVVC, 2014)

Zunächst stellt die Regierung innerhalb der Bekanntmachung weiter fest, dass ein Finanzkreditdatenbank bereits besteht, aber weiter gefördert werden muss. Jedoch braucht China darüber hinaus ein die gesamte Gesellschaft umfassendes Kreditwürdigkeitsprüfungssystem (征信系统), da die Kosten für Vertrauensbrüche (失信成本) fortlaufend nach unten tendieren und somit keine Anreize bestehen, sich aufrichtig und ehrlich zu verhalten. Aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Transformation, die China durchläuft, sieht die Regierung die Förderung sozialer Aufrichtigkeit durch das SCS als sinnvolles Instrument an, um sozialen Spannungen und einer pluralisierenden Gesellschaft zu begegnen. Ziel ist die sozialistische, harmonische Gesellschaft (社会主义和谐社会). Die VRC sieht im SCS ebenfalls eine Möglichkeit, um mittels eines fairen und vernünftigen Kreditwürdigkeitsbewertungssystems den internationalen Handel zu vertiefen und ausländische Transaktionskosten zu reduzieren. Die Bekämpfung von Korruption und die Förderung von Aufrichtigkeit soll im Bereich der Regierungsangelegenheiten, der Wirtschaft, des Sozialen und der Rechtsprechung stattfinden. Bis zum Jahr 2020 werden laut Dokument alle notwendigen juristischen Grundlagen geschaffen und das SCS landesweit ausgerollt (vgl. ZVVC, 2014: Kapitel 1, Punkte 1 – 3).

Das Dokument listet akribisch genau auf, in welchen gesellschaftlichen Subsystemen die Kreditwürdigkeitsaufzeichnungen des SCS verstärkt werden sollen: "Industrie und Handel,

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Original: "社会信用体系是社会主义市场经济体制和社会治理体制的重要组成部分。它以法律、法规、标准和契约为依据,以健全覆盖社会成员的信用记录和信用基础设施网络为基础,以信用信息合规应用和信用服务体系为支撑,以树立诚信文化理念、弘扬诚信传统美德为内在要求,以守信激励和失信约束为奖惩机制,目的是提高全社会的诚信意识和信用水平。"

Zahlung von Steuern, Preise, Im- und Export, Produktionssicherheit, Produktqualität, Umweltschutz, Nahrungsmittel und Medikamente, Gesundheitssystem, geistiges Eigentum, Logistik, Projektingenieurswesen, E-commerce, Transport, Vertragseinhaltung, Personalwesen und soziale Sicherheit, Bildung zu Forschungszwecken"<sup>41</sup> (ZVVC, 2014: Kapitel 4, Punkt 1). Damit wird das SCS laut Plan alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereiche des Lebens durchdringen. Dies soll durch Vernetzung der verschiedenen Subsysteme zur gemeinsamen Akkumulation der Informationen, sprich mit Big Data, gewährleistet werden. Vor dem Hintergrund der Vernetzung von Informationssystemen ist die staatliche Verwaltung für die Gewährleistung des Datenschutzes vorgesehen. Das bedeutet, dass Informationen nicht nur deren Akkumulation, sondern auch deren Kontrolle und Sicherheit zentralisiert werden (vgl. ZVVC, 2014: Kapitel 4, Punkt 5; Kapitel 5, Punkt 4).

Im Bereich der Operationalisierung des SCS sieht das Dokument ein Belohnungs- und Bestrafungssystem vor, das die nötigen Anreize schafft, um sowohl Unternehmen als auch Individuen zu aufrichtigem Handeln zu bewegen. Durch Belohnung und der Propagierung dieser soll konformes Verhalten erzeugt werden. Hingegen führt Fehlverhalten zu Bestrafung. Hierzu sollen Blacklist- und Marktausschlusssysteme, d.h. schwarze Listen, auf denen Unternehmen und Individuen verzeichnet sind, etabliert werden. Außerdem hat die Regierung regionale Demonst-(示范地区) die riesigen rationsgebiete eingerichtet, als Prototyp des Big-Data-Projekts dienen und die Führung in der Realisierung des SCS einnehmen sollen (vgl. ZVVC, 2014: Kapitel 5, Punkt 1; Kapitel 6, Punkt 4).

Auch wenn das SCS zunächst nur als chinesisches Pendant zu westlichen Kreditsystemen erscheint, muss doch auf die pädagogische Agenda dahinter aufmerksam gemacht werden: Die Regierung möchte mit dem neuen Kreditsystem sozialistische Werte vermitteln. So heißt es im dritten Kapitel:

"Das Aufbauen aufrichtiger Bildung und aufrichtiger Kultur ist der wesentliche Weg die Mitglieder der Gesellschaft zu Ehrlichkeit und Selbstdisziplin zu führen und die moralische Kultivierung der Mitglieder der Gesellschaft zu fördern und ist der bedeutende Inhalt des Aufbaus der Kernwertesystems des Sozialismus. [...] In vollem Maß müssen Fernsehen, Rundfunk, Tageszeitungen, das Internet und andere Medien als führende Funktion der Propaganda ins Spiel gebracht, ausgewählte moralische Vorbilder und jede gewerblichen, aufrichtig gegründeten Aktivitäten

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Original: "...工商、纳税、价格、进出口、安全生产、产品质量、环境保护、食品药品、医疗卫生、知识产权、流通服务、工程建设、电子商务、交通运输、合同履约、人力资源和社会保障、教育科研等领域为重点···"

integriert, Sozialkreditmodelle eingerichtet und es gesellschaftlichen Mitgliedern ermöglicht werden von Leitbildern zu lernen sowie Ziele zu verfolgen, sodass aufrichtiges Worthalten eine Bestrebung wird, welche die gesamte Gesellschaft verfolgt. "42

(ZVVC, 2014: Kapitel 3, Einleitung, Punkt 3)

Der hier offensichtlich werdende Erziehungsgedanke ist der Grund, warum das geplante SCS nicht als reine Form bürokratischer Organisation verstanden werden kann, sondern als Massenorganisationsinstrument. Allerdings ist es auch kein reines Propagandawerkzeug, da es über die sprachliche Rhetorik und den pädagogischen Gedanken hinaus mittels materieller Zuwendung Legitimation für das Regime generiert.

Wird die Vermittlung sozialistischer Werte in Bezug auf die Herrschaftskonsolidierung betrachtet, muss dies vor dem Hintergrund der legitimationsstiftenden Herrschaftsideologie des posttotalitären, kommunistischen Regimes geschehen. Da die Ideologie des Marxismus-Leninismus per se den Herrschaftsanspruch der KPCh ins Zentrum der Gesellschaft stellt, kann die Vermittlung sozialistischer Werte gleichbedeutend als Mittel der Herrschaftslegitimation betrachtet werden. Wie sich diese Synthese aus materiellem Belohnungssystem und pädagogischer Agenda in der Realität gestaltet, wird anhand der regionalen Demonstrationsgebiete deutlich.

Unter den 40 chinesischen Programmen, die bisher SCS betreiben und durch Lokalregierungen getestet werden, ist Rongcheng (荣成市) eine der ersten Städte gewesen, die seit Veröffentlichung des Big-Data-Vorhabens im Jahr 2014 als regionales Demonstrationsgebiet fungiert (vgl. Dorloff, 2018a). Bei Rongcheng handelt es sich um ein staatliches SCS. Während private Pilotkreditsysteme auf freiwilliger Basis funktionieren und meist konsumorientierte Ziele verfolgen, schließen staatliche SCS jedes Individuum in der betreffenden Region ein und bewerten das gesamtgesellschaftliche Verhalten (vgl. Kostka, 2018: 2). Jeder der rund 670.000 Einwohner Rongchengs bekommt somit ein Sozialkreditkonto mit einer individuellen Personalnummer. Sie starten alle bei 1000 Punkten Guthaben und können sich entweder verbessern oder verschlechtern. Die Lokalregierung bewertet einen Bürger als besonders *vertrauenswürdig* und "aufrichtig" mit Prädikat *AAA*, wenn über 1050 Punkte auf dem Konto vorzuweisen sind. Dies stuft sich über die Note *AA* bis *D* hinunter, wobei ein Teilnehmer mit weniger als 599 Punkten

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Original: "诚信教育与诚信文化建设是引领社会成员诚信自律、提升社会成员道德素养的重要途径,是社会主义核心价值体系建设的重要内容。 [···] 充分发挥电视、广播、报纸、网络等媒体的宣传引导作用,结合道德模范评选和各行业诚信创建活动,树立社会诚信典范,使社会成员学有榜样、赶有目标,使诚实守信成为全社会的自觉追求。"

als *unehrlich* gilt und sein Name auf eine schwarze Liste kommt (vgl. Shi-Kupfer/ Ohlberg, 2019: 10; Strittmatter, 2018: 184f.).

Dieses sogenannte *Blacklisting* hat zur Folge, dass betroffene Individuen oder auch Unternehmen mit Restriktionen belegt werden. Die möglichen Sanktionen sind ein eingeschränkter Zugang zu Hochgeschwindigkeitszügen und dem zivilen Flugwesen, zu privaten und staatlichen Finanzdienstleistungen, zur Buchung und Nutzung von Hotels, zu beruflichen Positionen, insbesondere bei staatlichen Behörden, sowie zur Nutzung privater Schulen, zum Erwerb von Autos oder zur Renovierung von Wohnungen. Allein im März 2018 wurden neun Millionen Flugtickets und drei Millionen Zugtickets aufgrund von Blacklisting verwehrt (vgl. Creemers, 2018: 15). Hingegen werden besonders "aufrichtige" Bürger von den Lokalregierungen auf sogenannten *Roten Listen* geführt. Diese Menschen und Unternehmen besitzen den AAA-Score und profitieren unter anderem von Steuererleichterungen und besonderer finanzieller Zuwendung durch den Staat (vgl. Kostka, 2018: 3).

Wie es zu einer negativen Bewertung kommt, ist abhängig vom jeweiligen SCS. In Rongcheng kann das Posten falschen Inhalts auf sozialen Medien wie beispielsweise das Kritisieren der KPCh, das Überqueren einer Ampel während der Rotphase, der falsche soziale Umgang, das Vernachlässigen der Eltern oder das Nichtbezahlen von Schulden dazu führen (vgl. Dorloff/Satra, 2019). Allerdings ist nicht nur der Punkteverlust auf dem sozialen Konto die Folge, sondern ebenfalls ein öffentliches Bloßstellen. Gerät eine Person auf eine schwarze Liste, kann ihr Konterfei durch staatliche Behörden auf den städtischen Bildschirmen ausgestrahlt und die Öffentlichkeit vor ihr gewarnt werden (vgl. Strittmatter, 2018: 185, 198f.).

Um dieses Bewertungssystem allerdings in der Realität umzusetzen, genügt nicht nur das Sammeln von Daten im Rahmen der Sozialkonten. Wie am Beispiel der roten Ampeln deutlich wird, bedarf es eines ausgebauten Kameranetzes mit Gesichtserkennungssoftware und KI, um jederzeit Verstöße zu registrieren. Hier schließt sich der Kreis zu den bereits erwähnten Smart Cities, in deren Etablierungsprozess das SCS effizient eingeflochten und deren Technologie im Rahmen von MIC25 gefördert wird. Die Verquickung ständiger Überwachung, Bewertung des sozialen Verhaltens und Zusammenführung personeller Daten hat vor dem Hintergrund des SCS besonders im wissenschaftlichen Diskurs große Wellen geschlagen. Es herrscht jedoch Uneinigkeit darüber, ob es sich bei den SCS, die letztlich zu einem großen System vereinigt werden sollen, um den digitalen Behemoth handelt, der als omnipotentes Wesen das neue Werkzeug autoritärer Widerstandsfähigkeit ist, das totale Kontrolle über die Gesellschaft wird, chinesischen Autokratie bringen wie es Rogier Creemers liert (vgl. Creemers, 2018: 3), oder um eine Unternehmung, die sich in ihrer Ausprägung in Grenzen halten wird, da die chinesische Bevölkerung früher oder später Bedingungen stellt (vgl. Chorzempa/ Triolo/ Sacks, 2018: 7 – 9).

Shi-Kupfer und Ohlberg betonen, dass ein funktionsfähiges SCS nur in Kooperation von privaten und staatlichen Akteuren funktioniert. So werden bereits jetzt wichtige Daten über die chinesischen Bürger durch Unternehmen erhoben und an staatliche Stellen weitergeleitet. Allerdings bestehen weiterhin divergierende Interessen. Sie äußern sich in der Kritik vieler Netizen, dass private Unternehmen das Anreizsystem von SCS nutzen, um den eigenen Profit zu steigern. So hatte beispielsweise die *Chinesische Volksbank* zunächst acht Unternehmen die Erlaubnis gegeben ein Bonitätssystem einzuführen, entschied sich aber letztlich dazu, keinem die Lizenz zum offiziellen Betrieb zu erteilen, da es Unstimmigkeiten im Bereich des Datenschutzes gab. Sollten diese Streitpunkte gelöst werden, wären SCS aber laut Shi-Kupfer und Ohlberg ein effektives Werkzeug, um das Verhalten der Bürger zu steuern (vgl. Shi-Kupfer/ Ohlberg, 2019: 25; vgl. auch Strittmatter, 2018: 192f.).

Andere Autoren machen darauf aufmerksam, dass die chinesische Gesellschaft bei der Datensammlung durch staatliche und private Akteure zunehmend Ansprüche, die eine klare Regelung und den konsequenten Datenschutz fordern, geltend macht. Des Weiteren argumentieren sie, dass die chinesischen Datenschutzrichtlinien mit denen internationaler Handelspartner wie der EU kollidieren könnten. Letztlich befürworten private Akteure in Hinblick auf ihre Konkurrenz, staatliche Akteure in Hinblick auf ihre Machtstellung innerhalb des Staates nur ungern eine Vernetzung sämtlicher Daten, da dies die eigene Position gefährden könnte. Daher erscheinen viele der im Grundlagendokument 2014 geforderten Ziele bis zum Jahr 2020 schwer realisierbar (vgl. Chorzempa/ Triolo/ Sacks, 2018: 7f.).

In einer zwischen Februar und April 2018 durchgeführten Online-Umfrage eines Berliner Umfrageinstituts in Kooperation mit chinesischen Netzbetreibern, in der 2.209 Chinesen im Alter zwischen 14 und 65 Jahren teilnahmen, wurde neben den Online-Angewohnheiten, politischen Einstellungen und der Online-Privatsphäre konkret nach dem persönlichen Verhältnis zu SCS gefragt. Die Studie zeigt, dass 80,4 Prozent der Befragten an kommerziellen Kreditsystemen partizipieren und nur 7,4 Prozent an staatlichen. 16,47 Prozent nehmen überhaupt nicht an SCS teil und 8,18 Prozent wissen es nicht. In Bezug auf die Zustimmung zu SCS haben 48,9 Prozent der Befragten voll zugestimmt, 31,1 Prozent teilweise und 18,7 Prozent weder zugestimmt, noch abgelehnt. Dabei zeigt sich, dass mehr Zustimmung in urbanen Gebieten zu finden ist, während technikfernere, ländliche Regionen eher misstrauisch sind. Die Zustimmung unter bildungsnahen Schichten ist höher als unter bildungsfernen (vgl. Kostka, 2018:2, 7f., 11, 14).

Insgesamt verdeutlicht die Umfrage, dass "respondents who approve of SCSs tend to be older, higher-income, male, more highly-educated, and living in an urban area" (Kostka, 2018: 16).

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Befragten SCS nicht als Überwachungsinstrument wahrnehmen, sondern als ein Mittel, die Lebensqualität zu verbessern und institutionelle Lücken in der Bürokratie zu schließen. Es wird somit vielmehr im Kontext des technologischen Fortschritts und als Möglichkeit zur Reduzierung des gegenseitigen Misstrauens in der Gesellschaft betrachtet. Der Vorwurf des autoritären Überwachungsinstruments wird dabei von vielen Befragten damit abgetan, dass staatliche Behörden sowieso jederzeit auf die Daten ihrer Bürger zugreifen können (vgl. Kostka, 2018: 21f.).

Das bisher Dargestellte zeigt, dass die chinesische Regierung mit dem 2014 annoncierten SCS einen Versuch gestartet hat, ein alle Lebensbereiche durchdringendes Bewertungssystem in die Gesellschaft zu integrieren. Unter Nutzung modernster digitaler Mittel wie Apps, dem E-commerce, der Smart-City-Technologie und Online-Services soll das digitale und analoge Verhalten der chinesischen Bürger erfasst, bewertet und gegebenenfalls sanktioniert oder belohnt werden. Bevor ein landesweites SCS ausgerollt wird, dienen regionale Demonstrationsgebiete als Testgelände. Dies ist typisch für die von Heilmann beschriebene chinesische Experimentalpolitik auf lokaler Ebene. Während in der Wissenschaft Uneinigkeit über die tatsächlichen politischen Auswirkungen dieses Vorhabens herrscht, nimmt der Großteil der chinesischen Bevölkerung generell SCS als Verbesserung der Lebenssituation und bürokratischer Prozesse wahr.

Die Feststellung der Bereitwilligkeit der Bevölkerung, die SCS anzunehmen, gibt Aufschluss über die bemerkenswerte Effizienz dieser Strategien zur Legitimation des Regimes. Allerdings kann daran nicht die Existenz einer autoritären Agenda per se nachgewiesen werden. Der Fokus liegt daher eher auf dem Potential, als auf der Intention regimestabilisierender Maßnahmen, da letztere wesentlich schwerer nachzuweisen ist. Aus infrastruktureller Sicht ist festzuhalten, dass jeder Mensch in China durch smarte Technologie in Kombination mit KI und Big Data im Rahmen der SCS identifizierbar und sein Verhalten kontrollierbar ist. Mit Blick auf das SCS-Dokument von 2014 wird deutlich, dass die chinesische Regierung nicht nur mehr Vertrauen in die zwischenmenschliche Interaktion bringen, sondern seine Bürger zu Menschen erziehen möchte, die eine harmonische, sozialistische Gesellschaft bilden. Jedoch entscheidet letztlich die KPCh, worum es sich dabei genau handelt. Wie sich im folgenden Kapitel noch zeigen wird und hier bisher nur angeschnitten wurde, sind es nicht nur wirtschaftliche und soziale, sondern auch politische Handlungen, die Sanktionen nach sich ziehen können. Somit können regimekritische Aussagen oder Taten zu einer sozialen und materiellen Benachteiligung

durch das SCS führen. Besonders im Bereich der Cyberspace-Policy kann beobachtet werden, wir privatwirtschaftliche Akteure hier mit staatlichen Behörden zusammenarbeiten und Daten zur Verfügung stellen, die eine Strafverfolgung einzelner Bürger ermöglichen. Dies geschieht auf Grundlage des CSL, welches dank einer sehr allgemein gehaltenen Formulierung die Netzbetreiber zwar eindeutig in die Pflicht nimmt, mit staatlichen Akteuren bei Netzsicherheitsproblemen zusammenzuarbeiten, aber letztere nicht genau definiert. Dadurch können chinesische Behörden im Zweifelsfall stets Nutzerdaten von privaten Akteuren einfordern. Zumal, wie im vorherigen Kapitel dargestellt, diese verpflichtet sind sowohl technisch als auch online-politisch diesen Situationen vorzubeugen (siehe Kapitel 4.1.3, CSL: Artikel 49).

Somit zielt die Strategie hinter SCS darauf ab, einzelne Bürger zu regimekonformen Menschen zu erziehen, was sowohl die pädagogische Agenda als auch die gesetzlichen und digitalen Strukturen verraten. Es kommt durch das SCS somit zu einer Art Kooptation eines jeden einzelnen Menschen bzw. erfahren Regimegegner weiche Repressionen in Form von materiellen und sozialen Sanktionen.

Die angesprochene Kooperationsbereitschaft privater Akteure mit dem chinesischen Staat gründet sich allerdings nicht nur auf gesetzlichen Bestimmungen. Die chinesische Regierung schafft gezielte Anreize, um wichtige digitale Eliten an das politische Regime zu binden. Mit digitalen Eliten sind in diesem Zusammenhang wirtschaftsstarke Internetunternehmen gemeint, die verschiedene digitale Services wie E-commerce, soziale Medien, Telekommunikation, Cloud Computing, bargeldlose Bezahlsysteme, Softwares etc. bereitstellen oder aber Unternehmen, die die infrastrukturelle Technologie für die digitale Transformation vertreiben. Obwohl die KPCh staatseigene Unternehmen unterhält, ist sie auf die Kooptation privatwirtschaftlicher Akteure angewiesen, da einerseits deren dominante Marktstellung kritisch für die chinesische Volkswirtschaft ist und andererseits bisher insbesondere private Unternehmen im Bereich der Schlüsselindustrien aus MIC25 Quelle innovativer Technologie waren. Dadurch wird die Initiative MIC25 zum Teil von privaten Akteuren realisiert (Zenglein/ Holzmann, 2019: 43). In China namentlich zu nennen sind die drei Internetgiganten Baidu, Alibaba und Tencent sowie die Telekommunikationsanbieter China Mobile Ltd. (中国移动有限公司)<sup>43</sup>, Huawei und ZTE.

-

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> *China Mobile* ist ein staatliches Telekommunikationsunternehmen und wichtigster Anbieter in China. Es besitzt die meisten Kunden in seiner Sparte im internationalen Vergleich. Der Gesamtumsatz lag im Jahr 2018 bei rund 737 Milliarden RMB. China Mobil bietet verschiedene branchenüblichen Dienstleistungen im Bereich der Telekommunikation und des mobilen Internets an (siehe www.chinamobileltd.com). *China Mobile* ist zwar ein staatliches Unternehmen, wird aber aufgrund seiner marktwirtschaftlichen Bedeutung im Rahmen der digitalen Eliten hier berücksichtigt und dient als Beispiel, wie der Staat die Kontrolle über die wirtschaftlichen Kernbereiche versucht zu behalten.

Die Bereiche, in denen die KPCh versucht ihnen gegenüber der internationalen Konkurrenz Vorteile zu verschaffen, lassen sich in zwei Ebenen einteilen: Einerseits handelt es sich dabei um den chinesischen Absatzmarkt, dessen Zugang für ausländische Akteure reglementiert wird. Durch protektionistische Politik entsteht ein innerchinesisches Klima, in dem heimische Unternehmen in Ruhe wachsen können. Andererseits kann auf der internationalen Ebene beobachtet werden, dass chinesischen Unternehmen durch die Wirtschaftspolitik des Regimes der Weg geebnet wird (Shi-Kupfer/ Ohlberg, 2019: 9).

Bei der Analyse der nationalen Ebene muss festgehalten werden, dass die chinesische Regierung ausländischen ICT-Produkten und -Dienstleistungen misstraut, da sie diese als potenzielle Gefahrenquelle für Netzangriffe auf die digitale, kritische Infrastruktur betrachtet (vgl. Lee, 2018: 85). Durch Kooptation der eigenen digitalen Eliten versucht das Regime dieses Risiko bei nationalen Produkten so gering wie möglich zu halten. Diese Kooptation zeichnet sich durch staatliche und handelspolitische Förderungen sowie gesetzliche Verbindlichkeiten aus.

In Anbetracht der Kooptation im Rahmen von MIC25 zeigt sich sehr deutlich die hybride Wirtschaftspolitik der chinesischen Regierung, bestehend aus Staatsinterventionismus und freier Marktwirtschaft: Einerseits dient der chinesische Privatsektor als Innovationsmotor der Megaprojekte und wird daher angehalten, der nationalen Strategie zuzuarbeiten. Allerdings genießt er dennoch ein hohes Maß an Autonomie. Andererseits versucht das Regime die Wettbewerbsfähigkeit seiner staatseigenen Unternehmen, welche mit 83 Prozent MIC25 Umsatzbeteiligung weiterhin die zentralen Akteure sind. zu steigern (vgl. Zenglein/ Holzmann, 2019: 11f., 43).

Die bereits angesprochene Wirtschaftsprotektion chinesischer Unternehmen hilft zwar dabei, dass ein sicheres Klima zum Wachsen geschaffen wird, allerdings mangelt es an Innovations-anreizen aufgrund fehlender internationaler Konkurrenz. Außerdem sind die Gehälter in China zwar gestiegen, jedoch nicht derart stark, dass eine Investition in neue Ausrüstung im Vergleich zum bisherigen Beschäftigen großer Belegschaften sinniger erscheint. In einer Umfrage aus dem Jahr 2015 gaben nur 21 Prozent der befragten chinesischen Unternehmen an, dass sie Industrie-4.0-Applikationen testen oder nutzen. Auch deshalb soll MIC25 neue Anreize schaffen. Wie in Kapitel 4.1.2 erwähnt, werden hierfür staatliche Investmentfonds bereitgestellt. Jedoch handelt es sich bei dieser Kooperation von privaten und staatlichen Unternehmen um keine Einbahnstraße. Am Beispiel *Internet Plus* wird deutlich, dass auch Unternehmen Einfluss auf die Regierung ausüben können, da das Konzept, welches zur nationalen Strategie erhoben wurde, auf den CEO von Tencent, Ma Huateng (马化腾), zurückgeht (vgl. Wübbeke et al., 2016: 15; Zenglein/ Holzmann, 2019: 43; siehe auch www.tencent.com).

Jedoch führen privatwirtschaftliche Einflüsse zu keiner makropolitischen Liberalisierung im Verhältnis zwischen Staat und privaten Unternehmen. Vielmehr sind letztere aufgrund mangelnder politischer Reformen davon bedroht, quasi-staatseigene Unternehmen zu werden, da die digitalen Eliten weiterhin von der chinesischen Regierung angehalten werden, sich auf Linie zu den staatlichen Wirtschaftszielen zu begeben. Insbesondere in den letzten Jahren hat das Regime den Druck auf den privaten Sektor zur Partizipation an MIC25 erhöht. Die Regierung erwartet in den Zweigen, in denen die staatseigenen Betriebe versagt haben, Unterstützung durch jene Unternehmen, die sich in einer Sparte der Schlüsselindustrien hervortun. Insbesondere der Bereich Forschung und Entwicklung liegt im Fokus der innovationsorientierten Politik des Regimes. Ein bezeichnendes Beispiel war die Zusammenstellung eines nationalen KI-Teams, bestehend aus Alibaba, Baidu sowie den KI-Firmen iFlyTek und SenseTime durch das Ministerium für Industrie und Informationstechnik (工业和信息化部) im Jahr 2017 (vgl. Zenglein/ Holzmann, 2019: 43f.).

Zusätzlich zu dieser politischen Vereinnahmung durch den Staat dehnt die KPCh ihren Einfluss auf den privaten Sektor aus, indem sie die privatwirtschaftlichen Strukturen unterwandert. Zwischen 1993 und 2012 ist der Anteil an Firmen, die integrierte Parteiorganisationen umfassen, von 4 auf 35,6 Prozent gestiegen. Ende 2014 wurden fast 1.579.000 Unternehmen gezählt, also 53,1 Prozent der gesamten Privatwirtschaft, die Verbindungen zur KPCh unterhielten. Insbesondere seit der globalen Wirtschaftskrise von 2008 hat die KPCh im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Restaurierung ihre Parteiorganisationen in die privaten Unternehmen integriert. Aufgrund dieses Prozesses wurden 2012 von den Vereinigten Staaten (USA) auch der Vorwurf gegen Huawei und ZTE der sicherheitspolitischen Unterwanderung bzw. der Spionage der USamerikanischen Infrastruktur und ihrer Nutzer erhoben. Da er in den vergangenen Jahren nicht vollends ausgeräumt werden konnte, nahmen die Spannungen zwischen China und den USA auch vor dem Ausbau der 5G-Netzwerktechnologie kontinuierlich zu und eskalierten Mitte Mai 2019 in einem temporären amerikanischen Embargo gegen besagte Unternehmen, das aktuell aber wieder ausgesetzt ist (vgl. Tagesschau.de, 2019; Yan/ Huang, 2017: 38f.).

Staatspräsident Xi Jinpings Bemühungen die Situation im Rahmen des G20-Treffens mit US-Präsident Donald Trump mehr oder minder zu deeskalieren, ist nur eine Form der chinesischen Regierung, die eigenen Unternehmen zu unterstützen und zu schützen. Die Digital Silk Road ist ein weiteres Vehikel, um den Einfluss der digitalen Eliten international zu expandieren (vgl. Tagesspiegel.de, 2019; Shen, 2018: 2688). Wie bereits in Kapitel 4.1.2 kurz angeschnitten, sieht sie sich dem Vorwurf des einseitigen Handelsnutzens ausgesetzt. Zwar werden bilaterale

Handelsverträge zwischen China und seinen Handelspartnern abgeschlossen, aber die Großaufträge gehen an chinesische Firmen. Dementsprechend verlegt China Mobile seine Glasfaserkabel in Myanmar, Kirgisistan und Nepal. Die chinesische Firma HC3 darf für den Flughafen in Nigeria sowie für den Hafen von Gwadar in Pakistan ein ICT-Netz errichten. Huawei arbeitet am Ausbau des größten öffentlichen Wi-Fi-Netzes Lateinamerikas in Mexiko, an Kambodschas 4.5G Services, an Bangladeschs 5G-Mobilnetz und vermittelt der kenianischen Regierung das notwendige Knowhow für ihre ICT-Infrastruktur. Und Alibaba versucht seinen E-commerce unter anderem bei den BRI-Partnern Indien, Indonesien und Malaysia zu verbreiten (vgl. Shen, 2018: 2689; Shahbaz, 2018: 8) Das Vorgehen wird von chinesischen Medien unverblümt als eine *Globalisierung* 2.0 bezeichnet (vgl. Strittmatter, 2019: 267).

Den digitalen Eliten Chinas wird durch das Regime allerdings nicht nur erleichtert auf internationalem Terrain Fuß zu fassen, sondern es sorgt gleichzeitig dafür, dass internationale Konkurrenz vom chinesischen Markt ferngehalten wird. Einerseits erreicht die Regierung dies durch technische Mittel wie dem *Projekt Goldener Schild* (金盾工程), andererseits durch juristische Maßnahmen wie dem CSL.

Das "in der Geschichte der öffentlichen Sicherheit Chinas gebaute, in seiner Dimension am größten, in seinem territorialen Ausmaß am weitesten, in seinem Komplexitätslevel am höchsten und nach seinem technischen Inhalt am bedeutendsten, nationale Bauprojekt über Informationen zur öffentlichen Sicherheit, Projekt Goldener Schild, hat am 16. November [2006; Anm. des Verf.] in Peking offiziell die nationale Abnahme bestanden" (ZVVC, 2006). Seit 2003 wurde an einem digitalen Großprojekt gearbeitet, das technisch in der Lage ist den Zugang zum chinesischen Cyberspace zu kontrollieren. Laut der Enzyklopädie Baidu Baike (百科百度) "ist [das PGS] Chinas moderne ICT, die die nationalen Sicherheitsbehörden benutzen, um die Fähigkeit zum einheitlichen Kommandieren, zum schnellen Reagieren, zum koordinierten Operieren und zur Kriminalitätsbekämpfung zu stärken, die Effizienz der öffentlichen Sicherheitsarbeit und die Verbrechensaufklärung zu steigern, um den Anforderungen der Verbrechensbekämpfung und Realisierung dynamischer Administration unter den modernen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen, in denen sich China befindet, gerecht zu werden." (Baidu Baike, o.D.). Jedoch verschweigt dieser Artikel, dass die *Great Firewall* als Teil des

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Original: "我国公安历史上建设规模最大、涉及领域最广、复杂程度最高、技术含量最重的全国公安信息化建设项目"金盾工程",11月16日在北京正式通过国家验收。"

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Original: "是我国公安机关利用现代信息通信技术,增强统一指挥、快速反应、协调作战、打击犯罪的能力,提高公安工作效率和侦察破案水平,以适应我国在现代经济和社会条件下实现动态管理和打击犯罪的需要,实现科技强警目标的重要举措。"

PGS, in erster Linie ein Online-Zensurinstrument ist. Es sperrt verschiedene Formen von Netzwerkverbindungen zu Internetseiten mit für die Regierung subversiven Inhalten. Unter den mindestens 18.000 geblockten Seiten befinden sich *YouTube*, *Google*, *Facebook*, *Flickr*, *Twitter* und *Instagram*. Im Jahr 2017 begann die Regierung nicht nur gegen *Internetprotokolle*, sondern auch gegen *Virtual-Private-Networks* (VPN), die Netizen ermöglichten, die GFW zu überwinden, vorzugehen. Seit März 2018 werden alle nichtlizensierten VPN-Verbindung blockiert (vgl. Qiang, 2018: 38f.; Erixon/ Lee-Makiyama, 2011: 5).

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch das CSL. Es verstärkt den Druck auf multinationale Unternehmen, da es eine enge Kooperation mit den staatlichen Behörden vorsieht, von jedem Unternehmen die Speicherung der wahren Namen seiner Nutzer verlangt, die sofortige Bekämpfung verbotener Inhalte einfordert und jegliche auf chinesischem Territorium erhobenen Daten auch dort gespeichert haben will (siehe Kapitel 4.1.3, CSL: Kapitel 3). Da keine klare Definition der Begriffe *kritische Infrastruktur*, die die staatlichen Sicherheitsbehörden hierdurch schützen wollen, *Netzbetreiber*, der letztlich für alle Prozesse und Inhalte auf seiner Plattform verantwortlich ist, noch *illegale Aktivitäten*, die sanktioniert werden, vorliegt (siehe Kapitel 4.1.3, CSL: Kapitel 7), besteht insbesondere für multinationale Unternehmen die Gefahr der staatlichen Willkür, zumal die festgesetzten monetären Strafen hoch sind (vgl. Balke, 2018: 160). Oder mit den Worten von Liudmyla Balke: "Keeping the laws so vague that they are impossible to follow, has essentially been a 'tried-and-true tactic' employed by the PRC to keep foreign companies away from China" (Balke, 2018: 159).

Eine daraus entstehende Gefahr für ausländische Unternehmen ist die Betriebsspionage. Da aufgrund der vagen juristischen Gesetzeslage alles zu einem Sicherheitspolitikum durch das Regime erhoben werden kann, besteht potentiell ein ständiger Zugriff auf die Handelsgeheimnisse und internen Unternehmensdaten ausländischer Firmen durch die chinesischen Behörden (vgl. Lee, 2018: 82).

Aus diesen Maßnahmen, deren Intention eigentlich in erster Linie politischer Natur ist und im folgenden Kapitel dahingehend genauer analysiert wird, folgen allerdings auch wirtschaftliche Konsequenzen. Durch den offensichtlichen Versuch, internationale digitale Wettbewerber zu exkludieren, versuchen diese zumindest teilweise sich nach den Wünschen des autoritären Regimes zu richten, ihre Services anzupassen, Kooperationen einzugehen und somit nicht den milliardenstarken Absatzmarkt vollends zu verlieren. Dementsprechend hat beispielsweise der VPN-Anbieter *Cisco Systems* Chinas PGS ausgerüstet. Das Internetunternehmen *Yahoo* wurde kritisiert, Nutzerdaten an den chinesischen Staat weitergegeben zu haben. Der Online-Kommunikationsdienst *Skype* hat für den chinesischen Markt eine modifizierte Version (*TOM-Skype*),

die Nutzerkonversationen zensiert, veröffentlicht. Selbst das Internetunternehmen *Google*, welches aufgrund seines Abzuges aus dem chinesischen Cyberspace für digitale Freiheit steht, hat kurz zuvor noch für den chinesischen Markt die Ergebnisse seiner Suchmaschine zensiert. Mitte August 2018 haben investigative Ermittlungen der Nachrichtenorganisation *The Intercept* ergeben, dass Google an einer für den chinesischen Markt zugeschnittenen Suchmaschine namens *Project Dragonfly* gearbeitet, aber mittlerweile diesen Vorstoß aufgrund des Protests des eigenen Datenschutzteams aufgegeben hat (vgl. Gallagher, 2018; Han, 2018: 56f.).

Das durch diese Restriktionen entstandene Konkurrenzvakuum hat als zweite wirtschaftliche Konsequenz dafür gesorgt, dass der chinesische Cyberspace eine Art alternatives Internet geworden ist, in dem es zu jedem westlichen Dienstleister ein chinesisches Pendant gibt: Baidu statt Google, *Sina Weibo* (新浪微博)<sup>46</sup> statt Twitter, *Youku Tudou* (优酷土豆網) statt YouTube, WeChat statt *WhatsApp*. Die chinesischen Netizen haben sich mit diesen Anbietern arrangiert, weshalb die Chancen ausländischer Anbieter, selbst im Falle eines reibungslosen Marktzuganges, bereits gehandicapt sind (vgl. Bertolini, 2018: 7).

Allerdings müssen hier auch die Grenzen dieser autoritären Kooptationsstrategie genannt werden. Der CEO von Alibaba äußerte Bedenken, dass das CSL letztlich seine Firma daran hindern könnte, global zu expandieren, da die dafür nötige Cloud Computing Technologie nicht vereinbar mit der lokalen Speicherung von Daten ist. Die durch das CSL und das PGS beabsichtigte sicherheitspolitische Kontrolle erzeugt somit im Rahmen der auf Blockchain Technology, Cloud Computing und Peer-to-Peer-Netzwerken basierenden E2E-Wirtschaft die gleichen Zwänge für chinesische Firmen wie für ausländische. Ebenfalls zeigen sich beispielhaft am internationalen Ausbau des 5G-Netzwerks durch Huawei, welches sowohl in den USA als auch in Europa aufgrund von Datenschutzrichtlinien und der Sorge über den chinesischen Einfluss auf die eigene kritische Infrastruktur auf enormen Widerstand trifft, die Nachteile einer Kooptationsstrategie, welche eigene Unternehmen zu nah an das autoritäre Regime rücken lässt (vgl. Lee, 2018: 81; Shi-Kupfer/ Ohlberg, 2019: 20, 27).

Die digitalen Legitimationsstrategien zur Einbettung des eigenen Regimes in die Gesellschaft haben einerseits gezeigt, dass die chinesische Regierung verstanden hat digitale Mittel sinnvoll in ihre Herrschaftsreproduktion zu integrieren. Unter Verwendung smarter Technologien in Verbindung mit Big Data und KI schafft sie es im Rahmen der SCS nicht nur ein ständige, alle

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Bei *Sina Weibo* handelt es sich um eine chinesische Social-Media-Plattform und Microblogging-Dienst, der 2009 gegründet wurde und mittlerweile hohe Ähnlichkeit in seinen Funktionen mit *Twitter*, *Instagram*, *YouTube* und *Facebook* aufweist. Drei Jahre nach der Gründung umfasste Sina Weibo bereits über 503 Millionen registrierte Nutzer (vgl. Koetse, 2015).

Lebensbereiche durchdringende Kontrolle auszuüben, die ihre Bürger zu vermeintlich harmonischen Menschen erzieht. Aufgrund der Vereinfachung vieler alltäglicher Abläufe durch digitale Tools, aber auch durch die propagierten altruistischen Ziele sowie die Belohnungsfunktionen wird bei den Beherrschten zusätzlich das Gefühl erzeugt, dass sie nicht einmal Ziel autoritärer Kontrolle sind. Wie die angeführte Studie gezeigt hat, heißen die chinesischen Bürger in der Mehrheit die SCS willkommen. Es kann nicht nur festgestellt werden, dass diese Technik – wie Heilmann bereits beschrieben hat – auf Experimentalpolitik basiert. Hinzu kommt, dass das Regime das Moderne mit dem Nützlichen verbindet, indem es die Smartifizierung zur Optimierung wirtschaftlicher Produktionsprozesse auch gleichzeitig zum Machterhalt missbraucht.

Im Rahmen einer zweiten Strategie versucht die chinesische Regierung die digitalen Eliten an sich zu binden. Hier wird deutlich, dass sie internationale Konkurrenz vom chinesischen Markt fernhält, um ein Vakuum zu schaffen, in das die eigenen Unternehmen expandieren können. Außerdem hat sich gezeigt, dass die digitalen Unternehmen ab einer gewissen marktwirtschaftlichen und innovativen Bedeutung in die Pflicht des Staates genommen werden, an den nationalen Modernisierungszielen mitzuarbeiten. Das Regime zahlt sie durch internationale Auftragsvergaben aus und ermöglicht ihnen geschützt im Rahmen von BRI und der Digital Silk Road global zu expandieren.

## 4.2 Ausbau diskursiver Machtkapazitäten

#### 4.2.1 Einleitung

Während noch im 20. Jahrhundert Printmedien, das Radio und Fernsehen den Raum für öffentliche Debatten gebildet haben, wurden im 21. Jahrhundert ihre Rollen größtenteils durch das Medium *Internet* verdrängt. In den letzten zwei Jahrzehnten konnte mit Blick auf Unruhen und politische Proteste konstatiert werden, dass die "digital agora" (Lu, 2018: 3294) immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Sowohl im *Arabischen Frühling* als auch bei den *Farbrevolutionen* spielten soziale Medien eine wichtige Rolle im Rahmen der Berichterstattung oder zur Organisation politischen Protestes (vgl. Lu, 2018: 3294; Shahbaz, 2018: 2).

Das mobile Internet hat seinen Teil dazu beigetragen, dass nicht nur ein digitaler Raum für politische Informationen geschaffen wurde, sondern diese auch jederzeit von fast überall abrufbar sind. Beispielsweise haben sich Bilder eines Zugunfalls in Wenzhou (温州) im Jahr 2011 hierdurch rasant in wenigen Minuten im chinesischen Cyberspace ausgebreitet. Den Behörden entglitt dadurch die Kontrolle darüber, was an die Öffentlichkeit dringen sollte und was nicht. Daher war es kein weiter Schritt zu folgern, dass das Internet und soziale Medien eine große Destabilisierungsgefahr für politische Regime beinhalten können, zumal seit Juni 2018 mehr

als 802 Millionen Menschen in China das Internet nutzen (98,3 Prozent davon mobiles Internet) und bereits 2015 damit die USA überholt haben (vgl. Xinhua, 2018c; Creemers, 2017: 85f.).

Jedoch schlug der Verlauf des Cyberspaces eine unerwartete Richtung ein. Noch zu Beginn der 2000er Jahre galt das Internet als Raum politischer Anarchie, der von niemandem kontrolliert werden kann. Daher wurde es vielfach als Instrument der Demokratisierung gehandelt. 2009 erreichten politische Debatten in digitalen Medien und der sogenannten Blogosphäre ihren Höhepunkt im chinesischen Cyberspace. Hier traten Journalisten, zivilgesellschaftliche Akteure, Juristen und besorgte Netizens in Kontakt (vgl. Svensson, 2017: 440). Mit Blick auf den heutigen Cyberspace ist allerdings festzustellen, dass es zu keinen demokratischen Prozessen kam. Rongbin Han attestiert der Gesellschaft zwar einen fortschreitenden Grad an Liberalisierung, jedoch führe dieser nicht zwangsläufig zu Demokratie. Zwar werde das autoritäre Regime immer wieder online herausgefordert, jedoch gelte gleiches für demokratische Intellektuelle (vgl. Han, 2018: 22). Elise Bertolini kommt hingegen zu dem Urteil, die KPCh habe ihre Kontrolle derart ausgeweitet, dass durch das CSL sowie technische Maßnahmen des PGS eher von einem chinesischen *Intranet* gesprochen werden kann (vgl. Bertolini, 2018: 5). Ähnlich urteilen Fredrik Erixon und Hosuk Lee-Makiyama, wenn sie davon sprechen, dass die KPCh das Internet in ein Instrument der Kontrolle umgewandelt hat (vgl. Erixon/ Lee-Makiyama, 2011: 2).

Nicht zuletzt hat Xi Jinping auf die Bedeutung der Medien, analog oder digital, im Hinblick auf den ideologischen Kampf aufmerksam gemacht, als er bei einer Pressekonferenz anmerkte, die "Nachrichten- und Öffentlichkeitsarbeit der Partei soll an den Grundsätzen des Parteigeistes festhalten und am fundamentalsten ist das Festhalten der Partei an der Führung der Nachrichten- und Öffentlichkeitsarbeit. [...] Die gesamte Arbeit der Nachrichtenmedien der Partei muss den Willen der Partei repräsentieren, die Meinung der Partei widerspiegeln, die Autorität des Zentralkomitees der Partei schützen, die parteipolitische Einheit wahren, die Liebe der Partei erreichen, die Partei schützen und der Partei dienen"<sup>47</sup> (Xinhua, 2016). Dementsprechend hat die KPCh in den vergangenen Jahren begonnen die Zensur der öffentlichen Meinung und die Propaganda wieder zu intensivieren (vgl. Qiang, 2018: 37).

"Der Legitimitätsglaube des einzelnen Bürgers wird nicht durch die objektiven Leistungen des Regimes geformt, sondern durch seine Wahrnehmung und Interpretation dieser Leistungen" (Göbel, 2013: 146) und diese Deutungsmaßnahmen werden im folgenden Kapitel vor dem Hintergrund der digitalen Transformation betrachtet. Es geht in erster Linie um die Instrumente,

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Original: "党的新闻舆论工作坚持党性原则,最根本的是坚持党对新闻舆论工作的领导。 [···] 党的新闻舆论媒体的所有工作,都要体现党的意志、反映党的主张,维护党中央权威、维护党的团结,做到爱党、护党、为党。"

die die chinesische Regierung nutzt, um den digitalen Diskurs zu steuern. Zwar gibt es auch diskursive Legitimationsstrategien, die in den analogen Bereich führen, wie beispielsweise die öffentliche Darstellungen von diskreditierten Personen im Rahmen der SCS, allerdings soll der Fokus im Folgenden auf dem chinesischen Cyberspace mit seinen Prozessen und Strukturen liegen. Der Forschungsgegenstand umfasst, verstanden als Netzwerk aller sich auf chinesischem Territorium befindlichen Server, sowohl das chinesische Internet als auch die sozialen Medien und Instant-Messenger-Dienste.

### 4.2.2 Digitale Propaganda

Es handelt sich um eine gängige Methode von Autokratien ein Herrschaftsnarrativ zu erzeugen, das der politischen Führung (Staat oder Partei) die Rolle als alleinige Pächterin der Wahrheit zuschreibt (vgl. Shahbaz, 2018: 11). Wie diese Wahrheit verbreitet werden soll, wird an den Worten Xi Jinpings auf der *Nationalen Konferenz für Propaganda und ideologischer Arbeit* im Jahr 2018 deutlich. So stellt er fest, dass es notwendig ist, "die richtige Führung der öffentlichen Meinung zu ergreifen, die Fähigkeiten zur Kommunikation, Leitung, Beeinflussung und zur öffentlichen Glaubwürdigkeit der Nachrichten der öffentlichen Meinung zu steigern und die Zunahme der essentiellen Ideologie in der öffentlichen Meinung zu konsolidieren. Es müssen Kommunikationsmittel und Diskurse innovativer Art gefördert werden, um die innovativen Ideen der Partei 'in die Wohnungen der normalen Bevölkerung fliegen' zu lassen"<sup>48</sup> (ZVVC, 2018b).

Wird die bisher veröffentlichte Literatur zur diskursiven Machtkapazität Chinas betrachtet, zeichnet sich deutlich ab, dass die Hauptmaßnahmen der Partei weiterhin Zensur und technische Manipulation sind. Dennoch sind innovative Methoden der KPCh zu registrieren, da die altmodische Art der offenkundigen Staatspropaganda nicht mehr in gewünschter Form funktioniert. Rongbin Han diagnostiziert den chinesischen Online-Debatten sogar einen gewissen Grad an Pluralität, der die chinesische Regierung dazu verleitet, neue Mittel der Propaganda zu testen. Statt unter der Dichotomie *staatliche Kontrolle* versus *soziale Widerstandsfähigkeit* die chinesische Debattenkultur zu analysieren, ist es aufgrund dieses Umstandes wesentlich sinnvoller einen differenzierteren Blick in Bezug auf die Akteure und den Online-Diskurs zu nehmen. Einerseits existieren neben den Netizen und dem Staat noch sogenannte *intermediary* bzw. Mit-

<sup>-</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Original: "要把握正确舆论导向,提高新闻舆论传播力、引导力、影响力、公信力,巩固壮大主流思想舆论。要加强传播手段和话语方式创新,让党的创新理论"飞入寻常百姓家。"

telsmänner, die Netzbetreiber wie Social-Media-Unternehmen und Forenadministratoren beschreiben. Andererseits ist der Cyberspace kein monolithischer Block, der sich gänzlich demokratisiert oder liberalisiert (Han, 2018: 4ff.).

Shi-Kupfer und Ohlberg kommen zu dem Ergebnis, dass 80 Prozent der Debatten auf Sina Weibo mittlerweile zwar auf Linie der Regimepropaganda liegen, in liberaleren oder auch nationaleren Foren jedoch das Verhältnis anders ist. Teilweise kommen Propagandaaussagen auf nicht mehr als 30 Prozent. Nichtzensierte, kritische Aussagen überschreiten zwar noch keine rote Linie, die die KPCh bei Kritik an ihr selbst oder ihren Vorsitzenden zieht, aber zeichnen sich doch durch eine regimeoppositionelle Haltung dahingehend aus, dass entweder politische Entscheidungen Chinas als zu hart (liberale Sicht) oder zu nachgiebig (nationale Sicht) angesehen werden. Den Grund für die Duldung solcher Aussagen sehen die beiden Autoren in zwei Ursachen: Erstens könnte eine zu starke Zensurpolitik kontraproduktiv sein, da sich die Netizen hierdurch angegriffen bzw. beeinflusst fühlen. Zweitens fungieren die Online-Debatten für die politische Führung als Indikator, wie die chinesische Bevölkerung über ihre Politik denkt. Allerdings verzeichnen Shi-Kupfer und Ohlberg einen generellen Rückgang liberaler Ansichten (vgl. Shi-Kupfer/Ohlberg, 2018: 6, 9f.).

Um eine zu restriktive Politik zu umgehen, liegt die tiefere Strategie des Regimes gegenüber einer pluralen Online-Debattenkultur nicht in ihrer ausschließlichen Zensur, sondern in der gezielten Förderung gewisser Meinungen. Somit geht sie nach der *teile-und-herrsche-Methode* (vgl. Jiang/ Esarey, 2018: 1937) vor, wodurch Oppositionen zersplittert und regimefreundliche Gruppierung gefördert werden. Hierzu nutzt sie das sogenannte Astroturfing. Dabei handelt es sich um die Verbreitung regimefreundlicher Kommentare in den sozialen Medien durch bezahlte Netizen (vgl. Han, 2018: 2; Shirokanova/ Silyutina, 2018: 184). Die *50-Cent-Armee* ist die bekannteste Formation digitaler Akteure, die im Sinne der Partei Einfluss auf Online-Debatten nehmen. Insbesondere in der Kommentarzeile der Online-Plattform *Sina Weibo* kann eine hohe Aktivität nachgewiesen werden. Der Name dieser Armee rührt von dem unbestätigten Gerücht, dass der Autor pro verfasstem Kommentar 50 Cent Belohnung erhält. Jedoch ist nicht abschließend geklärt, ob es sich bei diesen Internetnutzern um Privatpersonen oder Beamte handelt (vgl. Bolsover/ Howard, 2018: 4f., 14; Qiang, 2018: 38).

Neben der Aneignung gegnerischer Begriffe wie "Fake-News" durch autokratischer Regime, um autoritäre Politik im politischen Diskurs zu legitimieren, wie Adrian Shahbaz registriert (vgl. Shahbaz, 2018: 11), stellen Min Jiang und Ashley Esarey fest, dass es die Methode bezahlter Kommentatoren ist, "[to] lurk online to promote the priorities of the party, guide public opinion during crises, divert netizens' emotions, and quell public criticisms and 'rumors' [...].

Their tactics and discourses often involve cheerleading on behalf of the regime [...] but can be uncivil regarding real or imagined opponents of the ruling party" (Jiang/ Esarey, 2018: 1933). Statt in einer Debatte die Argumente der Opposition aufzugreifen und zu widerlegen, herrscht nach Ansicht der beiden Autoren also ein hohes Maß an *Incivility* bzw. Unhöflichkeit (vgl. Jiang/ Esarey, 2018: 1933), das sich durch unsachliche Argumentation auszeichnet. Es wird gezielt durch verschiedene Unterstellungen oder Quervergleiche versucht, dem Gegen-über eine Doppelmoral oder eine versteckte Agenda zu unterstellen. Auch die gezielte Verbreitung von Falschmeldungen, um die Gegenseite zu einer Reaktion zu provozieren, kommt zur Anwendung (vgl. Han, 2015: 1012 – 1015).

## 4.2.3 Digitale Zensur

Da die Regierung das Internet als "a channel for 'mistaken thinking trends' to enter mainstream discourse" (Creemers, 2017: 91) betrachtet, sieht sie trotz aller rhetorischen Bemühungen der Propaganda-Optimierung weiterhin die technische Kontrolle des Cyberspaces als das wirkungsvollste Instrument der Diskurssteuerung an. Denn es bedarf keiner geschickten Gegenargumentation, wenn Regimekritik erst gar keinen Zugang zur öffentlichen Debatte findet. Um dies zu erreichen, hat das Regime seinen Zugriff auf die digitale Infrastruktur systematisch ausgeweitet. Hier liegt auch der Grund, warum der chinesische Cyberspace als Intranet beschrieben werden kann. Bereits in den 1990er Jahren ließ die Regierung verfügen, dass jegliche chinesische Computernetzwerke, die an das *World-Wide-Web* angeschlossen werden sollten, sich eine staatliche Lizenz verschaffen mussten und nur über bestimmte Zugangspunkte an das globale Netz angeschlossen werden konnten. Diese Zugangspunkte werden allerdings von staatlichen Behörden verwaltet (vgl. Bertolini, 2018: 5).

Die GFW leistet zusätzlich ihren Beitrag, um diese infrastrukturelle Hegemonie in effiziente Datenkontrolle umzusetzen. Es werden nicht nur Netzwerkverbindungen gescannt und blockiert, insbesondere zu internationalen Internetseiten, die regimekritische Inhalte verbreiten könnten, wie Wikipedia, Facebook, Google, YouTube etc., sondern ebenfalls Spionagesoftware innerhalb des chinesischen Netzes verteilt: sowohl an Computer der Bürger als auch an Internetcafés. Somit soll eine möglichst lückenlose Nachverfolgung der Aktivität der Netizen im Cyberspace ermöglicht werden. Die technischen Methoden werden durch regelmäßige Updates auf dem neuesten Stand gehalten (vgl. Bertolini, 2018: 2; Qiang, 2018: 38).

Da die GFW hauptsächlich die Netzwerkverbindungen im chinesischen Cyberspace kontrolliert, werden Maßnahmen zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung größtenteils an die Netzbetreiber ausgelagert. Somit wird die Zensur auf Online-Plattformen nicht von den

staatlichen Behörden selbst, sondern durch Internet- oder Social-Media-Anbieter teilweise kurz vor oder gleich nach der Veröffentlichung regimekritischen Inhalts vorgenommen (vgl. Han, 2018: 55, 57).

Die Netzbetreiber sind in dieser Hinsicht allerdings weniger Kollaborateure des Staates, sondern vielmehr darauf bedacht, ihre eigene Existenz zu sichern, da die Grundlage dieser Politik das CSL bildet. Darin ist, wie bereits erwähnt, festgehalten, dass die Netzbetreiber für den Inhalt der auf ihren Plattformen veröffentlichten Informationen haften (siehe Kapitel 4.1.3, CSL: Kapitel 3, 4). Daher besteht aus dieser Perspektive ebenfalls großes Interesse, die Echtnamenregistrierungspolitik der Regierung durchzusetzen, um präventiv Netizen von vorschriftswidrigem Verhalten abzuschrecken (siehe Kapitel 4.1.3, CSL: Kapitel 6), wobei die digitalen Eliten wie beispielsweise Tencent zu groß sind, um zu Fall gebracht zu werden. Daher würden sich die staatlichen Sanktionen eher gegen das Personal richten. Dementsprechend ist ihre Kooperation mit dem Staat ein notwendiges Übel, weshalb sie von den Netizen dem Vorwurf ausgesetzt sind, aktiv daran mitzuwirken die Möglichkeiten der Meinungsfreiheit zu beschneiden (vgl. Han, 2018: 12f., 65, 71).

Um den Anforderungen der staatlichen Behörden gerecht zu werden, benutzten die Netzbetreiber verschiedene Methoden. Beispielsweise blockieren Sofortnachrichtendienste wie WeChat die Übertragung regimekritischer Informationen. Es ist dokumentiert, dass Bilder des chinesischen Schriftstellers und Regimekritikers Liu Xiaobo (刘晓波) zwar vom Sender verschickt, aber vom beabsichtigten Empfänger nicht erhalten werden konnten (vgl. Freedom House, 2017: 11). Während der großen Bürgerproteste in Hongkong im Jahr 2014 (Regenschirm-Revolution) wurde diese Technik ebenfalls bei WeChat angewendet. Das Hongkonger Anti-Zensur-Projekt Weiboscope meldete des Weiteren, dass am Tag nach den polizeilichen Tränengasattacken gegen die Protestbewegung "in ganz China eine Rekordzahl von Nachrichten auf Weibo gelöscht und gesperrt wurde, mehr als an jedem anderen Tag in diesem Jahr" (Strittmatter, 2018: 71). Eine weitere Methode ist die Erstellung von Listen verbotener Wörter durch staatliche Behörden, nach denen beispielsweise der Netzbetreiber Weibo seine Plattform scannen und säubern muss. Die zu Beginn des Jahres 2018 vorgenommene Verfassungsänderung, die eine unbegrenzte Wiederwahl eines amtierenden Staatspräsidenten erlaubt, hatte zur Folge, dass Begriffe, die auf einen monarchischen Machtanspruch hindeuten, gesperrt wurden. Dies ging so weit, dass selbst der Name Xi Jinping zwischenzeitlich nicht mehr nutzbar war. Auch verbale oder bildliche Vergleiche zwischen ihm und der Comicfigur Pu der Bär wurden durch diese Methode blockiert (vgl. Holbig, 2018: 7; Strittmatter, 2018: 74).

Diese hier vorgestellten Methoden erzeugen bei der Bevölkerung zwei Stufen von Zensur: Die erste Stufe drückt sich dahingehend aus, dass die Zensoren gezielt dem Bürger drohen wollen. Sie ist direkt spürbar, sobald vorschriftswidrig gehandelt wird. Die Risikobereitschaft der Netizen richtet sich hierbei nach der subjektiven Einschätzung ihrer Fähigkeit, Sanktionen zu umgehen. In einer zweiten Stufe der Zensur, in der bereits Repressionen erfahren wurden, kommt es zur Selbstzensur. Die Netizen müssen nicht mehr in ihrer Meinungsäußerung eingeschränkt werden, weil sie es selbst tun, da ein Gefühl des Misstrauens und der Unsicherheit gegenüber des Cyberspaces entwickelt wird. Durch rechliche Unklahrheiten, wie sich am CSL gezeigt hat, werden diese Emotionen weiter verstärkt (vgl. Lu/ Zhao, 2018: 3296; Bertolini, 2018: 7).

Wie sich in diesem Kapitel gezeigt hat, besteht der diskursive Machtausbau aus einer Doppelstrategie, die die aktive Bemühung der chinesischen Regierung, mittels eines propagierten Herrschaftsnarratives im Cyberspace Wahrnehmungen entstehen zu lassen und ihr Streben, diesen
Prozess durch digitale Zensur regimefeindlicher Inhalte auf zweitem Weg zu fördern, umfasst.

Das Herrschaftsnarrativ wird hierbei nicht mehr allein durch einen als Staat auftretenden Propagandisten, sondern mittels Astroturfing durch eine Armee an Kommentatoren verbreitet. Das
Regime separiert den digitalen öffentlichen Raum, wobei sich der Großteil auf Propagandalinie
bereits befindet und nur ein kleiner Bereich sich durch pluralistische Debatten auszeichnet. Dieser wird aber nach dem teile-und-herrsche-Prinzip gezielt durch die 50-Cent-Armee infiltriert
und zersplittert. Allerdings ist diese Enklave auch wichtig für das Regime, um herauszufinden,
welche Einstellung die Bevölkerung zur aktuellen Politik hat, und ggf. darauf reagieren zu können. In Anbetracht von Göbels Aussage, harmoniert somit die Feststellung, dass das Herrschaftsnarrativ autoritärer Staaten nicht starr ist, sondern stets angepasst wird.

Dass der chinesische Cyberspace mehrheitlich regimekonforme Inhalte umfasst, liegt an den technischen und gesetzlichen Maßnahmen, die China ergreift. Einerseits wird durch das PGS ein immer festerer Griff des Regimes auf die digitale Infrastruktur ermöglicht. Andererseits werden mittels gesetzlicher Vorgaben des CSL die Netzbetreiber in die Pflicht genommen, an der Zensur zu partizipieren. Sowohl der technische als auch der psychologische Effekt der Zensur sorgen für konformes Verhalten des Großteils der Netizen – letztlich auch durch Selbstzensur.

## 4.3 Ausbau repressiver Machtkapazitäten

### 4.3.1 Einleitung

Die Analyse des Ausbaus repressiver Machtkapazitäten wird unter der Frage betrachtet, welche digitalen Maßnahmen das autoritäre Regime Chinas ergreift, um seine Fähigkeit zu steigern, schnell und effizient harte Repression auszuüben. Dabei greift es prinzipiell auf die gleichen Strukturen zu, die im Rahmen der digitalen Transformation Chinas durch Projekte wie MIC25 oder das SCS ausgebaut werden. Um welche Maßnahmen es sich genau handelt, wird an der autonomen Region Xinjiang (新疆) deutlich. Sie gilt als Testlabor für den Ausbau repressiver Machtkapazitäten, da die in ihr beheimatete muslimische Bevölkerungsminderheit der Uiguren als sicherheitspolitisches Risiko vom chinesischen Staat vor dem Hintergrund des Terrorismus, Extremismus und Separatismus betrachtet wird (vgl. Shi-Kupfer/ Ohlberg, 2019: 25).

## 4.3.2 Smarte Repression

Das chinesische Regime hat in den vergangenen Jahren durch innovative Methoden repressiver Politik gegenüber der Uigurischen Bevölkerungsminderheit auf sich aufmerksam gemacht. Die autonome Region Xinjiang ist die Heimat der circa 10 Millionen Uiguren. Bei ihnen handelt es sich um ein muslimisches Turkvolk, dessen Ausübung der eigenen Kultur durch den chinesischen Staat stark reglementiert ist. Die Folge sind immer wieder auftretende Proteste und Unruhen in der Region. 2009 wurden infolgedessen in der Hauptstadt Ürümgi (乌鲁木齐市) fast 200 Menschen bei der Niederschlagung während des Fastenmonats Ramadan getötet. Fünf Jahre später starben abermals 90 Personen bei weiteren Unruhen. Die chinesische Regierung macht für diese Vorkommnisse und zur Legitimation des eigenen Vorgehens radikalmuslimische Gruppen verantwortlich. Die Rhetorik der chinesischen Politik ist in diesem Zusammenhang vor dem offiziell deklarierten Kampf gegen die sogenannten drei Übel – Terrorismus, Separatismus und Extremismus – zu verstehen. Da die chinesische Regierung besonders Jugendliche als Anlaufpunkt für Rekrutierung und Radikalisierung muslimischer Extremisten betrachtet, sieht sie sich darin legitimiert, verdächtige Personen in ideologische Umerziehungslager zu internieren und mit Mitteln der Indoktrination, Selbstkritik und der unzähligen Wiederholung gleicher Phrasen zu brechen (vgl. Feldstein, 2019: 45). Die Zahl der Insassen kann aber nicht genau bestimmt werden: Schätzungen variieren zwischen 120.000 bis zu über einer Million Menschen (vgl. Kirchner, 2014; Dorloff, 2018b).

Xinjiang zeigt, wie der digitale Strukturausbau effizient zur Repression genutzt werden kann. Die Smart Cities, welche eigentlich infrastrukturelle Prozesse sowie das gesellschaftliche Leben in urbanen Ballungsräumen vereinfachen sollen, werden durch die Regierung gleichzeitig

genutzt, um echte oder vermeintliche Regimegegner zu verfolgen und zu überwachen. Laut einem Bericht von *Human Rights Watch* arbeiten die chinesischen Behörden an einer Plattform namens *Integrated Joint Operations Platform*, auf der alle über die Bevölkerung gesammelten Daten zusammenlaufen. Erhoben werden sie durch Videoüberwachsungsanlagen mit unzähligen öffentlichen Kameras sowie einer Gesichtserkennungssoftware, durch *WLAN-Sniffer*, die über drahtlose Netzverbindungen Smartphones und Laptops ausspionieren, durch die Kontrolle von Identitätskarten an Checkpoints, durch den Zugriff auf Gesundheits-, Finanz- und Strafregisterdatenbanken, durch den Betrieb von SCS sowie durch die Anlegung einer DNS-Datenbank und anderer Formen biometrischer Daten. Verwaltet wird dieses Big-Data-Projekt durch KI-Unterstützung, die beispielsweise notwendig für die Gesichtserkennungssoftware ist. Um dieses System zu fördern, ist die chinesische Regierung bereit zu investieren. Für diese *sicherheitsbezogenen Investmentprojekte* stieg das Budget von rund 170 Millionen RMB auf mehr als 6,2 Milliarden RMB im Jahr 2017 (vgl. Feldstein, 2019: 45; Shi-Kupfer/ Ohlberg, 2019: 25).

Durch die staatliche Kontrolle der ICT-infrastruktur des Cyberspaces war es der Regierung ebenfalls möglich als Folge der Unruhen in Ürümqi im Jahr 2009 zur Bestrafung die gesamte Region zehn Monate lang vom Internet abzukoppeln. Dadurch unterbindet das Regime nicht nur die Möglichkeit sich via ICT-Mittel zu organisieren, sondern übt auch psychologischen Druck aus, da es Menschen nicht mehr möglich ist, sich nach der Situation anderer, beispielsweise Familienangehöriger, zu informieren (vgl. Freedom House, 2017: 4, 12f.).

Es zeigt sich, dass die chinesische Regierung die im Rahmen digitaler Projekte entstandenen ICT-Strukturen gezielt zur Verfolgung und Bestrafung echter oder vermeintlicher Regimekritiker nutzt. Die staatlichen Behörden arbeiten hierbei insbesondere mit einer Flut von Daten, die sie mittels smarter Technologie erheben und durch KI verarbeiten sowie verwertbar machen. Wie von Heilmann beschrieben, geht das Regime hierbei experimentell vor und testet seinen Digitalen Autoritarismus regional aus. Zu diesem Zweck hat es sein Budget für innovative Technologien in den vergangenen Jahren weiter aufgestockt.

# 5. Schlussbetrachtung und Ausblick

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass sich mit Göbels Ansatz die digitalen Legitimationsstrategien der KPCh zur Konsolidierung ihres Regime gegenüber den digitalisierungsbedingten Destabilisierungsgefahren sinnvoll kategorisieren lassen. Entsprechend den Annahmen neuerer Autoritarismusansätze spielen auch im Fall der chinesischen Digitalisierungspolitik zunehmend materielle und monetäre Anreize eine bedeutende Rolle, während die Ausübung von Repression zwar weiterhin optimiert, aber weiterhin als Ultima Ratio eingesetzt wird. Der Ausbau der ICT-Infrastruktur verfolgt das Ziel innovationsfähig zu werden und mittels smarter Technologie Leapfrogging zu betreiben, um zu den führenden IT-Nationen in kurzer Zeit aufzuschließen und der Middle-Income-Falle zu entkommen.

Die Qualität der Bürokratie wird durch fortlaufende Vernetzung zuvor unabhängiger Subsysteme im Rahmen des E-Governments weiter ausgebaut, um einen Bürokratieabbau zu fördern und somit Prozesse zu optimieren.

Der Ausbau der nationalen und internationalen ICT-Infrastruktur in Kooperation mit den digitalen Eliten sowie ihrer personellen Unterwanderung durch staatliche Mitarbeiter als auch die Ausgrenzung internationaler Konkurrenz vom chinesischen Markt ist hierbei Ausdruck einer großangelegten Kooptationsstrategie. Sie folgt in ihren Grundzügen als Form der Einbettung des Regimes jedoch den gleichen Mustern, wie sie Göbel im analogen Bereich des infrastrukturellen Machtausbaus beschreibt.

Die Förderung der diskursiven Macht weist ebenfalls Neuerungen auf: Sowohl die Online-Zensur, die Kontrolle der kritischen Infrastruktur und der chinesischen Bürger beruhen auf innovativen Technologien wie Big Data und KI. Die klassische Propaganda existiert weiterhin, jedoch werden neue Methoden wie das Astroturfing betrieben, um Unterstützung für das Regime zu generieren. Die KPCh beweist hiermit ihr Bewusstsein für die Bedeutung des Cyberspaces und seiner Debattenkultur.

Gleichzeitig versucht das Regime sich eine scheinbar rechtliche Grundlage zu schaffen, was in der Formulierung des CSL und den SCS sichtbar wird: Das CSL schafft einerseits bis zu einem gewissen Grad gesetzliche Klarheit, da Rechte und Pflichten für den Staat, die Netizen und die Netzbetreiber transparenter werden. Andererseits haben die Behörden genügend Spielraum, um notfalls alles zu einer sicherheitspolitischen Angelegenheit werden zu lassen. Außerdem kann das Regime hierdurch die Zensur an die Netzbetreiber auslagern und macht sie somit zu "Mittätern".

Die SCS erzeugen ebenfalls den Eindruck, die VRC besitze einen rechtsstaatlichen Charakter, da sie jedem einzelnen Bürger eine Erwartungsstabilität im Bereich seiner Handlungskonsequenzen eröffnen. Dies äußert sich darin, dass die Mehrheit der Bevölkerung diese Bonitätssysteme nicht als Repression autoritärer Politik wahrnimmt. Es wird von den Beherrschten somit eher als Chance auf persönliche Vorteile begriffen, statt als Instrument der Kontrolle und Erziehung. Hier kann der von Göbels beschriebene *Technikglaube* wiedergefunden werden.

Außerdem spiegelt sich die vom Authoritarian-Upgrading-Ansatz beschriebene Experimentalpolitik in der digitalen Transformation wider: Das chinesische Regime schafft regionale Testgebiete wie Xinjiang oder Rongcheng, in denen sie neue Methoden der Herrschaftskonsolidierung zunächst ausprobiert, bevor sie diese landesweit ausrollt.

Autoritäre Regime haben das vermeintliche *Ende der Geschichte* überlebt und stehen im 21. Jahrhundert sogar in den Reihen der führenden Wirtschaftsmächte. Für eine Konzeptualisierung des Digitalen Autoritarismus liefert das chinesische Vorgehen wertvolle Informationen. Autoritäre Regime sind prinzipiell in der Lage eine sozioökonomische und sozio-technologische Modernisierung durch digitale Transformation vorzunehmen, ohne zwangläufig sich selbst zu destabilisieren. Das Repertoire ihrer Herrschaftslegitimation hat sich ausdifferenziert und beruht nicht mehr einzig auf der Repression oppositioneller Akteure. Sozioökonomische Performanzsteigerung durch kontrollierte Innovationsprozesse ist die neue Methode, um ihre Legitimation zu reproduzieren. Der Digitale Autoritarismus kann diesbezüglich als neue Form der informationstechnischen Weiterentwicklung der bisherigen Herrschaftsausübung im Prozess der von Göbel beschriebenen Modernisierung verstanden werden. Das digitale Zeitalter ist von einer Dezentralisierung des Informationsflusses und fortschreitender globaler Vernetzung bisheriger Wirtschaftsstrukturen gekennzeichnet. China verdeutlicht, dass es sich dieser Entwicklung bewusst ist und fördert innovative Technologien, um seine Herrschaft weiterhin zu konsolidieren.

Ein zukünftiger Blick der Forschung auf die Effizienz der Legitimationsstrategien des Digitalen Autoritarismus kann wichtige Erkenntnisse über den Bestand von Autokratien im 21. Jahrhundert liefern. Die gesetzliche Auflage der chinesischen Regierung, Daten auf nationalem Territorium speichern zu müssen, widerspricht grundsätzlich dem Gedanken der digitalen Vernetzung. Blockchain-Technologie als Sicherheitssystem sowie Cloud-Computing als dezentrale Speicherungslösung müssen in ihrem Selbstverständnis über Landesgrenzen hinaus angewendet werden können. Der eigene Anspruch des Regimes, die transnationalen Informationsströme aufgrund potentiellem Destabilisierungsrisiko zu kontrollieren, kann letztlich zu einem Handicap im internationalen Wettbewerb für die eigene Wirtschaft führen, da ausländische Firmen zu diesen Bedingungen nicht bereit sind, mit chinesischen Unternehmen zu kooperieren. China braucht aber diese Vernetzung, um technologisches Know-how zu importieren, das sie wiederum zur Entwicklung einer eigenen Innovationsfähigkeit benötigen. Misstrauen gegen die Verflechtung des autoritären Regimes mit der chinesischen Wirtschaft äußert sich ebenfalls in der

Verweigerung verschiedener Staaten, chinesischen ICT-Unternehmen Zugang zu ihrer kritischen Infrastruktur zu gewähren.

Die zum eigenen Erhalt getroffenen Maßnahmen des Digitalen Autoritarismus scheinen zunächst zu greifen. Jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie auf lange Sicht die digitale Transformation ausbremsen und das Regime letztlich doch an einem Punkt der Delegitimierung strandet.

## 6. Literatur

#### 6.1 Primärliteratur

- Alibaba Group (2018a): Alibaba Group Announces March Quarter 2018 Results and Full Fiscal Year 2018 Results, 04.05.2018, S. 1-42, https://www.alibabagroup.com/en/news/press\_pdf/p180504.pdf (Zugriff am 31.08.2019).
- Alibaba Group (2018b): Alibaba Group Announces June Quarter 2018 Results, 23.08.2019, S. 1 32, https://www.alibabagroup.com/en/news/press\_pdf/p180823.pdf (Zugriff am 31.08.2019).
- Alibaba Group (2018c): Alibaba Group Announces September Quarter 2018 Results, 02.11.2018, S. 1-32, https://www.alibabagroup.com/en/news/press\_pdf/p181102.pdf (Zugriff am 31.08.2019).
- Alibaba Group (2018d): Alibaba Group Announces December Quarter 2018 Results, 30.01.2019, S. 1-30, https://www.alibabagroup.com/en/news/press\_pdf/p190130.pdf (Zugriff am 31.08.2019).
- China Securities Regulatory Commission (2018): 中华人民共和国网络安全法, 18.05.2018, http://www.csrc.gov.cn/pub/newsite/flb/flfg/flxzsf/201805/t20180518\_338285.html (Zugriff am 14.08.2019).
- Baidu (2018): Jahresbericht 2018, 15.03.2019, S. 1-943, http://ir.baidu.com/static-files/4ce8 8b07-60fe-4561-9cc9-2b0e0ec9dfd6 (Zugriff am 31.08.2019).
- Baidu Baike (o.D.): 金盾工程, https://baike.baidu.com/item/%E9%87%91%E7%9B%BE% E5%B7%A5%E7%A8%8B/9092338#1 (Zugriff am 03.09.2018).
- Handelsministerium der Volksrepublik China (2015): 推动共建丝绸之路经济带和 21 世纪海上丝 绸 之 路 的 愿 景 与 行 动 , 28.03.2015, http://www.mofcom.gov.cn/article/i/dxfw/jlyd/201601/20160101243342.shtml (Zugriff am 08.08.2019).
- Tencent (2018): Tencent Announces 2018 Fourth Quarter And Annual Results, 21.03.2019, S. 1 17, https://www.tencent.com/en-us/articles/8003551553167294.pdf (Zugriff am 31.08.2019).
- Zentrale Volksregierung der demokratischen Volksrepublik China (2006): 全国公安信息化建设项目"金盾工程"通过国家验收, 17.11.2006, http://www.gov.cn/zfjs/2006-11/17/content\_445189.htm (Zugriff am 03.09.2019).
- Zentrale Volksregierung der demokratischen Volksrepublik China (2014): 国务院关于印发社会信用体系建设规划纲要(2014—2020年)的通知,27.6.2014, http://www.gov.cn/zhengce/content/2014-06/27/content\_8913.htm (Zugriff am 24.08.2019).

- Zentrale Volksregierung der demokratischen Volksrepublik China (2015a): 政府工作报告(全文), 16.03.2015, http://www.gov.cn/guowuyuan/2015-03/16/content\_2835101.htm (Zugriff am 29.03.2019).
- Zentrale Volksregierung der demokratischen Volksrepublik China (2015b): 国务院关于印发《中国制造 2025》的通知, 08.05.2015, http://www.gov.cn/zhengce/content/2015-05/19/content\_9784.htm (Zugriff am 24.07.2019).
- Zentrale Volksregierung der demokratischen Volksrepublik China (2015c): 国务院关于推进国际产能和装备制造合作的指导意见, 16.05.2015, http://www.gov.cn/zhengce/content/2015-05/16/content\_9771.htm (Zugriff am 08.08.2019).
- Zentrale Volksregierung der demokratischen Volksrepublik China (2018a): 李克强部署政务服务一网通办: 联网通办是原则,孤网是例外!,17.05.2018, http://www.gov.cn/guowuyuan/2018-05/17/content\_5291692.htm (12.08.2019).
- Zentrale Volksregierung der demokratischen Volksrepublik China (2018b): 习近平出席全国宣传思想工作会议并发表重要讲话, 22.08.2018, http://www.gov.cn/xinwen/2018-08/22/content\_5315723.htm (Zugriff am 06.09.2019).
- ZTE (2018): ZTE Corporation Annual Report, 29.03.2019, S. 1 453, https://res-www.zte.com.cn/mediares/zte/Investor/20190410/E1.pdf (Zugriff am 31.08.2019).

### 6.2 Sekundärliteratur

- An, Xiaomi/ Bai, Xianyang/ Chen, Hui/ Han, Wan (2018): Effective Big Data Integration In The Development Of Smart Cities In China: A Digital Continuity Approach, *International Conference on Information Resources Management CONF-IRM 2018 Proceedings* 8, S. 1 7.
- Atkinson, Robert D./ Mayville Jr., William C./ Rauhala, Emily/ Kayama, Hirobumi/ Goodman, Matthew P./ Hillman, Jonathan E./ O'Keeffe, Kate (2019): China's Digital Silk Road, 05.02.2019, CSIS-Simon Chair in Political Economy (Center for Strategic and International Studies),.
- Avineri, Shlomo (1969): Marx and Modernization, *The Review of Politics 31* (2), S. 172 188.
- Backes, Uwe (2013): Vier Grundtypen der Autokratie und ihre Legitimierungsstrategien, in: Kailitz, Steffen/ Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft, 47), S. 157 175.
- Backes, Uwe (2014): "Ideokratie" eine begriffsgeschichtliche Skizze, in: Backes, Uwe/ Kailitz, Steffen (Hrsg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation Kooptation Repression, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 51), S. 19 45.

- Backes, Uwe/ Kailitz, Steffen (2014): Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation Kooptation Repression, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 51), S. 2 16.
- Bader, Julia/ Kästner, Antje (2013): Externe Autokratieförderung? Das autokratiefördernde Potenzial russischer und chinesischer Außenpolitik, in: Kailitz, Steffen/ Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft, 47), S. 564 586.
- Balke, Liudmyla (2018): China's New Cybersecurity Law and U.S-China Cybersecurity Issues, *Santa Clara Law Review 58 (1)*, S. 137 163.
- Bank, André (2010): Die neue Autoritarismusforschung: Ansätze, Erkenntnisse und konzeptionelle Fallstricke, in: Albrecht, Holger/ Frankenberger, Rolf (Hrsg.): Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Weltregionen im Wandel, 10), S. 21 36.
- Bank, André/ Josua, Maria (2017): Gemeinsam stabiler: wie autoritäre Regime zusammenarbeiten, *GIGA Focus | Global 2*, S. 1 10.
- Bertolini, Elisa (2018): Internet Governance and Terrorism in the Context of the Chinese Compression of Fundamental Rights and Freedoms, *De Gruyter Global Jurist 2018*, S. 1 17.
- Bolsover, Gillian/ Howard, Philip (2018): Chinese computational propaganda: automation, algorithms and the manipulation of information about Chinese politics on Twitter and Weibo, *Information, Communication & Society*, S. 1 18.
- Chorzempa, Martin/Triolo, Paul/ Sacks, Samm (2018): China's Social Credit System: A Mark of Progress or a Threat to Privacy?, *Peterson Institute for International Economics (Policy Brief 18-14)*, S. 1 11.
- Creemers, Rogier (2017): Cyber China: Upgrading Propaganda, Public Opinion Work and Social Management for the Twenty-First Century, *Journal of Contemporary China* 26(103), S. 85 100.
- Creemers, Rogier (2018): China's Social Credit System: An Evolving Practice of Control, *University of Leiden*, S. 1 32, https://papers.ssrn.com/sol3/Delivery.cfm/SSRN\_ID3175792\_code1306138.pdf?abstractid=3175792&mirid=1 (Zugriff am 28.11.2019).
- Dahan, Michael/ Bentman, Mouli (2016): Democratic and Authoritarian Regimes in the Digital Age: A Twisted Curve?, in: an der Velden, M./ Strano, M./ Hrachvec, H./ Abdelnour Nocera, J./ Ess. C. (Hrsg.): Culture, Technology, Communication: Common worlds, different futures? Proceedings of the Tenth International Conference on Culture, Technology, Communication, London: UK, S. 243 258.

- Dahm, Markus H./ Walther, Eva (2019): Digitale Transformation, in: Dahm, Markus H./ Thode, Stefan (Hrsg.): Strategie und Transformation im digitalen Zeitalter, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 3 21.
- Diamond, Larry/ Fukuyama, Francis/ Horowitz, Donald L./ Plattner, Marc F. (2014): Reconsidering the Transition Paradigm, *Journal of Democracy* 25 (1), S. 86 100.
- Dorloff, Axel (2018a): Sozialkredit-System. China auf dem Weg in die IT-Diktatur, *Deutschlandfunk*, 23.06.2018, https://www.deutschlandfunk.de/sozialkredit-system-china-auf-dem-weg-in-die-it-diktatur.724.de.html?dram:article\_id=421115 (Zugriff am 26.08.2019).
- Dorloff, Axel (2018b): Uiguren in Xinjiang. Totale Überwachung und Umerziehung, *tageschschau.de*, 06.08.2018, https://www.tagesschau.de/ausland/uiguren-china-101.html (10.09.2019).
- Dorloff, Axel/ Satra, Daniel (2019): China. Auf dem Weg zur totalen Überwachung, *tagesschau.de*, 24.03.2019, https://www.tagesschau.de/ausland/ueberwachung-china-101.html (Zugriff am 28.08.2019).
- Easton, David (1965): A Systems Analysis of Political Life, New York, London, Sydney: John Wiley & Sons.
- Erixon, Fredrik/ Lee-Makiyama, Hosuk (2011): Digital Authoritarianism: Human Rights, Geopolitics and Commerce, *Ecipe Occasional Paper 5*, S. 1 23.
- Felden, Carsten (2016): Künstliche Intelligenz, in: Gronau, Norbert/ Becker, Jörg/ Kliewer, Natalia/ Leimeister, Jan-Marco/ Overhage, Sven (Hrsg.): Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik. Online-Lexikon, http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/lexikon (Zugriff am 06.04.2019).
- Feldstein, Steven (2019): The Road to Digital Unfreedom: How Artificial Intelligence is Reshaping Repression, *Journal of Democracy* 30(1), S. 40-52.
- Frantz, Erica (2019): Authoritariansim. What Everyone needs to know, New York: Oxford University Press.
- Freedom House (2017): China, *Freedom on the Net 2017*, S. 1 27, https://freedomhouse.org/sites/default/files/FOTN%202017\_China.pdf (05.09.2019).
- Freedom House (2019a): Freedom in the World 2019 China, https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/china (Zugriff am 06.05.2019).
- Freedom House (2019b): Freedom in the World 2019 Report, https://freedomhouse.org/sites/default/files/Feb2019\_FH\_FITW\_2019\_Report\_ForWeb-compressed.pdf (Zugriff am 06.05.2019).
- Fukuyama, Francis (1989): "The End of History?", *The National Interest 16*, S. 3 18.

- Gallagher, Ryan (2018): Google's Secret China Project "Effectively Ended" after international Confrontation, *The Intercept*, 26.09.2018, https://theintercept.com/2018/12/17/google-china-censored-search-engine-2/ (Zugriff am 03.09.2019).
- Gao, Guijuan (2018): Herausforderungen und Vorschläge für die Hochschulbildung in China vor dem Hintergrund des Plans "Made in China 2025", in: Hausstein, Alexandra/ Zheng, Chunrong (Hrsg.): Industrie 4.0/ Made in China 2025. Gesellschaftliche Perspektiven auf Digitalisierung in Deutschland und China, Karlsruhe: KIT Scientific Publishing (Karlsruher Studien Technik und Kultur, 10), S. 99 116.
- Gerschewski, Johannes (2013): The three pillars of stability: legitimation, repression, and cooptation in autocratic regimes. *Democratization* 20 (1), S. 13 38.
- Gerschewski, Johannes/ Merkel, Wolfgang/ Schmotz, Alexander/ Stefes, Christoph H./ Tanneberg, Dag (2013): Warum überleben Diktaturen?, in: Kailitz, Steffen/ Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft, 47), S. 106 131.
- Gerschewski, Johannes (2014): Ideokratien als Subtyp autokratischer Regime?, in: Backes, Uwe/ Kailitz, Steffen (Hrsg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation Kooptation Repression, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 51), S. 95 111.
- Göbel, Christian (2011): Authoritarian Consolidation, *European Political Science 10*, S. 176 190.
- Göbel, Christian (2013): Das Innovationsdilemma und die Konsolidierung autokratischer Regime, in: Kailitz, Steffen/ Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft, 47), S. 132 156.
- Graham, H. Todd (2009): Armed Attack in Cyberspace: Deterring Asymmetric Warfare with an Asymmetric Definition, *Airforce Law Review 64 (65)*, S. 66 102.
- Hall, Stephan G. F./ Ambrosio, Thomas (2017): Authoritarian Learning: a conceptual overview, *East European Politics 33* (2), S. 143 161.
- Hanna, Nagy K. (2016): Mastering Digital Transformation. Towards a Smarter Society, Economy, City and Nation, Bingley: Emerald Group Publishing Limited.
- Han, Rongbin (2015): Defending the Authoritarian Regime Online: China's "Voluntary Fiftycent Army", *The China Quarterly* 224, S. 1006 1025.
- Han, Rongbin (2018): Contesting Cyberspace in China. Online Expression and Authoritarian Resilience, New York: Columbia University Press.

- Hausstein, Alexandra (2018): Gesellschaftliche Perspektiven auf Industrie 4.0, in: Hausstein, Alexandra/ Zheng, Chunrong (Hrsg.): Industrie 4.0/ Made in China 2025. Gesellschaftliche Perspektiven auf Digitalisierung in Deutschland und China, Karlsruhe: KIT Scientific Publishing (Karlsruher Studien Technik und Kultur, 10), S. 5 33.
- Heilmann, Sebastian (2010): Economic Governance. Authoritarian Upgrading and Innovative Potential, *China Analysis* 2010 (82), S. 109 126.
- Hess, Thomas (2019): Digitalisierung, in: Gronau, Norbert/ Becker, Jörg/ Kliewer, Natalia/ Leimeister, Jan-Marco/ Overhage, Sven (Hrsg.): Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik. Online-Lexikon, http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/lexikon (Zugriff am 06.04.2019).
- Heydemann, Steven (2007): Upgrading Authoritarianism in the Arab World 2007, *The Saban Center for Middle East Policy at The Brookings Institution 13*, S. 1 38.
- Holbig, Heike (2018): Making China Great Again Xi Jinpings Abschied von der Reformära, *GIGA Focus Asien* 2, S. 1 12.
- Huang, Ling/ Ilan, Daniel/ Carroll, Katherine M./ Zhou, Zheng (2018): Understanding the Impact of China's Far-Reaching New Cybersecurity Law, *Intellectual Property & Technology Law Journal* 30 (2), S. 15 23.
- Huntington, Samuel (1991): The Third Wave of Democratization. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman: University of Oklahoma Press.
- International Organization of Standardization (2018): The New Industrial Revolution,  $ISOFo-cus\ 131$ , S. 1-49.
- Jiang, Min/ Esarey, Ashley (2018): Uncivil Society in Digital China: Incivility, Fragmentation, and Political Stability, *International Journal of Communication* 12, S. 1928 1944.
- Kailitz, Steffen/ Wurster, Stefan (2017): Legitimationsstrategien von Autokratien, *Z Vgl Polit Wiss 11* (2), S. 141 151.
- Kirchner, Ruth (2014): Pulverfass Xinjiang. Chinas Uiguren zwischen Repression und Terrorverdacht, *deutschlandfunk.de*, 07.08.2014, https://www.deutschlandfunk.de/pulverfass-xinjiang-chinas-uiguren-zwischen-repression-und.724.de.html?dram:article\_id= 293962 (Zugriff am 10.09.2019).
- Kneuer, Marianne (2013): Die Suche nach Legitimität. Außenpolitik als Legitimationsstrategie autokratischer Herrschaft, in: Kailitz, Steffen/ Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft, 47), S. 205 236.
- Koetse, Manya (2015): An Introduction to Sina Weibo: Background and Status Quo, *what-sonweibo.com*, 21.09.2015, https://www.whatsonweibo.com/sinaweibo/ (Zugriff am 06.09.2019).

- Kollmorgen, Raj (2015): Modernisierungstheoretische Ansätze, in: Kollmorgen, Raj/ Merkel, Wolfgang/ Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 77 88.
- Kostka, Genia (2018): China's Social Credit Systems and Public Opinion: Explaining High Levels of Approval, *new media & society*, S. 1 29.
- Köhler, Kevin/ Warkotsch, Jana (2010): Konzeptualisierungsstrategien, Regimetypologien und das Problem des Kontinuums, in: Albrecht, Holger/ Frankenberger, Rolf (Hrsg.): Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Weltregionen im Wandel, 10), S. 61 78.
- Lee, Jyh-An (2018): Hacking Into China's Cybersecurity Law, *Wake Forest Law Review 53*, S. 57 104.
- Linz, Juan J. (2003): Totalitäre und autoritäre Regime, 2. Aufl., Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag (Potsdamer Textbücher PTB 4).
- Lipset, Seymour M. (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, *The American Political Science Review 53*, S. 69 105.
- Lu, Jiayin/ Zhao, Yupei (2018): Implicit and Explicit Control: Modeling the Effect of Internet Censorship on Political Protest in China, *International Journal of Communication* 12, S. 3294 3316.
- Lundvall, Bengt-Åke (2010): Introduction, in: Lundvall, Bengt-Åke (Hrsg.): National Systems of Innovation. Toward a Theory of Innovation and Interactive Learning, London, New York, Delhi: Anthem Press, S. 1-19.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (1. Aufl. 2000).
- Mounk, Yascha/ Foa, Roberto S. (2018): The End of Democracy: Autocracy's Global Ascendance, *Foreign Affairs* 29, S. 29 36.
- Pies, Ingo (2016): Moderne Klassiker der Gesellschaftstheorie. Von Karl Marx bis Milton Friedman, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Plattner, Hasso (2019): Big Data, in: Gronau, Norbert/Becker, Jörg/Kliewer, Natalia/Leimeister, Jan-Marco/Overhage, Sven (Hrsg.): Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik. Online-Lexikon, http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/lexikon (Zugriff am 06.04.2019).
- Pousttchi, Key (2017): Digitale Transformation, in: Gronau, Norbert/ Becker, Jörg/ Kliewer, Natalia/ Leimeister, Jan-Marco/ Overhage, Sven (Hrsg.): Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik. Online-Lexikon, http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/lexikon (Zugriff am 06.04.2019).

- Qiang, Xiao (2018): The Rise Of China As A Digital Totalitarian State, *New Perspectives Quarterly 35* (2), S. 37 39.
- Ringer, Fritz K. (2004): Max Weber: An Intellectual Biography, Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Röck, Hans (2014): Peer-to-Peer-Netzwerk, in: Gronau, Norbert/ Becker, Jörg/ Kliewer, Natalia/ Leimeister, Jan-Marco/ Overhage, Sven (Hrsg.): Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik. Online-Lexikon, http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/lexikon (Zugriff am 06.04.2019).
- Sackmann, Stefan (2014): IT-Sicherheit, in: Gronau, Norbert/ Becker, Jörg/ Kliewer, Natalia/ Leimeister, Jan-Marco/ Overhage, Sven (Hrsg.): Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik. Online-Lexikon, http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/lexikon (Zugriff am 06.04.2019).
- Schlumberger, Oliver (2010): Opening Old Bottles in Search of New Wine: On nondemocratic Legitimacy in the Middle East, *Middle East Critics* 19 (3), S. 233 250.
- Schlumberger, Oliver (2017): Authoritarian Regimes, *Oxford Handbooks Online* (https://www.oxfordhandbooks.com/), S. 1 36.
- Shahbaz, Adrian (2018): The Rise of Digital Authoritarianism. FREEDOM ON THE NET 2018, *Freedom House*, S. 1 30, https://freedomhouse.org/sites/default/files/FOTN\_2018\_Final%20Booklet\_11\_1\_2018.pdf (Zugriff am 03.04.2019).
- Shen, Hong (2018): Building a Digital Silk Road? Situating the Internet in China's Belt and Road Initiative, *International Journal of Communication* 12, S. 2683 2701.
- Shi-Kupfer, Kristin/Ohlberg, Mareike (2018): The Party Does Not Yet Rule Over Eeverything. Assessing the state of online plurality in Xi Jinping's "new era", *MERICS China Monitor*, S. 1-12.
- Shi-Kupfer, Kristin/ Ohlberg, Mareike (2019): China's Digital Rise. Challenges for Europa, *MERICS Papers on China* 7, S. 1 58.
- Shirokanova, Anna/ Silyutina, Olga (2018): Internet Regulation: A Text-Based Approach to Media Coverage, in: Alexandrov, Daniel A./ Boukhanovsky, Alexander V./ Chugunov, Andrei V./ Kabanov, Yury/ Koltsova, Olessia (Hrsg.): Digital Transformation and Global Society, St. Petersburg: Springer Nature Switzerland (Communications in Computer and Information Science 858), S. 181 209.
- Stepan, Matthias/ Duckett, Jane (2018): Introduction: Central plans, local experiments, and private money social development in the Xi Jinping era, in: Stepan, Matthias/ Duckett, Jane (Hrsg.): Serve the People. Innovation and IT in China's social development agenda, *MERICS Papers on China* 6, S. 10 18.
- Strittmatter, Kai (2018): Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den Digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert, 2. Aufl., München: Piper Verlag GmbH.

- Svensson, Marina (2017): The rise and fall of investigative journalism in China: digital opportunities and political challenges, *Media, Culture & Society 39 (3)*, S. 440 445.
- Tagesschau.de (2019): US-Regierung. Frist für Handel mit Huawei verlängert, 19.08.2019, https://www.tagessctagesschauhau.de/wirtschaft/huawei-usa-103.html (Zugriff am 02.09.2019).
- Tagesspiegel.de (2019): Handelskonflikt zwischen USA und China. Trump und Xi vereinbaren Wiederaufnahme von Handelsgesprächen, 29.06.2019, https://www.tagesspiegel.de/politik/handelskonflikt-zwischen-usa-und-china-trump-und-xi-vereinbaren-wiederaufnahme -von-handelsgespraechen/24507626.html (Zugriff am 02.09.2019).
- Tian, Shubin/ Pan, Zhi (2016): "Made in China 2025" und "Industrie 4.0". Gemeinsam in Bewegung, in: Sendler, Ulrich (Hrsg.): Industrie 4.0 grenzenlos, Berlin, Heidelberg: Springer Vieweg, S. 91 118.
- Urbach, Nils (2018): Cloud Computing, in: Gronau, Norbert/ Becker, Jörg/ Kliewer, Natalia/ Leimeister, Jan-Marco/ Overhage, Sven (Hrsg.): Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik. Online-Lexikon, http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/lexikon (Zugriff am 06.04.2019).
- Urbach, Nils (2019): Blockchain, in: Gronau, Norbert/Becker, Jörg/Kliewer, Natalia/Leimeister, Jan-Marco/Overhage, Sven (Hrsg.): Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik. Online-Lexikon, http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/lexikon (Zugriff am 06.04.2019).
- Veit, Daniel (2017): E-Government, in: Gronau, Norbert/ Becker, Jörg/ Kliewer, Natalia/ Leimeister, Jan-Marco/ Overhage, Sven (Hrsg.): Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik. Online-Lexikon, http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/lexikon (Zugriff am 05.08.2019).
- Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Verlag von J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) (Grundriss der Sozialökonomie, III. Abteilung).
- Wright, Nicholas (2018): How Artificial Intelligence Will Reshape the Global Order. The Coming Competition Between Digital Authoritarianism and Liberal Democracy, *Foreign Affairs*, https://www.foreignaffairs.com/articles/world/2018-07-10/how-artificial-intelligence-will-reshape-global-order (Zugriff am 03.03.2019).
- Wübbeke, Jost/ Meissner, Mirjam/ Zenglein, Max J./ Ives, Jaqueline/ Conrad, Björn (2016): Made in China 2015. The making of a high-tech superpower and consequences for industrial countries, *MERICS Papers on China* 2, S. 1 76.
- Xinhua (2016): 习近平总书记在党的新闻舆论工作座谈会上的重要讲话引起强烈反响, 20.02.2016, http://www.xinhuanet.com/politics/2016-02/20/c\_1118106502.htm (05.09.2019).

- Xinhua (2018a): "中国制造 2025"技术路线图日渐明晰, 09.02.2018, http://www.xinhua-net.com/tech/2018-02/09/c\_1122390597.htm (Zugriff am 04.08.2019).
- Xinhua (2018b): 一网通办: "互联网+政务服务"再迈出一步, 21.5.2018, http://www.xinhuanet.com/yuqing/2018-05/21/c\_129877071.htm (Zugriff am 13.08.19).
- Xinhua (2018c): China Focus: China has 802 million internet users, 21.08.2018, http://www.xinhuanet.com/english/2018-08/21/c\_137405424.htm (Zugriff am 09.09.2019).
- Yan, Xiaojun/ Huang, Jie (2017): Navigating Unknown Waters: The Chinese Communist Party's New Presence in the Private Sector, *The China Review* 2, S. 37 63.
- Yang, Fan/ Xu, Jian (2018): Privacy concerns in China's smart city campaign: The deficit of China's Cybersecurity Law, *Asia & the Pacific Policy Studies 5*, S. 533 543.
- Yu, Wenxuan/ Xu, Chengwei (2018): Developing Smart Cities in China: An Empirical Analysis, *International Journal of Public Administration in the Digital Age* 5 (3), S. 76 91.
- Zenglein, Max J./ Holzmann, Anna (2019): Evolving Made in China 2025. China's industrial policy in the quest for global tech leadership, *MERICS Papers on China* 8, S. 1 80.

# Abkürzungsverzeichnis

BRI Belt-and-Road-Initiative

CSL Cybersecurity Law

CSRC China Securities Regulatory Commission

E2E Everyone-to-Everyone-Wirtschaft

GFW Great Firewall

HVRC Handelsministerium der Volksrepublik China

ICT Information and communication technology

KI Künstliche Intelligenz

KPCh Kommunistische Partei Chinas

MIC25 Made in China 2025

PGS Project "Golden Shield"

SCS Social Credit System

USA Vereinigte Staaten von Amerika

VPN Virtual-Private-Networks

VRC Volksrepublik China

ZVVC Zentrale Volksregierung der Volksrepublik China